



Aus dem Inhalt:

- Schwerpunkt: Kreise in Europa
- Bildungsbüro unterstützt Schulen
- Bekämpfung von häuslicher Gewalt
- Ökologisches Bodenfondsmanagement



Mitbestimmung ja – Überregulierung nein!

Eines vorweg: Die organisierte Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten gegenüber ihrem Arbeitgeber ist ein prägendes Merkmal unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Auch im öffentlichen Dienst haben sich die Personalvertretungen als Sachwalter der Interessen der Beschäftigten bewährt. Gerade in Zeiten knapper Kassen bedarf es eines sachgerechten Miteinanders von Hausspitze und Belegschaft bzw. deren Interessenvertretung. Dazu dient der im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) enthaltene Maßstab, wonach Dienststelle und Personalvertretung „zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben und zum Wohle der Beschäftigten im Rahmen der Gesetze und Tarifverträge vertrauensvoll zusammenarbeiten“.

Die Landesregierung und die sie tragenden Landtagsfraktionen beabsichtigen, mit einer Novellierung des LPVG unser Bundesland „wieder zum Mitbestimmungsland Nr. 1“ zu machen. Die Gewerkschaften haben sich bereits zustimmend zu dem hierzu vorgelegten Gesetzentwurf geäußert. Zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, die das LPVG

hervorhebt, gehören allerdings mindestens zwei Partner. Auch die Belange der – kommunalen – Dienstherrn müssen im Rahmen einer Novellierung des LPVG angemessen berücksichtigt werden. Das ist bisher aber nicht der Fall. Bedenken und Vorschläge, die die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens gemeinsam mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband vorgebracht haben, wurden bislang nicht aufgegriffen.

Der vorliegende Gesetzentwurf wirft eine Reihe von Fragen auf: So konnten die geltenden Regelungen nach der letzten, im Jahre 2007 erfolgten umfassenden Reform des Personalvertretungsrechts erst kurze Zeit Wirkung entfalten. Weshalb soll aber eine erst wenige Jahre geltende Regelung erneut grundlegend novelliert werden? Wäre nicht zunächst eine Bestandsaufnahme bzw. Evaluation der bislang gewonnenen Erfahrungen durchzuführen?

In jedem Fall entstehen durch die geplante Novellierung der personalvertretungsrechtlichen Regelungen erhebliche Mehrkosten für die Kommunen und kommunalen Einrichtungen. Beispielhaft ist auf die substantielle Ausweitung der sog. Freistellungsstaffel, die Möglichkeit zur Durchführung aller (!) Personalversammlungen während der Arbeitszeit, die zusätzlichen Schulungskosten oder auch die kostentreibende Ausweitung des administrativen Aufwandes der Mitbestimmung zu verweisen.

Im Hinblick darauf begnügt sich der vorliegende Gesetzentwurf mit dem allgemeinen Hinweis, dass Mehrkosten durchaus gegeben, jedoch nicht bezifferbar seien. Letzteres trifft aber nicht zu. So lassen sich etwa die Mehrkosten mit der Anzahl neu erforderlicher Freistellungen berechnen. Und ausgehend von einer mittelgroßen Kommunalverwaltung mit rund 500 Beschäftigten und dem Ansatz von durchschnittlich rund 80 Euro für die Teilnahme eines Beschäftigten an einer während der Arbeitszeit stattfindenden Personalversammlung ergäben sich allein zusätzliche Personalkosten von rund 40.000 Euro, die bei Personalversammlungen außerhalb der Arbeitszeit – wie sie die derzeitige Rechtslage neben der obligatorischen jährlichen Versammlung vorsieht – nicht entstehen würden.

Insgesamt dürfte die geplante Novellierung des LPVG die Kommunen und kommunalen Einrichtungen in zweistelliger Millionenhöhe belasten. Von einer Landesregierung, die sich – zu Recht – die Konsolidierung der Kommunalfinanzen zum Ziel gesetzt hat, muss erwartet werden, dass sie den Kommunen die mit der LPVG-Novellierung verbundenen Zusatzbelastungen ausgleicht. Dennoch ist ein Belastungsausgleich nicht vorgesehen.

Weitere verfassungsrechtliche Bedenken kommen hinzu, weil die Personalratsaufgaben auf die Wahrung des Gemeinwohls und allgemeinpolitische Fragen ausgedehnt werden sollen. Dies ist abzulehnen, zumal so gut wie jede Fragestellung, die in einem kommunalen Entscheidungsgremium behandelt und entschieden wird, aber auch Aufgabenwahrnehmungen durch kommunale Eigenbetriebe unmittelbare oder mittelbare Ausstrahlungswirkung auf die Gemeinwohlintressen haben. Weshalb einem Personalvertretungsorgan dennoch ein Initiativrecht zu Gemeinwohlfragen zuerkannt werden soll, ist nicht ersichtlich, was umso schwerer wiegt, als nach dem jetzigen Stand des Gesetzentwurfs auch keinerlei Grenzziehung vorgenommen wird. Hier sind allein die demokratisch gewählten verantwortlichen Entscheidungsträger im kommunalen Bereich legitimiert.

Der Regierungsentwurf zur Novellierung des LPVG lässt somit nicht erkennen, dass ihm eine sachgerechte Interessenabwägung zugrunde liegt. Im laufenden Gesetzgebungsverfahren haben die im Landtag vertretenen Fraktionen die Möglichkeit, eine sowohl den Bediensteten als auch dem öffentlichen Interesse dienende Lösung zu finden!

Dr. Martin Klein
Hauptgeschäftsführer
des Landkreistages Nordrhein-Westfalen



Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf
Telefon 02 11/ 300491-0
Telefax 02 11/ 300491-660
E-Mail: presse@lkt-nrw.de
Internet: www.lkt-nrw.de

Impressum

EILDienst – Monatszeitschrift
des Landkreistages
Nordrhein-Westfalen

Herausgeber:
Hauptgeschäftsführer
Dr. Martin Klein

Redaktionsleitung:
Pressesprecherin Christina Stausberg

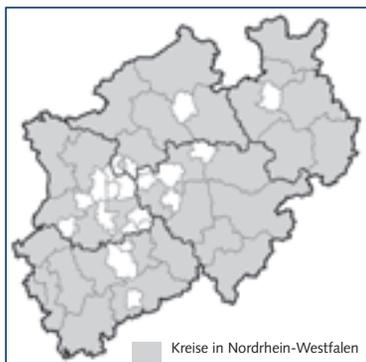
Redaktion:
Erster Beigeordneter Dr. Marco Kuhn
Beigeordneter Reiner Limbach
Referent Dr. Markus Faber
Referentin Dr. Andrea Garrelmann
Referentin Dorothee Heimann
Referent Dr. Christian von Kraack
Referent Dr. Kai Zentara
Redakteur Peter Henrichmann

Quelle Titelbild:
Europäisches Parlament/Architecture
Europe/SERS

Redaktionsassistenten:
Heike Schützmann
Monika Dohmen

Herstellung:
Druckerei und Verlag
Knipping GmbH, Birkenstraße 17,
40233 Düsseldorf

ISSN 1860-3319



Auf ein Wort 161

Aus dem Landkreistag

**Kommunalminister Ralf Jäger beim Landkreistag –
Sitzung des Vorstands am 12.04.2011** 164

Schwerpunkt: Kreise in Europa

**Position von Landkreistag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW
zur Neuausrichtung der EU-Kohäsionspolitik nach 2013** 165

**Europaarbeit 2011 des Landkreistages NRW –
kommunale Energiekonzepte gefragt** 165

Die Aachener Dreiländerregion – Modell für Europa 166

**Das Europe Direct Informationszentrum
Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis** 168

Europa in der Praxis: Leben in der deutsch-niederländischen Grenzregion 170

**Freunde und Partner in ganz Europa oder: Wie der Kreis Herford
das europäische „Wir-Gefühl“ fördert** 172

Lebendige Partnerschaft: Austausch und Aktionen, Kunst und Kultur 173

Auch das ist Europa: Wie sich der Kreis Soest international für Blinde einsetzt 174

**Bildung über die Grenze hinweg: Der Kreis Heinsberg und die
Provinz Limburg organisieren viele Angebote** 176

**Bella Italia und Ostwestfalen: Über den Beginn einer
deutsch-italienischen Freundschaft** 177

**„Europa-Vertretung“ im Kreishaus Oberberg: Bürger-Information
über europäische Politik, Wirtschaft und Kultur** 179

Deutsch-litauische Partnerschaft: Kaum begründet – schon zu Ende? 180

Das Ziel im Kreis Unna: Europakompetenz aufbauen 181

Visionen einer starken Region – Der Kreis Lippe und seine Europaarbeit 183

Europaarbeit des Rhein-Erft-Kreises: Partnerschaften und Bürgerinformation 186

EILDienst

5/2011

Themen

Es richtig machen: Bildungsbüro der Städteregion Aachen unterstützt 200 Schulen	187
Das ökologische Bodenfondsmanagement des Regionalverbandes Ruhr	188
Kunst als Ausdruck zum Thema Gewalt: Das Projekt GewaltART©	190
Ein Licht für jede Frau: Runder Tisch zur Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen im Kreis Viersen	192



Das Porträt

Erstens Frau, zweitens Grün: Anne Lütkes ist seit acht Monaten Regierungspräsidentin in Düsseldorf	193
--	-----

Im Fokus

Erster kommunaler Bildungsbericht für den Kreis Lippe vorgelegt	195
Medien-Spektrum: Aktuelle Pressemitteilungen	
„Hand in Hand für den Sport“ – Landkreistag und Landessportbund kooperieren	198
Startschuss für Bildungs- und Teilhabepaket – bedürftige Familien können Antrag stellen	198

Kurznachrichten

Allgemeines	
Vergaben effizienter abwickeln: Kostenlosen Marktplatz nutzen	198
Arbeit und Soziales	
Jahresbericht 2010 zur Umsetzung des SGB II im Kreis Borken	199
Jahresbericht 2010 des Amtes ProArbeit, Jobcenter Kreis Minden-Lübbecke	199
Erwerbstätigkeit in NRW im Rentenalter steigt	199
Familie, Kinder und Jugend	
Mehr als 45.000 Scheidungen in NRW im Jahr 2010	199
Einbanddecken und Stichwortverzeichnis 2010	200

Hinweise auf Veröffentlichungen	200
---------------------------------	-----

Kommunalminister Ralf Jäger beim Landkreistag - Sitzung des Vorstands am 12.04.2011

Innen- und Kommunalminister Ralf Jäger hat an der Vorstandssitzung des Landkreistages Nordrhein-Westfalen am 12.04.2011 teilgenommen. Erneut das Top-Thema: Die Kommunalfinanzen. Erst Mitte März hatte der Landkreistag dem Minister ein Gutachten zur Situation der Kreise im kommunalen Finanzausgleich Nordrhein-Westfalen übergeben. Die Landräte unterstrichen die Notwendigkeit, beim Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 endlich eine den Aufgaben der Kreise angemessene Finanzausstattung zu erreichen. Im Brennpunkt stehen die Soziallasten, die überwiegend von den Kreisen getragen werden, bislang im Finanzausgleich jedoch nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Minister Ralf Jäger zeigte sich ausgesprochen besorgt über die Finanzsituation der Kommunen und bezeichnete die Kommunalfinanzen als größte „Baustelle“ im Ministerium. Es sei ein elementares Interesse aller beteiligten Ebenen, ein Abrutschen des kommunalen Finanzsystems zu verhindern. Die Entlastung durch die Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund sei nicht

darüber hinaus erhebliche Mittel in den Abbau der Kommunalverschuldung, es seien aber auch eigene Konsolidierungsanstrengungen der verschuldeten Kommunen unabdingbar. Das Land wolle nicht Geld in ein System stecken, das weiter Schulden macht. Weitere Themen in der Diskussion mit dem Minister waren aktuelle kommunalverfassungsrechtliche Fragen, so zum Beispiel die Wiedereinführung einer Sperrklausel und die

als „Drei-Prozent-Hürde“. Damit soll der Zersplitterung der Kreistage und Stadträte in winzige Einzelgruppen entgegengewirkt werden. Negativ bewerteten die Landräte hingegen die Pläne, eine Stichwahl wieder einzuführen. Die Erfahrung habe gezeigt, dass sich bei einer Stichwahl nur wenige Bürger beteiligten.

Skeptisch zeigten sich die Landräte beim Thema Abwahlverfahren von Hauptverwaltungsbeamten. Eine Abwahlmöglichkeit müsse an hohe Hürden geknüpft werden, um nicht durch eine zu große Abhängigkeit der Landräte und Bürgermeister von Stimmungen in der Bevölkerung möglicherweise unpopuläre Entscheidungen vor Ort – zum Beispiel zu Einsparungen – unmöglich zu machen. Ein weiteres Problem habe sich nach dem Love-Parade-Unglück in Duisburg gezeigt: Der Rücktritt von Hauptverwaltungsbeamten ist nicht ohne gravierende Nachteile für die Altersversorgung möglich.

Die Landräte befassten sich in der Sitzung außerdem mit der Praxis der interkommunalen Zusammenarbeit. Aus dem Kreis Warendorf stellte Landrat Dr. Olaf Gericke dazu das Beispiel der Servicestelle Personal vor. Darüber hinaus waren unter anderem der Entwurf eines Klimaschutzgesetzes, aktuelle Entwicklungen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie die Einführung eines elektronischen Aufenthaltstitels im Ausländerrecht weitere Themen der Vorstandsberatungen.



Im Gespräch (v.l.): LKT-Vizepräsident Landrat Dr. Arnim Brux, NRW-Kommunalminister Ralf Jäger, LKT-Vizepräsident Landrat Thomas Hendele, LKT-Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Klein.

ausreichend, um das strukturelle Defizit der Kommunen abzubauen. Es müsse dringend auf weitere Kostenbeteiligungen des Bundes hingewirkt werden. Das Land investiere

Thematik der Abwahlverfahren von Hauptverwaltungsbeamten. Übereinstimmend sprachen sich die Gesprächsteilnehmer für eine moderate Sperrklausel aus, zum Beispiel

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.60.10



Position von Landkreistag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW zur Neuausrichtung der EU-Kohäsionspolitik nach 2013

Von Dr. Markus Faber, Referent, Landkreistag NRW

Gegenwärtig schreitet die Neuaufstellung der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 mit den die vorbereitenden Beratungen sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Ebene der Europäischen Union weiter voran. Eine der dabei diskutierten Fragen ist die mögliche Gewichtung der sogenannten städtischen Dimension als Ziel der EU-Strukturförderung. In einer Stellungnahme hat der Ausschuss der Regionen eine eher distanzierte Haltung zur Ausrichtung explizit auf das Ziel der städtischen Dimensionen eingenommen. Stattdessen wurde eine Stärkung der Verantwortlichkeit der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften befürwortet. In diesem Zusammenhang hat der Ausschuss der Regionen auch eine stärkere Verankerung von Globalzuschüssen und Regionalbudgets angeregt.

Ein von der deutschen Delegation im Ausschuss der Region unter Berufung auf eine Stellungnahme des Bundesrates gestellter Änderungsantrag fordert nun wiederum die stärkere Betonung der städtischen Dimension und wendet sich gegen Globalzuschüsse und Regionalbudgets. Dem kann von Seiten des Landkreistages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten im Land Nordrhein-Westfalen nicht gefolgt werden. Gerade im Bundesland Nordrhein-Westfalen ist der kreisangehörige Raum von seiner wirtschaftlichen Ausrichtung her gerade nicht primär agrarisch definiert, wie in vielen süd- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, sondern besitzt vielfach eine verdichtete, kleinstädtische Prägung mit einer starken mittelständischen, gewerblich ausgerichteten Wirtschaft. Gerade deshalb ist vor dem Hintergrund der besonderen Gegebenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, aber auch vieler anderer Regionen in

Deutschland, eine stärkere Regionalisierung der Kohäsionspolitik vorrangig gegenüber einer einseitigen Förderung städtischer Dimensionen. Wegen der Besonderheiten des Raumes außerhalb der großen Ballungszentren in Nordrhein-Westfalen spricht aus Sicht des Landkreistages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW vieles für eine Stärkung von Globalzuschüssen und Regionalbudgets als ein „vor die Klammer gezogener“ Anteil an der EU-Strukturförderung in NRW, da die Entscheidungsträger in den Kommunen und Regionen vor Ort am besten wissen, welche spezifischen strukturpolitischen und wirtschaftspolitischen Ansätze es zu unterstützen gilt.

Die besondere Betonung der Bedeutung städtischer Gebiete bereits in der Konzeptionierung der Regionalpolitik trägt nicht der Vielfalt von Fallgestaltungen und Merkmalen städtischer und ländlicher Räume – sowohl rein agrarischer als auch kleinstädtisch, mittelständischer Prägung – ausrei-

chend Rechnung. An die Stelle der sogenannten städtischen Dimensionen sollten daher lokale Entwicklungskonzepte treten, die je nach den Gegebenheiten und Bedürfnissen vor Ort städtische Probleme, aber auch nicht-urbane Probleme, wie demographischer Wandel, Strukturwandel oder Gewährleistung einer funktionsfähigen Infrastruktur zum Gegenstand haben können. An dieser Stelle sei der Hinweis erlaubt, dass es auch im großstädtischen Bereich in Nordrhein-Westfalen erhebliche Unterschiede (zum Beispiel zwischen den Ruhrgebietsstädten einerseits und der Rheinschiene andererseits) gibt, die mit einer an den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort ausgerichteten Fokussierung auf Regionalbudgets zielgenauer abgebildet werden können.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 80.10.06



Europaarbeit 2011 des Landkreistages NRW – kommunale Energiekonzepte gefragt

Von Birgit Essling,
EU-Verbindungsbüro, Landkreistag NRW

Ein ressourcenschonendes Europa ist eine der sieben Leitinitiativen der Europa 2020 Strategie. Im September 2010 legte die Bundesregierung ein umfassendes Energiekonzept für eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung vor. Darin werden die Kreise in vielfältiger Weise angesprochen. Auch von Seiten der Europäischen Kommission kommen ambitionierte Ziele und damit zahlreiche Forderungen auf die Regionen Europas zu. So wird zur Diskussion über die bestmögliche Nutzung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien aufgerufen. Gleichzeitig will die EU den Herausforderungen für eine leistungsfähige Netzinfrastruktur oder Lösungen für die Weiterentwicklung im Bereich eMobilität begegnen. Dazu sind kommunale und regionale Energie- und Klimaschutzkonzepte erforderlich, die aus den Regionen kommen und die eigenen Gegebenheiten und Potentiale aufzeigen. Denn beim Energiemix der Zukunft sollen erneuerbare Energien eine Vorreiterrolle einnehmen. Eine ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepolitik als Basis künftiger Planungsprozesse kann die zu entwickelnden Energieszenarien befördern.

Die große Bedeutung für alle Kreise legte die Entscheidung des Landkreistages NRW nahe, den Energiesektor zum Themenschwerpunkt des Jahres 2011 zu machen.

Das diesjährige Brüsseler Gespräch zur Kommunalpolitik dreht sich um „Kommunale Energiekonzepte 2020-2050“. Die weltpolitischen Entwicklungen unterstreichen seit eini-

gen Wochen die Dringlichkeit konsequenter kommunaler Energiewirtschaft und -politik. Eines der wichtigsten Ziele, die das EU-Verbindungsbüro im Jahr 2011 verfolgt, ist die



möglichst umfassende Bestandsaufnahme der Energieszenarien der nordrhein-westfälischen Kreise und der Städteregion Aachen, um damit insgesamt eine Position der Kreise je nach ihrer Gebietskulisse herauszuarbeiten und für eine nachhaltige Regionalentwicklung in die Diskussion der Europäischen Kommission einfließen zu lassen. Derzeit nimmt

das EU-Verbindungsbüro aktiv an den intensiven Diskussionen in Brüssel teil (wie kürzlich in der Woche für Nachhaltige Energieentwicklung) und entwickelt einen Fragebogen zur Erhebung von kommunalen Basiskennzahlen, Nutzungsarten und Potentialen. Sowohl Fragen zu den Energieströmen der Kommunen, wie auch die Betrachtung der Aspekte wie Schonung der Ressourcen, Kli-



maschutz, Arbeitsmarkt, Akzeptanz, Wirtschaftswachstum, Qualität, Kosten, dezentrale Energiekonzepte, Bereitschaft und Beteiligung der Bevölkerung und vieles mehr sind erforderlich, um eine landesweite und aussagekräftige Bewertung der gegenwärtigen Energie-Situation vornehmen zu können. Daraus resultierend Stärke- und Schwächenprofile sowie Lernkurven, mit denen zukünftige Handlungsfelder festgelegt werden können. Spezielle Gremien, Energiebeiräte, Monitoring-Systeme, die Verzahnung mit politischen Entscheidungsebenen und Multiplikatoren aus Wirtschaft und lokalen Interessengruppen können dann in den nordrhein-westfälischen Kreisen und Regionen zu abgestimmten und langfristigen Strategien führen, die an die Europäische Kommission und das Europäische Parlament weitergeleitet werden.

Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen versendet den Fragebogen im Mai 2011 an die Kreise und bittet schon jetzt um intensive Teilnahme.

Kontakt: Birgit Essling – EU Verbindungsbüro
Brüssel – eMail: birgit.essling@lkt-nrw.de

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Die Aachener Dreiländerregion – Modell für Europa

Von Städteregionsrat Helmut Etschenberg,
Städteregion Aachen

Die Städteregion mit dem Oberzentrum Aachen, die Parkstad Limburg und die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens bilden mit rund 800.000 Einwohnern einen urbanen und kulturell vielfältigen Lebensraum in unmittelbarer Grenzlage. Charakteristisch sind die engen transnationalen Verflechtungen. Die Bevölkerung nutzt das vielfältige Angebot an Arbeitsplätzen, Bildungsstätten, Dienstleistungen und kulturellen Aktivitäten jenseits der nationalen Grenzen. Die Dreiländerregion verbindet zudem eine gemeinsame Historie und der sorgsame Umgang mit dem reichen Kultur- und Naturerbe. Den besonderen Chancen einer grenzüberschreitenden Raum- und Strukturentwicklung stehen allerdings spezifische Hemmnisse in der Wettbewerbs- und Handlungsfähigkeit gegenüber: Das Auseinanderfallen funktionaler und administrativer Strukturen, Sprachbarrieren und erhebliche Unterschiede in den Planungs- und Verwaltungskulturen.

In einem ersten Schritt wird aktuell eine trinationale Arbeitsgemeinschaft „AG Charlemagne“ etabliert, um zügig und ohne rechtliche Hürden konkreter Fortschritte zu erzielen. Die Umwandlung in einen EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) ist in Abhängigkeit der weiteren Arbeitsergebnisse denkbar. Ausschlaggebend für die Kooperation ist das klare Bekenntnis zur Entwicklung eines einheitlichen und gemeinsamen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraumes mit folgenden Handlungsfeldern: Wirtschaft (Immobilien und Gewerbeflächenmonitoring; Vermarktung des Wirtschaftsraums); Arbeitsmarkt

(Arbeitsmarktplattform; Arbeitnehmerqualifizierung) und Infrastruktur (Infrastruktur und Mobilitätsmonitoring; Verbesserung der Infrastruktur). Dabei stehen die Mehrwerte für die Bürgerschaft, die Wirtschaft und Bildungseinrichtungen sowie für die öffentliche Hand im Vordergrund.

Die Partner wollen die strategischen Integrationsleistungen der EUREGIO Maas-Rhein durch eine grenznahe, operative Kooperation ergänzen, da Auslöser wie Auswirkungen von Grenzüberschreitungen meist in kleineren Zusammenhängen zu suchen sind. Hier will die AG Charlemagne Transparenz schaffen, Informationen bündeln und

eine Synchronisation von Entwicklungsstrategien ermöglichen. Aufgebaut werden soll auf der bewährten projektorientierten Zusammenarbeit im Rahmen der Euregionale 2008.

Europa für Bürgerinnen und Bürger

Neben diesem Schwerpunkt konnte ein Antrag im Förderprogramm „Europa für Bürger und Bürgerinnen“ im Bereich Städtepartnerschaften erfolgreich platziert werden. Im Rahmen des 20-jährigen Bestehens der Partnerschaft zwischen dem polnischen Kreis Je-

lenia Góra an der Schneekoppe und der Städteregion Aachen wurde 2010 eine Delegationsreise nach Jelenia Góra unternommen, bei der erstmals auch die AG-Charlemagne-Partner eingeladen wurden. Das Thema grenzüberschreitende Kooperationsstrukturen war Bestandteil dieser Delegationsreise, die auch den Städtepartner von Jelenia Góra auf tschechischer Seite, die Stadt Jablonec nad Nisou (tschech. Riesengebirge), einbezog. Erstmals war Jablonec nad Nisou in 2011 gemeinsam mit dem Kreis Jelenia Góra am Stand der Städteregion Aachen auf der

Städteregion Aachen und Jelenia Góra ist die Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements in den Grenzregionen. Auf der EWS wurden daher Kontakte zwischen dem Luftsportverein Aachen, der auf dem Flugplatz Merzbrück ansässig ist, und dem Aeroclub in Jelenia Góra geknüpft. Der Aachener Segelfliegerverein plant für dieses Jahr ein Jugendzeltlager in Jelenia Góra. Neben der touristischen Präsentation der Euregio Neisse – die Oberlausitz war als europäischer Projektpartner ebenfalls dabei – informierte sich die Delegation der Touris-

Projektbeispiel Vennbahnroute

Die grenzüberschreitende Eifel-Ardennen-Region ist eines der größten und schönsten grenzüberschreitenden Naturschutzgebiete Mitteleuropas. Zahlreiche Rad- und Wanderwege erschließen die Region: Alleine die belgischen Ostkantone verfügen über 2.500 Kilometer Wanderwege und 1.250 Kilometer Rad- und Mountainbike-Routen, für die eine steigende Nachfrage prognostiziert wird. Um dieses Potenzial adäquat nutzen zu können, sind die Modernisierung und der Ausbau der bestehenden Rad- und Wanderwege in der Euregio Maas-Rhein (EMR) erforderlich. Aufgrund des touristischen Potenzials der deutsch-belgisch-luxemburgischen Eifelregion kann die Region zu einer der Top Rad- und Wanderregionen Europas werden.

Gemeinsam mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft brachte die Städteregion Aachen vor diesem Hintergrund einen INTERREG-Antrag auf den Weg, in dessen Rahmen der Aus- und Umbau der stillgelegten Vennbahntrasse als „Vennbahnroute“, zu einem hochwertigen Premium-Radweg erfolgen soll. Als weitere Projektpartner auf deutscher Seite sind die Anrainergemeinden Roetgen und Simmerath sowie die Stadt Monschau beteiligt, für die die Städteregion Aachen die Projektkoordination übernommen hat. Zudem fungiert Sie als Bauassträger für das gesamte deutsche Teilstück. Führender Partner des Gesamtprojektes ist die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Aufgrund ihrer ursprünglichen Funktion verläuft die Vennbahnroute fernab von Straßen durch eine attraktive Wald- und Wiesenlandschaft mit maximal zwei Prozent Steigung, weshalb sie ohne besondere körperliche Voraussetzungen und auf nachhaltige Art und Weise (zu Fuß, per Rad) genutzt werden kann. Speziell für Freizeitsportler, Familien mit Kindern, Senioren und auch Rollstuhlfahrern bietet sie eine attraktive Mischung aus Natur, Geschichte und Kultur.



Tourismuswerbung vor Ort, da gehören lokale Leckereien immer dazu: Städteregionsrat Helmut Etschenberg, MdEP Sabine Verheyen und der Tourismusdirektor aus dem Kreis Jelenia Góra, Wieszlaw Dzierzba, lassen es sich schmecken.

Foto: prf

Euregio Wirtschaftsschau (EWS) in Aachen vertreten.

Über das europäische Förderprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ sollen die grenzüberschreitenden Partnerschaftsstrukturen intensiviert und neue Kooperationsformen entwickelt werden. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, die jeweils unmittelbar grenzüberschreitenden Kontakte nach Tschechien einerseits und nach Belgien und den Niederlanden andererseits dem jeweiligen Partner zu eröffnen. Die Europaabgeordnete Sabine Verheyen freute sich mit Städteregionsrat Helmut Etschenberg über die modellhafte Partnerschaftsarbeit. Beide unterstrichen die Bedeutung der Partnerschaftsarbeit zwischen den jeweiligen Kreisen und die Notwendigkeit einer Ausbreitung auf weitere bürgerschaftliche Aktivitäten aus den beiden Regionen.

Ein neuer Aspekt der nunmehr über 20 Jahre währenden Partnerschaft zwischen der

musexperten in der Parkstad Limburg über die touristischen Strukturen des VVV-Zuid Limburg.

Es wurden für das Jahr 2011 weitere Austausch, so die Präsentation der Region Aachen mit den niederländischen und belgischen Partnern auf der Touristik-Messe TOURTEC am 6./7. Mai 2011 in Jelenia Góra besprochen.

Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation

INTERREG-Projekte dienen zur Verstärkung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Potenzials von Grenzregionen. Für den Zeitraum 2007 bis 2013 sind Mittel in Höhe von 72 Millionen Euro für die Euregio Maas Rhein bereitgestellt, die aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) stammen.



Tolle Aussichten sind möglich: Die Region, durch die die Vennbahn führen soll, hat sehr viel zu bieten.

Foto: prf

Nach Fertigstellung der grenzüberschreitenden Vennbahnroute wird sie mit einer Gesamtlänge von 120 Kilometer durch drei Länder (B, D, L) führen. Ein flankierendes, weit verzweigtes System anknüpfender Rad- und Wanderwege lädt den Nutzer ein, auch die Attraktionen der umliegenden Landschaften und Regionen zu erkunden. In Verbindung mit den vorhandenen Knotenpunktsystemen in Belgien und den Niederlanden, dem Rad-

verkehrsnetz NRW sowie weiteren hochwertigen grenzüberschreitenden touristischen Themenrouten (Grünroute, RurUfer-Radweg, 2-Länder-Route, Eifel-Ardennen-Route etc.) wird die Vennbahnroute als integraler Bestandteil des Bahntrassenradwegeprogramms der Eifel-Ardennen-Region sowohl für Tages- als auch Mehrtagesgästen ein vielfältiges Angebot darstellen, das sich zu attraktiven touristischen Paketen zusammenstellen

lässt. Ziel ist es, die Vennbahnroute als touristisches Rückgrat der Natur- und Erlebnisregion EMR zu etablieren und die zahlreichen existenten lokalen touristischen Attraktionen an diese Route anzubinden. Infos bei Städtereion Aachen; Tourismus und Europa, Tel.: (02 41) 51 98 23 35.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Das Europe Direct Informationszentrum Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis

Von Hans-Jürgen Petruschke, Landrat Rhein-Kreis Neuss und Ruth Harte, Leiterin Europe Direct Informationszentrum Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft Kreis

Der Rhein-Kreis Neuss hat auf die Herausforderungen des Europäischen Binnenmarktes und seine vielfältigen Auswirkungen auf das tägliche Verwaltungshandeln und auf das tägliche Leben seiner Bürgerinnen und Bürger früh reagiert und als einer der ersten Kreise in Nordrhein-Westfalen schon im Sommer 1990 eine eigene Europastelle eingerichtet, die für alle EU-Belange und -Interessen zuständig ist. Diese ist ihrer Bedeutung wegen beim Landrat und seinem Allgemeinen Vertreter angesiedelt.

Aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen und Kompetenz konnte sich der Rhein-Kreis Neuss mit seinem Europabüro im November 2004 um die Einrichtung eines EUROPE DIRECT Informationsrelais für die Region Mittlerer Niederrhein und den Rhein-Erft-Kreis (1. Förderphase 2005 bis 2008) und im September 2008 für die Weiterführung des Informationszentrums in der 2. Förderphase (2009 bis 2012) erfolgreich bewerben. Das Informationszentrum ist nicht nur für den Rhein-Kreis Neuss und seine kreisangehörigen Städte und Gemeinden zuständig, sondern auch für die Kreise Viersen, Wesel und den Rhein-Erft-Kreis sowie für die Städte Krefeld und Mönchengladbach.

Die Informationszentren sind Teil der neuen Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union zur Überwindung der Bürgerferne. Übergeordnetes Ziel der Informationszentren ist, einen bürgernahen Informationsdienst zu allen Fragen rund um Europa in der jeweiligen Region anzubieten und damit einen direkten Kontakt zwischen den EU-Organen/-Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen („Europa vor der Haustür“). Die EUROPE DIRECT Informationszentren sollen durch ihre Tätigkeit und Aktivitäten dazu beitragen, den Bürgerinnen und Bürgern und den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen die konkreten Chancen und Vorteile der Europäischen Integration deutlich zu machen (zum

Beispiel EU-Förderprogramme für Städte- und Kreispartnerschaften).

Die Europäische Kommission fördert die Informationszentren über maximal vier Jahre und mit jährlich maximal 50 Prozent der förderfähigen Betriebskosten (maximal Euro 25.000,- jährlich unter anderem für die Finanzierung von Personalkosten, die Durchführung von Veranstaltungen und das Angebot verschiedener Informationsdienste, wie Internetplattform, EU-Newsletter).

Aufgaben des EUROPE DIRECT Informationszentrums Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis

Der Rhein-Kreis Neuss hat vor dem Hintergrund seiner langjährigen Erfahrungen ein zweigleisiges Aufgabenprofil des EUROPE DIRECT Informationszentrums:

1. Anlaufstelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger und die verschiedensten Bevölkerungsgruppen, die sich für die europäische Integration und die jeweiligen Auswirkungen auf das tägliche (Berufs) Leben interessieren
2. Bündelung der Bearbeitung europäischer Angelegenheiten von strategischer Bedeutung für die Gebietskörperschaften in der Region Mittlerer Niederrhein und den Rhein-Erft-Kreis; dies bedeutet konkret

Hilfestellung, die Einflüsse und Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung, der europäischen Politikgestaltung und die Chancen der vielfältigen europäischen Fördermaßnahmen zu erkennen, zeitnah darauf zu reagieren und konsequent auszunutzen (Stichwort: Europafitness der Kommunen).

Tätigkeiten und Veranstaltungen des EUROPE DIRECT Informationszentrums Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis in 2010

Das Jahr 2010 war für die Europäische Union in vielfacher Hinsicht ein entscheidendes und richtungsgebendes Jahr: Nach der am 03.11.2010 erfolgten Ratifikation des Vertrags von Lissabon durch Tschechien, ist dieser am 01.12.2009 in Kraft getreten; als Folge davon hat die Europäische Union ihr institutionelles Gesicht verändert, das Europäische Parlament erhält erweiterte Mitspracherechte durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens und im Haushaltsbereich, die nationalen Parlamente erhalten im Rahmen des „Frühwarnsystems“ mehr Einflussrechte, die EU hat veränderte beziehungsweise zusätzliche Kompetenzen (zum Beispiel Energie, Umwelt, Tourismus). Für die kommunale Ebene ist die Achtung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung von entscheidender Bedeutung und für die

Bürgerinnen und Bürger wird mit der „Bürgerinitiative“ die Möglichkeit eingeführt, die Europäische Kommission aufzufordern, neue, politische Vorschläge vorzulegen und damit Einfluss auf Gesetzgebung und Politik der EU zu nehmen.

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Europäische Kommission die Strategie Europa 2020 vorgelegt und die angekündigten Beschlüsse zur Reform der nationalen und europäischen Finanzaufsicht getroffen und umgesetzt; seit dem 01.01. dieses Jahres haben die drei neuen europäischen Aufsichtsbehörden für die Banken, Versicherungen und betriebliche Altersversorgung sowie für den Wertpapierhandel ihre Arbeit aufgenommen. Gleichzeitig befinden sich die Diskussionen zur Ausgestaltung und Finanzierung der neuen EU-Kohäsionspolitik nach 2013 in einer Hochphase. Im Bereich Klima- und Umweltpolitik hat die Europäische Kommission gemäß den Strategischen Leitlinien für das Jahr 2010 einen Schwerpunkt auf die Umsetzung des Klima- und Energiepaktes gesetzt.

Das EUROPE DIRECT Informationszentrum Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis (EDIMN) hat sich auf die Kommunikationsprioritäten der Europäischen Kommission für 2010 konzentriert. Die gewählten Veranstaltungsformate sollten in verständlicher und ansprechender Form über die bereits vorhandenen politischen Strukturen informieren und darauf aufbauend die Neuerungen, vor allem die Verstärkung des demokratischen Elements und die zusätzlichen Bügerelemente erläutern. Es haben Veranstaltungen zum Vertrag von Lissabon, zur Neustrukturierung der EU-Strukturfondsförderperiode ab 2014, zu den Schwerpunkten und Kernzielen der Strategie Europa 2020 und zur Energie- und Klimapolitik stattgefunden.

Informationsveranstaltung zum Thema „Europaschulen“ am 01. März 2010 im Kreishaus Neuss

Im Hinblick darauf, dass es von besonderer Bedeutung ist, frühestmöglich Kinder und Jugendliche an die Europäische Idee heranzuführen und ihnen die Möglichkeiten und Vorteile eines Lebens in einem Europa ohne Grenzen aufzuzeigen, hat das EDIMN gemeinsam mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW und dem Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW am 01. März 2010 eine Informationsveranstaltung zum Thema „Europaschulen“ im Kreishaus Neuss durchgeführt. Damit will das EDIMN einen Beitrag zu den Zielen der Europäischen Kommission gemäß des Grünbuchs „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ leisten und mithelfen,

den europäischen Gedanken in der Region noch weiter zu verankern. Mit der Veranstaltung sollte die Arbeit und Ausrichtung der anerkannten Europaschulen in Nordrhein-Westfalen vorgestellt und bei allen Schulformen Interesse geweckt werden, selbst Europaschule zu werden (bisher gibt es zum Beispiel im Rhein-Kreis Neuss 2 Europaschulen).

Zentraler Europatag der Regionen Mittlerer Niederrhein und Köln/Bonn am 03. Mai 2010 auf Burg Bergerhausen, Rhein-Erft-Kreis

Am 03.05.2010 fand auf Burg Bergerhausen, Kerpen im Rhein-Erft-Kreis, der zentrale Europatag der Region Mittlerer Niederrhein und der Region Köln/Bonn e.V. als Gemeinschaftsveranstaltung statt. Thema der Informationsveranstaltung war der Vertrag von Lissabon und die kommunal- und bürgerfreundlichen Regelungen („Der Vertrag von Lissabon – auch mit lokaler Dimension“).

Europäischer Umwelttag an der Bischöflichen Maria-Montessori-Gesamtschule in Krefeld am 04. Mai 2010

Das EDIMN hat gemeinsam mit der Bischöflichen Maria-Montessori-Gesamtschule Krefeld den dortigen EU-Umwelttag ausgerichtet. Hierzu hatte die Regionale Vertretung der Europäischen Kommission in München freundlicherweise die Wanderausstellung „Kampf dem Klimawandel“ für den Zeitraum 28.04.2010 bis 21.05.2010 zur Verfügung gestellt, die während dieser Zeit zur Besichtigung auch benachbarten Schulen angeboten wurde.

Die Bischöfliche Maria-Montessori-Gesamtschule ist eine von über 100 Europaschulen in NRW und seit vielen Jahren im Umweltbereich engagiert (unterhält einen eigenen Schulgarten und ein selbst errichtetes Biohaus aus Lehm, das mit alternativer Energie beheizt wird). Mit dem EU-Umwelttag wollte die Schule auf die Verknüpfung eigener Aktivitäten mit den Zielen und Maßnahmen der EU-Umwelt- und Klimapolitik aufmerksam machen.

Netzwerkveranstaltung „EUROPA und WIRTSCHAFT“ des EUROPE DIRECT Informationszentrums und NRW. Europa am 16. November 2010 im Kreishaus Wesel

Am 16.11.2010 fand im Kreishaus Wesel (Gastgeber Kreis Wesel) die Netzwerkveranstaltung des EDIMN und NRW.Europa unter der Überschrift „EUROPA und WIRTSCHAFT“ statt. Im Mittelpunkt der Veran-

staltung stand die Frage, wie kleinen und mittelständischen Unternehmen bei der Anbahnung von Geschäftsbeziehungen im europäischen Ausland und bei der Beantragung von EU-Fördermitteln Hilfestellung gegeben werden kann. Die Referentinnen und Referenten von ZENIT und NRW.BANK gaben in vier Vorträgen Informationen und Hinweise über Beratungsangebote zur Erschließung von europäischen Geschäftspotentialen und zur Innovationsentwicklung mit Unterstützung von nationalen und europäischen Förderinstrumentarien. Abschließend wurden konkrete Förderbeispiele aus der Praxis vorgestellt und zwei Unternehmer berichteten über ihre positive Erfahrung bei der Erschließung von Geschäfts- und Kooperationspotentialen im europäischen Ausland.

Zweitägige Informationsfahrt nach Brüssel für die Mitglieder des AK Europa am 18./19. November 2010

In den Jahren 2006 und 2008 hat das EDIMN jeweils eine Informations- und Orientierungsfahrt in die „Hauptstadt“ Europas nach Brüssel organisiert, um seinen Mitgliedern einen lebendigen Eindruck von dem politischen System der EU und gleichzeitig die Gelegenheit zu geben, sich vor Ort über die aktuellen kommunalrelevanten EU-Themen zu informieren. Die Fahrten haben nach Aussage der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geholfen, einen Überblick über die EU-Strukturen zu erhalten und erste Wege der Einflussnahme durch die kommunale Ebene aufzuzeigen. Zur Stärkung der Europafähigkeit des neuen Mitglieds Kreis Wesel hat am 18./19.11.2010 eine zweitägige Informationsfahrt nach Brüssel stattgefunden. Das EDIMN hatte im Vorfeld der Orientierungsreise Gesprächstermine im Europäischen Parlament (mit dem für die Region Niederrhein zuständigen Europaabgeordneten Karl-Heinz Florenz), in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen zur Europäischen Union, mit der Europäischen Kommission und im Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vereinbart. Die Reise diente der ersten Information über das politische System der EU, seiner Organe, ihrer Aufgaben und Kompetenzen sowie der Darstellung der jeweiligen Einflussmöglichkeiten auf die Politik- und Rechtssetzung der EU. Im Rahmen der Treffen erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber hinaus Informationen über die aktuellen (Rechts-) Entwicklungen in den Bereichen Umwelt und Landwirtschaft und zum Stand der Diskussion zur Ausgestaltung der zukünftigen EU-Kohäsionsperiode nach 2013. Die Zusammenkunft im Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes diente zusätzlich der Vermittlung möglicher Wege der Lobbyarbeit und

der Einflussnahme der Kommunen auf europäische Themen ihres Interesses.

Kurs 21 Grenzlandgespräche mit der Volkshochschule des Kreises Viersen

Die Grenzlandgespräche wurden von der Volkshochschule Viersen initiiert und widmen sich seit dem 02. September 2004 den Wechselwirkungen zwischen dem weltweiten Wandel und dem regionalen Handeln an der deutsch-niederländischen Grenze. Die Kursreihe greift unterschiedliche Themen auf – Ökonomie, Ökologie, soziale Zukunft et cetera – und setzt sich damit auseinander, wie an der deutsch-niederländischen Grenze das Konzept der Nachhaltigkeit gelebt wird. Im Jahr 2010 wurden folgende Vorträge angeboten:

1. Was können wir gegen Armut und Ausgrenzung tun?

2. Cradle to Cradle – Einfach und intelligent die Welt retten?
3. Deutsch-Niederländische Kulturarbeit – Was geschieht im Grenzland?
4. Blaues Gold – Welche Zukunft hat die Wasserwirtschaft im Grenzland?
5. Regiobahn, Eurobahn und Eiserner Rhein – Was wird aus dem grenzüberschreitenden Schienenverkehr?
6. Jugend Europas – Wie lebenswert ist das Grenzland für junge Menschen?

Neben den Veranstaltungen hat das EDIMN regelmäßig über neueste EU-Rechts- und Politikentwicklungen sowie EU-Förderinstrumentarien wie folgt informiert:

1. EU-Informationen für die Region Mittlerer Niederrhein und den Rhein-Erft-Kreis
2. Arbeitskreis Europa für die Region Mittlerer Niederrhein und den Rhein-Erft-

Kreis; der Arbeitskreis Europa setzt sich aus den „Mitgliedern“ des EDIMN zusammen (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Verwaltung und den Wirtschaftsförderungsgesellschaften) und trifft sich dreimal jährlich, um sich über neueste kommunalrelevante Entwicklungen auf EU-Ebene auszutauschen und daraus gemeinsame Stellungnahmen, Veranstaltungen und Projekte zu entwickeln; neben der regelmäßigen Information über (neue) kommunalrelevante EU-Förderprogramme werden auch grundlegende Politikentwicklungen, wie zum Beispiel die EU-Strukturfondsförderperiode, der Vertrag von Lissabon und seine Umsetzung, die Strategie Europa 2020 mit seinen Kernzielen und Leitinitiativen erläutert und gemeinsame Veranstaltungen beschlossen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Europa in der Praxis: Leben in der deutsch-niederländischen Grenzregion

Von Dr. Gerd Eckstein,
Stabsstelle Kreisentwicklung, Kreis Borken

Die Niederlande waren 2010 erneut der mit Abstand wichtigste Handelspartner für Nordrhein-Westfalen: Waren im Wert von 17,1 Milliarden Euro wurden von Unternehmen aus NRW exportiert. Auch bei den Importen kam der weitaus größte Teil aus dem westlichen Nachbarland: Der Gesamtwert eingeführter Waren betrug 28,1 Milliarden Euro (Quelle: Statistisches Landesamt NRW). Der Kreis Borken mit einer Bevölkerung von rund 370.000 Menschen auf einer Fläche von gut 1.400 Quadratkilometer hat eine 108 Kilometer lange gemeinsame Grenze mit den Niederlanden. Er ist die westliche Grenze des Regierungsbezirkes Münster und Westfalens. Diese geografische Randlage zwischen den Ballungszentren an Rhein und Ruhr sowie den niederländischen Metropolen Amsterdam, Den Haag, Rotterdam und Utrecht war lange Zeit ein Standortnachteil. Nach dem Wegfall der Binnengrenzen und der Vollendung des gemeinsamen Marktes rückte das westliche Münsterland jedoch stärker in den Fokus grenzüberschreitender Verflechtungen wirtschaftlicher und sozio-kultureller Art.

Die EUREGIO als Dach der Zusammenarbeit im Grenzraum

Ein Ziel der europäischen Integration bestand und besteht darin, dass die Binnengrenzen der Gemeinschaft immer weniger als Trennlinie, sondern als Anknüpfungspunkt für ein Miteinander zum beiderseitigen Vorteil verstanden werden. Eine gute Voraussetzung, dieses Ziel zu erreichen, verkörpert im deutsch-niederländischen Grenzraum die EUREGIO mit Sitz in Gronau – der nördlichsten Stadt des Kreises Borken. Sie wurde bereits im Jahre 1958 als damals erster grenzübergreifender Zusammenschluss dieser Art in Europa gegründet. Die EUREGIO strebt nach ständiger Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Niederländern, insbesondere

durch den Abbau alltäglicher Grenzprobleme. Unter ihrem „Dach“ werden grenzüberschreitende Projekte in vielfältigen Lebensbereichen und bezogen auf unterschiedliche Zielgruppen durchgeführt. Zu den Serviceleistungen gehören unter anderem die umfassende Beratung von Grenzpendlern, Unternehmern und Verbrauchern (www.euregio.de).

Die INTERREG-Programme als „Katalysator“ der Kooperation

Mit der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG wurde Anfang der 1990er Jahre ein Instrument geschaffen, das unter anderem der Stärkung der Wirtschaftskraft von Grenzregionen dienen soll. War dieses Förderprogramm in seiner ersten Auflage noch relativ

gering dotiert, umfasste INTERREG II (1994-1999) bereits einen namhaften Betrag: Im EUREGIO-Gebiet konnten EU-Zuschüsse in Höhe von fast 23 Millionen Euro investiert werden. In der Förderperiode INTERREG III (2000-2006) standen rund 48 Millionen Euro zur Verfügung, die durch nationale Ko-Finanzierung ergänzt und um Eigenmittel aus der Region aufgestockt wurden. In der aktuellen Phase INTERREG IV (2007-2013) können Akteure aus dem EUREGIO-Gebiet rund 42 Millionen Euro aus Brüsseler Kassen aktivieren. Die Größenordnung der geförderten Projekte beginnt bei wenigen hundert Euro für sogenannte People-to-People-Maßnahmen und endet derzeit bei einem Großprojekt mit einem Gesamtvolumen von rund 18 Millionen Euro: „Mechatronik für kleine und mittlere Unternehmen“, an dem unter anderem die Wirtschaftsförderungsgesell-



Zusammenarbeit in Europa – ganz praktisch: Bei einem Gespräch über grenzübergreifenden Hochwasserschutz waren Dr. Peter Paziorek, Regierungspräsident Münster, Anke Bijleveld-Schouten, Kommissarin der Königin in der Provinz Overijssel, und der Borkener Landrat Dr. Kai Zwicker (v.l.) dabei. Dieses Treffen im Kreishaus Borken war zugleich der Antrittsbesuch der höchsten Repräsentantin der Provinz Overijssel.

Foto: Kreis Borken

schaft für den Kreis Borken maßgeblich beteiligt ist.

Weitere EU-Fördermöglichkeiten für die Region Kreis Borken

Neben der Gemeinschaftsinitiative INTERREG, die inzwischen ein eigenständiges Ziel in der EU-Fördersystematik geworden ist, gibt es noch weitere Programme, die durch Akteure aus dem Kreis Borken genutzt werden. Zu nennen ist hierbei insbesondere LEADER: Von den 17 Städten und Gemeinden des Kreises sind zehn an insgesamt vier LEADER-Regionen beteiligt – in zwei Fällen Kreisgrenzen überschreitend. Auch an den Ziel 2-Wettbewerben partizipieren Unternehmen und Institutionen aus dem Kreisgebiet. In einem Fall ist der Kreis Borken selbst als Antragsteller und Projektträger tätig: Im Rahmen des Wettbewerbs „Erlebnis.NRW“ wurde das Projekt „Grenzenlose Naturerlebnisse im Kreis Borken“ als einer der Sieger ausgewählt und entsprechend prämiert. Das Förderprojekt umfasst ein Volumen von 2,6 Millionen Euro und wird die Natura 2000-Gebiete im Kreis deutlich aufwerten. Daneben partizipieren zahlreiche Institutionen und Personen aus dem Kreisgebiet an EU-Fördermaßnahmen, die im Bildungsbereich in dem Programm „Lebenslanges Lernen“ zusammengefasst sind: Comenius (Schulen, Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler und Lehrpersonal), Erasmus (Hochschulen, Erhöhung der Mobilität von Studierenden und Dozentinnen und Dozenten), Grundtvig (Erwachsenenbildung) sowie Leonardo da Vinci (berufliche Bildung, Mobilität von Auszubildenden und Ausbildungspersonal).

Die Zukunft der EU-Strukturpolitik

Die EU-Kommission hat im November 2010 den fünften Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt mit dem Titel „In Europas Zukunft investieren“ (Kohäsionsbericht) vorgelegt. Er bildet eine Grundlage für die sogenannte Finanzielle Vorausschau 2014 bis 2020 und damit auch für die Neu-Ausrichtung der Strukturpolitik nach 2013. Bis zum 31. Januar 2011 lief eine öffentliche Konsultation zu dem 5. Kohäsionsbericht, an der sich auch die kommunalen Spitzenverbände sowie die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) beteiligt haben. Die AGEG-Geschäftsstelle befindet sich in dem gleichen Gebäude wie die Geschäftsstelle der EUREGIO in Gronau. Schon auf Grund dieser räumlichen Nähe ist ein optimaler Informationsfluss in Richtung Brüssel, aber auch hinsichtlich der Vernetzung mit anderen Euregios gewährleistet. Diese Informationen über den Stand und den Verlauf der Gespräche und Verhandlungen machen ein wirkungsvolles Lobbying in Brüssel, aber auch in den nationalen Hauptstädten erst möglich. Eine zweite Vernetzung in Richtung Brüssel garantiert der Europaabgeordnete für das Münsterland, Dr. Markus Pieper (EVP/CDU), der stellvertretender Vorsitzender des Regionalausschusses im Europäischen Parlament ist. In seiner Eigenschaft als Berichterstatter zu den neuen Strukturfondsverordnungen legte er am 12. April 2011 einen Berichtsentwurf zur „Strategie für die EU-Kohäsionspolitik nach 2013“ vor. Ihm ist die Rückmeldung aus der Umsetzungspraxis von EU-Programmen und -Projekten sehr wichtig. Nach allen bisher vorliegenden Informationen gibt es in Brüssel, aber auch in den meisten nationalen

Hauptstädten derzeit einen breiten Konsens, die INTERREG-Förderung nach 2013 fortzusetzen und gegebenenfalls finanziell weiter aufzuwerten. Für das Münsterland und den Kreis Borken als Teil der EUREGIO sind die Aussichten derzeit jedenfalls verhalten optimistisch.

Partnerschaft mit dem Powiat Wroclawski / Landkreis Breslau

Die Europaaktivitäten des Kreises Borken konzentrieren sich auf den deutsch-niederländischen Grenzraum und die hier bestehenden Fördermöglichkeiten im Rahmen der EUREGIO. Der Gedanke der europäischen Integration und Völkerverständigung wird im Kreis Borken aber noch auf ganz andere Weise praktiziert: Seit dem Jahr 2000 besteht eine offizielle Partnerschaft mit dem polnischen Landkreis Breslau/Powiat Wroclawski. Ausgangspunkt für diese Kreispartnerschaft war eine Initiative der Bundesheimatgruppe Breslau-Land. Diese Organisation ist ein Zusammenschluss der ehemaligen deutschen Bewohner der Region um Breslau, für die der Kreis Borken vor vielen Jahren die Patenschaft übernommen hatte. Die Bundesheimatgruppe regte in den 1990er Jahren eine Kontaktaufnahme zu den heutigen polnischen Bewohnern ihrer „alten Heimat“ an. Nachdem in Polen durch eine Verwaltungsreform im Jahr 1999 Kreisstrukturen eingeführt worden waren, nahm der Kreis Borken Verbindung zum damals neugebildeten Landkreis Breslau auf. Daraus entwickelte sich recht schnell eine Partnerschaft auf Kreisebene, aus der in der Zwischenzeit wiederum mehrere Partnerschaften zwischen kreisangehörigen Kommunen entstanden sind, die inzwischen einen regen deutsch-polnischen Austausch pflegen – sei es zwischen den Feuerwehren, Schulen, den Sport- und Heimatvereinen. Jährlich finden zudem auf Kreisebene Partnerschaftstreffen statt. In diesem Jahr fährt die deutsche Delegation aus Kreistagsmitgliedern und der Verwaltungsspitze vom 23. bis 26. Mai nach Breslau.

Eine neue Qualität der Zusammenarbeit und des Austauschs zeigt sich darin, dass die für EU-Programme und Projekte zuständige Mitarbeiterin der Kreisverwaltung Breslau vom 4. bis einschließlich 14. April 2011 eine Hospitation in der Kreisverwaltung in Borken absolvierte. Diese Kontakte und der Austausch auf der Ebene der Verwaltungen, in erster Linie aber auf der Ebene der Bürgerinnen und Bürger, müssen in den nächsten Jahren im Sinne einer lebendigen, gleichberechtigten europäischen Partnerschaft fortgesetzt und weiter intensiviert werden.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.60.10



Freunde und Partner in ganz Europa oder: Wie der Kreis Herford das europäische „Wir-Gefühl“ fördert

Von Wolfgang Kuhlmann, Internationale Kontakte
und Partnerschaften, Kreis Herford,

Der Kreis Herford unterhält insgesamt acht internationale Partnerschaften und Städtefreundschaften. Davon bestehen sechs zu Städten und Regionen in Europa. In der Regel werden internationale Partnerschaften zwischen Städten geschlossen. Der Kreis Herford bildet hier eine Ausnahme. Die älteste Partnerschaft ist die zu der französischen Stadt Voiron in Südostfrankreich. Die Partnerschaftsurkunden wurden 1966 unterzeichnet. 1970 entschied sich der Kreistag für eine Partnerschaft mit der Stadt Sibenik im ehemaligen Jugoslawien, jetzt Kroatien. 1972 wurde die Partnerschaft zur Region Renfrewshire in Schottland geschlossen. Die freundschaftliche Beziehung zur polnischen Stadt Gorzow, Wielkopolski, dem ehemaligen Landsberg an der Warthe, entstand aus der Partnerschaft zu den ehemaligen Landsbergern. Diese Freundschaft existiert seit über 20 Jahren. Zur Zeit der lettischen Unabhängigkeitsbewegung entstand eine freundschaftliche Beziehung zur lettischen Stadt Jelgava. Zur italienischen Stadt Bassano del Grappa, der Partnerstadt von Voiron, entwickelten sich freundschaftliche Beziehungen seit 1997.

Kommunale Partnerschaften können nur dann mit Leben gefüllt werden, wenn es zu kontinuierlichen Kontakten auf der Ebene der Bürgerinnen und Bürger kommt. Die menschliche Begegnung über alle Sprachbarrieren hinweg steht hier im Mittelpunkt. Vereine, Institutionen, Schulen sowie Jugend- und Bürgergruppen müssen in ihren Reiseaktivitäten in die Partnerregionen unterstützt werden. Der Kreis Herford hat ein Förderinstrument geschaffen, das Gruppen finanziell unterstützt, die Begegnungsprojekte mit Gruppen aus den europäischen Partnerregionen durchführen. Bis zu 50 Prozent der nachgewiesenen Fahrtkosten in die Partnerregionen können erstattet werden. Mehrere Zehntausend Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten an Begegnungsprojekten mit den Partnerregionen des Kreises Herford teilgenommen. Alle zwei Jahre findet ein großes Partnerschaftstreffen mit Beteiligung von vielen Hundert Bürgerinnen und Bürgern statt. Der Veranstaltungsort wechselt zwischen Voiron, Sibenik, Bassano del Grappa und dem Kreis Herford. Jedes Treffen hat einen speziellen Arbeitsschwerpunkt. Bei den letzten Treffen ging es um „Menschen mit Behinderung in Europa“, „Frauen in Europa“ sowie „Ausgrenzung und soziale Integration in Europa“. Es gibt zwei Ebenen bei den Begegnungsprojekten des Kreises Herford mit den Partnerregionen. Bilaterale Begegnungen: Das ist die klassische Form der internationalen Be-

gegnung. Zwei Vereine, Jugendgruppen oder Schulklassen treffen sich an einem der Partnerorte, um ein interkulturelles Begegnungsprogramm durchzuführen. Diese Form der Partnerschaftskontakte wird vor allem von Sportvereinen und Partnerschulen veranstaltet. Multilaterale Begegnungen: Gruppen aus mehreren europäischen Partnerregionen treffen sich an einem Partnerort, um ein interkulturelles Begegnungsprojekt durchzuführen. Diese Form der Partnerschaftskontakte gewinnt für den Kreis Herford zunehmend an Bedeutung. Die beteiligten kommunalen Verwaltungen in den Partnerstädten bevorzugen diese Form der Partnerschaftskontakte. Es gibt wohl keine schönere Form, das zukünftige vereinte Europa vorwegzunehmen. Für die Dauer des Begegnungsprojekts entsteht bei den beteiligten Menschen ein europäisches „Wir – Gefühl.“ Europa bekommt ein Gesicht. Ein „europäisches Bewusstsein“ kann entstehen. Die Zusammenarbeit bei der Organisation von multilateralen Projekten auf der Ebene der kommunalen Verwaltungen der Städte Voiron/Frankreich, Bassano del Grappa/Italien, Sibenik/Kroatien und dem Kreis Herford funktioniert seit vielen Jahren gut. Bei der Durchführung von multilateralen Jugendprojekten wird auch immer stärker die Stadt Gorzow in Polen beteiligt. Die Zahl der europäischen Partner bei multilateralen Begegnungen steigt weiter an, da der jeweils veranstaltende Partner seine

eigenen bilateralen Partner zu dem Projekt einlädt. So kommt es vor, dass an einem Begegnungsprojekt bis zu zehn Städte, beziehungsweise Regionen aus acht europäischen Ländern beteiligt sind. Beim letzten Partnerschaftstreffen im Juli 2010 in der französischen Partnerstadt Voiron kamen Jugendliche und Erwachsene aus Frankreich, England, Italien, Kroatien, Lettland, Polen, Spanien und drei deutschen Regionen zusammen. Aus dieser Vielzahl menschlicher Begegnungen ergeben sich immer neue Kontakte und Projektideen. Die multilateralen Projekte wurden durch die EU – Programme „Jugend in Aktion“ beziehungsweise „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ gefördert. Der Kreis Herford wird diese Form der Bürgerbegegnungen weiter ausbauen. Er versucht, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen mit einzubeziehen in den Prozess des Zusammenwachsens der europäischen Regionen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Lebendige Partnerschaft: Austausch und Aktionen, Kunst und Kultur

Von Katja Fall,
Partnerschaftsbeauftragte, Märkischer Kreis

Der Märkische Kreis pflegt mit dem Wrexham County Borough in Wales (GB), dem Landkreis Elbe-Elster in Brandenburg (D) und dem Powiat Raciborz – Kreis Ratibor in Schlesien (PI) sehr aktive und lebendige Partnerschaften. Die Verbindung mit Wrexham wurde 1970, die Partnerschaft mit dem Landkreis Elbe-Elster in Brandenburg (D) 1992 und die mit dem Kreis Ratibor 2001 begründet. Für die europäischen Aktivitäten wurde der Märkische Kreis in Bezug auf die Partnerschaftsaktivitäten mit Wrexham bereits 1978 mit der Ehrenfahne und 1992 mit der Ehrenplakette des Europarats ausgezeichnet.

Zur Ausweitung und Intensivierung der internationalen Beziehungen wurden viele themenspezifische Projekte initiiert. Eine Delegation aus Wrexham war im Märkische Kreis, um das deutsche Gesundheitswesen, insbesondere Präventionsmaßnahmen kennenzulernen. Eine ebenfalls interessante Aktion war, dass die Phaenomena Lüdenscheid, ein experimentelles Museum zum Mitmachen für Physik und Technik, anlässlich des Wrexham Science Festivals durch eine Ausstellungsbeteiligung eigene Exponate nach Wales gebracht hatte. Seit 2007 hat sich der Märkische Kreis wiederholt beim Europe Direct Forum in Wrexham beteiligt. Es gab ebenfalls zahlreiche Veranstaltungen, in denen durch Beiträge aus den Partnerkreisen das Thema Europa stärker in den Blickpunkt der Bürger rückte. Der Märkische Kreis hat Deutsch-Polnische Tage mit Wirtschaftsforum unter Beteiligung des damaligen Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Polen, Dr. Reinhard Schweppe, veranstaltet und eine Workshopwoche für Jugendliche durchgeführt. Erwähnenswert sind im Sektor kultureller Veranstaltungen beispielsweise Auftritte des Märkischen Jugendinfonieorchesters und des Märkischen Kreisjugendorchesters in den Partnerkreisen, Musicals, trilaterale Joint-Ventures, das internationale Burgfest in Altena, der deutsch-polnische Fotowettbewerb „Bilder, die verbinden“ mit anschließender Ausstellung. Spannend waren ebenfalls Sonderaktionen mit sportlichem Hintergrund wie 1000 Kilometer weite Fahrradtouren nach Elbe-Elster und Ratibor im Jahr 2002 sowie nach Wrexham im Jahr 2008. Seit 26 Jahren organisiert der Schwimmverein 08 Werdohl alljährlich das „Internationales Schwimmfest“, zu dem die jugendlichen Sportlerinnen und Sportler der Partnervereine aus Ratibor und Wrexham anreisen. Der Fußballverein SC Plettenberg pflegt seit mehr als 25 Jahren jährliche Austauschbegegnungen und Freundschaftsspiele mit den Jungkickern von Borrás Park in Wrexham. Der Sauerländer Gebirgsverein beteiligt sich mit Aktivitäten, wie Wandertage und Spendenlauf in Ratibor.

Auch im Bereich Jugend, Schule und Bildung bestehen zahlreiche aktive Verbindungen. Es gab einen, durch das Programm Leonardo geförderten, deutsch-britischen Austausch von Grundschullehrern, über E-Twinning stehen seither elf Grundschulen miteinander in Verbindung. Seit 2004 findet jährlich in einem der vier Partnerkreise ein, durch Jugend in Aktion gefördertes, trilaterales Jugendprojekt statt. Bisherige Themenbereiche waren Kultur, Wirtschaft, Natur- und Umweltschutz. Seit 2005 organisiert das kaufmännische Berufskolleg des Märkischen Kreises in Iserlohn zwei Mal pro Jahr durch Leonardo geförderte Praktika für die Berufsausbildung Industriekaufmann EU und European Business Class. Der Bund der Vertriebenen und der Deutsche Freundschaftskreis veranstalten jährlich ein gemeinsames Medienseminar. Publikationen wie Bildbände, Ausstellungskataloge, Broschüren und Filme konnten in

auf einer personenunabhängigen Ebene beigetragen. Neben den partnerschaftlichen Aktivitäten hat der Märkische Kreis einen Europabeauftragten, der die europäischen Belange für die Kreisverwaltung betreut.

Des Weiteren arbeitet die kreiseigene Gesellschaft für Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis (GWS) auf europäischer Ebene in Netzwerken und mit EU-Förderprogrammen.

Das multinationale Interreg IIIC-Projekt der GWS „Innofire“, an dem acht Nationen, unter anderem der Märkische Kreis, der Wrexham County Borough und der Kreis Ratibor beteiligt waren, wurde 2007 abgeschlossen. Bei diesem Projekt ging es um eine Brancheninitiative zum Thema Medizintechnik-Cluster. In den vergangenen Jahren gab es einige Messebeteiligungen und Gemeinschaftsstände in GB und Leipzig. Seit 2004 existiert ein MK-Büro in Wrexham. Dieses



Die beteiligten Künstler Kurt Kormann (MK), Tim Pugh (Wrexham/GB), Erich Reusch (MK), E.R.N.A. (Elbe-Elster), Grzegorz Tomasiak und Eva Lenard (beide Ratibor/PI) in der Installation RAUM.FAMILIE in der Städtischen Galerie in Lüdenscheid. Foto: WR, Jakob Salzmann

der vergangenen Dekade realisiert werden und haben so Steigerung des Bekanntheitsgrades der Partnerschaftsaktivitäten

Büro können Unternehmen aus dem Märkischen Kreis für den Markteinstieg in Großbritannien nutzen. Beratung und Unterstüt-

¹ Foto: Hans Schneider

zung erfahren sie dabei durch professionelle Begleitung des GWS-Beauftragten GB vor Ort.

Im laufenden und im vergangenen Jahr gab es zwei bemerkenswerte Projekte, anhand derer der Märkische Kreis zeigen kann, wie vielfältig Partnerschaftsarbeit betrieben werden kann.

Trilaterale Ausstellung „Time/Zeit“

Walisische, polnische und deutsche Künstler haben sich für eine trilaterale Wanderausstellung mit dem Thema Zeit auseinandergesetzt. Die Ausstellung wurde in einem viersprachigen Ausstellungskatalog dokumentiert. Die Städtische Galerie Lüdenscheid und der Märkische Kreis haben die Verwirklichung einer Gemeinschaftsausstellung und die Koordination mit den Partnerkreisen vereinbart. Unter dem Titel „Time-Zeit“ haben jeweils zwei Künstler aus jedem Partnerkreis passende Kunstwerke erstellt und diese im Frühjahr 2010 in der Städtischen Galerie Lüdenscheid präsentiert. Die Ausstellung war im Herbst 2010 in Wrexham zu sehen und wird ab 29. Mai 2011 im Landkreis Elbe-Elster sowie im Herbst 2011 in Ratibor gezeigt. Sie zeigt in hochwertigen Arbeiten der acht Künstler, wie sie sich bewusst mit dem Thema „Zeit“ auseinandergesetzt haben und es in ihrer speziellen Ausdrucksweise – Plastiken, Malerei, Fotografie, Ikonen, Multimedia-Präsentation – für den Besucher der Ausstellung erlebbar machen. Zu den jeweiligen Ausstellungsaufakten sind einige der Künstler in den Partnerkreis gereist, um die Ausstellung gemeinsam aufzubauen, zu eröff-

nen, ein gemeinsames Begleitprogramm zu erleben und um Workshops mit Kindern und Jugendlichen durchzuführen.

Projekt „Begegnungen“

Deutsche und polnische Journalisten und Fotografen haben in Workshops erkundet, ob und inwiefern zwischen Deutschland und Polen Parallelen im Alltagsleben der Menschen bestehen. Die Resultate werden in dem gemeinsamen Bildband „Begegnungen“ veröffentlicht und in der begleitenden Fotoausstellung dokumentiert. Der Märkische Kreis und sein Partnerkreis Ratibor betreiben aktuell gemeinsam das Projekt mit dem Titel „Begegnungen“, bei dem es um einen Bildband, eine Ausstellung und zahlreiche Begegnungen geht. Insbesondere vor dem Hintergrund des zehnjährigen Partnerschaftsjubiläums zwischen dem Märkischen Kreis und dem Kreis Ratibor im Jahr 2011 wurde ein gemeinsames Konzept entwickelt, um die engen Verflechtungen zwischen unseren Kreisen zu dokumentieren.

Ende 2010 ist das Projekt „Begegnungen“ über die Lokalzeitungen und das Lokalradio vorgestellt worden. Viele Bürger haben sich beworben, für den Bildband in Text und Bild portraitiert zu werden. 25 Menschen pro Kreis – jeweils passende Pendanten – wurden aus allen Bewerbern ausgesucht. Der Bildband wird „Menschen von nebenan“ zeigen und einen Einblick in ihren Lebensalltag geben. Die Auswahl zeigt einen repräsentativen Querschnitt durch die Bevölkerung aus den Bereichen „Kinder und Jugend“, „Berufe“, „Sport und Kultur“ sowie „Gesellschaft“.

Polnische und deutsche Journalisten und Fotografen haben im Frühjahr gemeinsame Workshops und Begegnungen mit den ausgesuchten Menschen unserer Kreise durchgeführt. Aus den Arbeitsergebnissen wird ein zweisprachiger Bildband erstellt. Durch dieses Werk sollen Parallelwelten zwischen dem Märkischen Kreis und dem Kreis Ratibor aufgezeigt werden.

Der Bildband wird im Juli 2011 im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des zehnjährigen Partnerschaftsjubiläums mit Ratibor unter dem Titel „Begegnungen“ veröffentlicht. Zeitgleich erfolgt die zugehörige Fotoausstellung. In der ersten Ebene an Begegnungen zeigt das Werk das Resultat aus bereits erfolgten, persönlichen Kontakten.

Auf zweiter Ebene wird der Leser gedankliche Begegnungen mit den Portraitierten erfahren und sich mit den Themen auseinandersetzen, was die „Menschen von nebenan“ beschäftigt. Mit „nebenan“ ist einerseits gemeint: der Bäcker um die Ecke, ein Grundschulkind, ein Mensch mit Behinderungen et cetera, andererseits meint „nebenan“ natürlich auch das Nachbarland Deutschland/Polen. Als mögliches Fernziel wird es auf einer dritten Ebene zu Begegnungen kommen. Die Portraitierten sollen ihr Pendant im Partnerkreis treffen.

Wir zeigen mit diesem Konzept, dass es auch auf kommunaler Ebene gelingen kann, ein facettenreiches internationales Projekt umzusetzen, das unseren Bürgern ein Stück Europa vor die Haustür bringt und die Menschen ermutigt, aufeinander zuzugehen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Auch das ist Europa: Wie sich der Kreis Soest international für Blinde einsetzt

Von Jörn Peters,
Clustermanager „NAV4BLIND“, Kreis Soest

NAV4BLIND, HaptiMap, Guide4Blind, Noc4Blind – alles Namensfindungen und Wörter, die allgemein nicht der Umgebung einer Kommune zugeordnet werden können. Außerdem sind sie kaum auszusprechen, wenn man den Wortlaut vorher nicht gehört hat. Und doch arbeitet der Kreis Soest seit Jahren auf nationaler und internationaler Ebene in Projekten, die auf europäischer Ebene Forschungen und Entwicklungen vorantreiben.

Der Kreis Soest startete Ende 2006 die Initiative „NAV4BLIND – Navigation für blinde und sehbehinderte Menschen“. Die Idee ist eine Kombination verschiedener, bundesweit standardisierter Karten-, GPS- und Mobilfunktechniken, um eine hochgenaue Fußgängernavigation für blinde Menschen zu ermöglichen. Schnell wuchs aus der Initiative zu einem großen Cluster mit Teilnehmern aus Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung. Die Kon-

cretisierung der Themenbereiche erfolgte 2007 und führte in dem Jahr zur ersten Veröffentlichung auf der CeBIT in Hannover. NAV4BLIND wurde 2008 ein ausgewählter Ort im Land der Ideen, gewann anschließend im Clusterwettbewerb Erlebnis.NRW 2008 mit dem Projekt „Guide4Blind – Neue Wege im Tourismus auch für blinde und sehbehinderte Menschen“ eine Fördersumme von 1.600.000 Euro und wurde in dem Europäischen Projekt „HaptiMap – Haptic, Audio

and Visual Interfaces for Maps and Location Based Services“ einer von 15 europäischen Partnern.



Die Grundidee

Die Initiative "NAV4BLIND" hat die Entwicklung, Umsetzung und Verbreitung eines satellitengestützten Navigationssystems für blinde und sehbehinderte Menschen zum Ziel. Blinde oder sehbehinderte Menschen sollen in einem 50 – 70 Zentimeter breiten virtuellen Korridor geleitet werden und durch permanente satellitengestützte Ortung Anweisungen erhalten, wie Sie sich fortzubewegen haben, um ein zuvor eingegebenes Ziel zu erreichen. Über die Angaben zur Routenfindung hinaus sollen auch vielfältige Informationen über die Umgebung vermittelt werden. Auf diese Weise wird für die betroffenen Menschen eine deutlich verbesserte Mobilität und Lebensqualität geschaffen. Diese Technik soll über eine Kombination komplementärer Satellitensysteme (amerikanische GPS, russische GLONASS und zukünftig auch mit dem europäischen GALILEO), den Satellitenpositionierungsdiensten der Länder und bundesweit standardisierten Inhalten auf der Basis des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems ALKIS ermöglicht werden.



Tastende Hände, auch so kann man eine Stadt erleben. Foto: Kreis Soest

Mit welchen Themen beschäftigen sich die Projekte?

In NAV4BLIND und seinen Folgeprojekten werden Lösungen und Verfahren mit einer erweiterten Fußgängernavigation für blinde und sehbehinderte Menschen entwickelt, um ihnen mehr Teilhabe im Alltag zu bieten und durch größere Eigenständigkeit eine Verbesserung der Lebensqualität und Mobilität zu ermöglichen. Schwerpunkte sind hierbei die Navigation und Kartendienste, Kommunikationsschnittstellen und Echtzeitdienste im Öffentlichen Personenverkehr. Der Kreis Soest setzt dabei Entwicklungen in Gang, die für betroffene Menschen eine technische und kostengünstige Verbesserung, bei gleichzeitigen kosten- und personalintensiven Einsparungen im Alltag bedeuten. Insgesamt leben allein in Deutschland 145.000 blinde und 1.200.000 stark sehbehinderte Menschen. Weltweit gibt es über 45.000.000 Betroffene mit steigender Tendenz.



Blind oder stark sehbehindert zu sein, das trifft eine große Personengruppe in Deutschland. Für sie setzt sich NAV4BLIND ein.



Das Europäische Projekt HaptiMap richtet seine Forschungen auf eine erweiterte Personengruppe aus. Hier stehen nicht nur blinde und sehbehinderte Gruppen im Fokus, sondern allgemein mobilitätseingeschränkte Menschen. Dazu gehören ältere Menschen, Rollstuhlfahrer, Gehbehinderte ebenso, wie auch Familien mit Kinderwagen. In HaptiMap werden haptische, auditive und visuelle Schnittstellen für Karten und ortsbezogene Dienste entwickelt. Neben ergänzender Soft- und Hardware sind insbesondere Applikationen (Apps) für iPhone und Android Mobiltelefone im Schwerpunkt der Entwicklung, die mit entsprechenden Karten- und Navigationsdiensten verbunden werden und später kostenlos zur Verfügung stehen. Das Projekt wird von der Universität in Lund, genauer dem Certec Design Center, geleitet und besteht aus insgesamt 15 europäischen Partnern. Die teilnehmenden Universitäten, Firmen, Forschungseinrichtungen und öffentlichen Verwaltungen kommen aus Spanien, Frankreich, Irland, Schottland, Großbritannien, Finnland, Belgien, Schweden und Deutschland. Die Zusammenstellung der Partnerländer verdeutlicht zum einen den Wirkungsgrad innerhalb Europas, aber auch zum anderen in welcher Liga der Kreis Soest antritt.

Auf welche Schwierigkeiten kann man stoßen?

Projekte auf nationaler und internationaler Ebene erwarten eine hohe Flexibilität, Offenheit und Aufgeschlossenheit für Neues. Dieser Anspruch wird an Mitarbeiter sowie auch an die unterschiedlichen Führungsebenen gestellt. Situationen und Fragen wie zum Beispiel: „Wir treffen uns nächste Woche in Brüssel!“, „Wer präsentiert das Projekt in Island?“, „Hat jemand Zeit an der Konferenz in Madrid teilzunehmen?“, sind Standard und führen nicht zu einer Erweiterung des Erholungsurlaubes, wie einige Kollegen und

Kolleginnen annehmen möchten. Ebenso ist umgangssprachliches Englisch für viele Menschen selbstverständlich, in der Wirtschaft ein Erfordernis, aber in Kommunen kein Alltag. Insbesondere nicht, wenn man Verträge mit Rechtscharakter schließt, Abwicklungen nach EU Recht vornimmt und hochtechnische Diskussionen und Übertragungen auf der Forschungs- und Entwicklungsebene durchführt. Dazu kommen die verwaltungsinterne Administration mit allen schwierigen Haushalts-, Kassen-, Vergabe- und Personalbesetzungsverfahren sowie die unterschiedlichen Prüfinstanzen eigener und übergeordneter Behörden.

Welche Erfahrungen haben wir gemacht?

Der Kreis Soest setzt auf zukunftsgerichtetes Handeln öffentlicher Verwaltungen, um den unterschiedlichen demographischen Entwicklungen entgegenzuwirken und dem demographischen Wandel Rechnung tragen zu können. Unabhängig davon sind wir als Kommune an Aufgaben gebunden, die uns in der Regel durch Gesetz auferlegt werden. Freiwillige Leistungen sind oftmals abhängig von den Haushaltssituationen der Kommunen und den Anforderungen der Region. Deshalb sind eine eigenständige Durchführung und Leitung, sowie eine Teilnahme an nationalen und internationalen Projekten nicht selbstverständlich und durchaus mit einigen Hindernissen verbunden. Insbesondere ist eine starke Unterstützung durch Verwaltungsleitung und der regionalen Politik erforderlich und erfolgt.

Wie wirken sich solche Vorhaben in der Region aus?

Aus unserer Sicht kann der öffentliche Dienst in vielen Bereichen innovativ sein, entwickeln und unterstützen, ohne als Konkurrenz zu Wirtschaftsunternehmen gesehen zu werden. Wir können Bereiche abdecken, die für Unternehmen nicht lukrativ und gewinnbringend genug sind, um positive Entwicklungen überhaupt erst in Gang zu setzen. Das wiederum schließt eine Unterstützung der Wirtschaftsunternehmen durch Vergaben oder Mitarbeit nicht aus, sodass oftmals eine Win-Win-Situation entsteht. Die Unternehmen entwickeln im Auftrage der Kommune Produkte, die wiederum für die betroffenen Menschen günstiger angeboten werden können. Dies resultiert daraus, dass die eigentlich zu leistenden Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bezahlt werden und so ein günstigeres Preisgefüge für, in unserem Fall blinde und sehbehinderte Menschen, entstehen kann. Eine Finanzierung kann unterschiedlich erfolgen und als „Non

Profit“-Partner/Kommune ist eine kosten-deckende Förderung aus unterschiedlichen Töpfen der EU durchaus möglich.

Aussicht und Zukunft

In 2011 wird der Kreis Soest zusammen mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Soest mbH das Projekt „Guide4Blind – Neue Wege im Tourismus auch für blinde und sehbehinderte Menschen“ in der Region Soest abschließen und einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und Mobilität blinder Menschen leisten. Weitere internationale und nationale Anfragen sind vorhanden und Folgeprojekte stehen bereits an. Wir planen zurzeit eine Übertragung und Erweiterung dieser Techniken in einem gemeinsamen Projekt Berlin-Soest. Darüber hinaus ist uns die Unterstützung eines Ministeriums zugesagt worden, ein Kompe-

tenznetzwerk „NoC4Blind – Network of Competence for blind and visually impaired People“ mit der Beteiligung aus zwölf europäischen Ländern sowie Moskau, Neuseeland und Israel einzurichten. In diesem Netzwerk sollen europäische Entwicklungen, Projekte und Produkte zusammengeführt werden, um die Wertschöpfungskette zukunfts-trächtiger Ideen in Europa zu vereinen und übertragen zu können.



Fazit

Wir haben bisher positive Erfahrungen mit der Teilnahme und Durchführung von na-

tionalen und internationalen Projekten machen können. Administrative Umstellungen und Anpassungen in der eigenen Verwaltungsstruktur sind schnell und flexibel erfolgt und auf die Unterstützung durch die übergeordneten Verwaltungsinstanzen war jederzeit Verlass. Der Öffentliche Dienst hat aus unserer Sicht genügend Potenzial und Kompetenzen, um auf nationaler und internationaler Ebene bei Entwicklungen mitzuwirken, zu gestalten und als Motor Neues voranzutreiben.

Infos unter www.nav4blind.de, www.guide4blind.de, www.haptimap.org

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Bildung über die Grenze hinweg: Der Kreis Heinsberg und die Provinz Limburg organisieren viele Angebote

Von Franz Josef Dahlmans, Leiter des Amtes für Schule, Kultur und Weiterbildung, Kreis Heinsberg

Von den 171 Kilometern Kreisgrenze des Kreises Heinsberg sind 77,5 Kilometer Landesgrenze zu den Niederlanden. Der Kreis Heinsberg ist der westlichste Kreis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Maastricht, Venlo oder Eindhoven ist es nicht weiter als nach Köln oder Düsseldorf. So ist nicht verwunderlich, dass der Kreis Heinsberg die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Niederlanden und besonders mit der Provinz Limburg pflegt und fördert. Da zudem das vom Kreistag des Kreises Heinsberg beschlossene Leitbild als ein Ziel die Stärkung von Bildung, Weiterbildung und Kultur als Standortfaktoren beschreibt, engagieren sich die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung besonders auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Bildung.

Niederländisch-Deutsches Zentrum für Weiterbildung

Im Rahmen eines Interreg-III-Projektes hat die vom Kreis Heinsberg getragene und kreisweit agierende Anton-Heinen-Volkshochschule zwischen Juli 2006 und Juni 2008 ein „Niederländisch-Deutsches Zentrum für Weiterbildung/Nederlands-Duits Centrum voor Educatie (NDZW/NDCE)“ in Heinsberg aufgebaut. Dieses Zentrum war die Antwort auf einen lange verspürten Bedarf an einem grenzüberschreitenden Dienstleistungs- und Begegnungszentrum, in dem umfassend Weiterbildungsveranstaltungen für Firmen, Organisationen und Einrichtungen, aber auch für interessierte Privatpersonen angeboten wurden. Als Projektpartner wurde dabei auf niederländischer Seite die Regio Parkstad Limburg, ein Verbund bestehend aus sieben Kommunen aus dem Südosten der Niederlande, mit Sitz in Heerlen gefunden. Es wurde entschieden, dass das NDZW in einem vorhandenen Schulungsgebäude in Heinsberg entstehen sollte. Heinsberg liegt als Kreisstadt in unmittelbarer Nähe zur

niederländischen Grenze und war somit als Sitz prädestiniert. Die so gegebene räumliche Trennung von der Kreisverwaltung Heinsberg und die damit verbundene Betonung der Eigenständigkeit des NDZW waren allen Verantwortlichen wichtig.

Als Projektleiterin des Zentrums wurde die Niederländerin Ivette Sprooten gewonnen, die über eine langjährige Erfahrung in der Organisation und Realisierung internationaler Projekte verfügte. Organisatorisch wurde das NDZW der Anton-Heinen-Volkshochschule angegliedert, wodurch der Verwaltungsaufwand für diese neue Einrichtung auf ein Minimum reduziert wurde. Der zuständige Fachbereichsleiter der VHS, Ingo Rümke, konnte von Anfang an mit seiner pädagogischen Kompetenz der Leiterin zur Seite stehen. Das NDZW entwickelte sich schnell zu einem Treffpunkt für Niederländer und Deutsche, die aus einer Vielzahl von Seminaren und Veranstaltungen auswählen konnten. Das Angebot erstreckte sich dabei nicht nur auf oft fach- und berufsspezifische Deutsch- und Niederländischkurse, sondern es wurden auch zahlreiche Veranstaltungen

im Bereich „Arbeitswelt“ abgehalten. Besonders erwähnenswert war eine Initiative, Praktika im niederländischen Gesundheitswesen zu vermitteln. Aufgrund des hohen Standards des niederländischen Gesundheitswesens sind Praktikantenstellen, Ausbildungs- und Arbeitsplätze, aber auch ein Studium in diesem Bereich von Interessenten aus dem Kreis Heinsberg sehr gefragt. Es wurden viele Angebote für Firmen und Institutionen gemacht, die speziell an deren Interessen ausgerichtet waren. Zum Beispiel gab es Schulungen von Verwaltungsmitarbeitern in der jeweils anderen Verwaltungskultur und Verwaltungssprache und einen regen Erfahrungsaustausch über den doch sehr unterschiedlichen Verwaltungsaufbau und die rechtlichen Rahmenbedingungen. Im Bereich der niederländischen beziehungsweise deutschen Bürokommunikation wurden viele Schulungen angeboten, die mit einem Zertifikat abgeschlossen werden konnten. Die binationale Ausrichtung der Angebote füllte spürbar eine bestehende Lücke im Weiterbildungsmarkt. Begleitend dazu gab und gibt es kulturelle Veranstaltungen

wie Lesungen, Vorträge und Diskussionen. Deutsche Teilnehmer konnten sogar am nationalen Dictée in den Niederlanden teilnehmen, einer Fernsehsendung, in der Niederländer anhand eines schwierigen Diktats ihre Rechtschreibkenntnisse überprüfen können. Regelmäßig wurde in der regionalen Tagespresse auf beiden Seiten der Grenze ausgesprochen positiv über das Zentrum berichtet. Auch nach dem Auslaufen des Interreg-Projekts blieb das NDZW so ein bekannter Markenbegriff in der Region, und es finden weiterhin zahlreiche Kurse und Seminare in dem Gebäude statt, das seit 2007 auch den Namen „NDZW-Gebäude“ trägt. Außerdem wurde dem Kreis Heinsberg für diese Idee im Jahre 2008 der „NRW-Preis für innovative Kommunen“ vom Innenminister des Landes NRW verliehen.

Grenzüberschreitende Arbeitsgruppe „Bildung“ der Arbeitsgemeinschaft Grenzland

Rund 2000 deutsche und niederländische Schülerinnen und Schüler kommen alljährlich in den Genuss von grenzüberschreiten-

den Begegnungen im Kreis Heinsberg und im benachbarten niederländischen Grenzraum. Die Arbeitsgruppe Bildung der Arbeitsgemeinschaft Grenzland: Kreis Heinsberg-Limburg (ein Zusammenschluss aus deutschen und niederländischen Kommunen entlang der deutsch-niederländischen Grenze) organisiert und realisiert seit vielen Jahren ein bildungsbezogenes Veranstaltungsprogramm, das seinesgleichen sucht. In der Arbeitsgruppe Bildung arbeiten Vertreterinnen und Vertreter von etwa 30 niederländischen und deutschen Schulen aller Schulformen und mehrerer Schulträger zusammen. Die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz eines deutschen und niederländischen Vertreters erarbeitet für jedes Jahr annähernd 40 Austauschmaßnahmen zwischen niederländischen und deutschen Schulen. So finden beispielsweise gemeinsame ein- und mehrtägige Studienfahrten, umfangreiche Unterrichtsprojekte, Praktika von Schülerinnen und Schülern in der jeweiligen Partnerschule und grenzüberschreitende Projekttag zu bestimmten Themen statt.

Außerdem sind Arbeitstreffen niederländischer und deutscher Lehrerinnen und Lehrer, gemeinsame Sport- und Spieltage, Leseak-

tivitäten und auch die Erlangung des Sportabzeichens von Schülerinnen und Schülern von diesseits und jenseits der Grenze mit im Programm. Finanziert werden die umfangreichen Aktivitäten der Arbeitsgruppe Bildung durch Beiträge aller an der Arbeitsgemeinschaft Grenzland: Kreis Heinsberg-Limburg beteiligten Kommunen.

Zu beiden grenzüberschreitenden Bildungsprojekten erklärt der Landrat des Kreises Heinsberg, Stephan Pusch: „Grenzüberschreitendes Lernen und Lehren in globalen Zusammenhängen sind in der heutigen Zeit von besonderer Bedeutung. Dies hat der Kreis Heinsberg erkannt und leistet hierzu durch das niederländisch-deutsche Zentrum der Volkshochschule und durch die Arbeitsgruppe Bildung der Arbeitsgemeinschaft Grenzland einen, wenn auch regional begrenzten, aber so doch bedeutenden Beitrag.“

Weitere Auskünfte: Franz-Josef Dahlmanns, Leiter des Amtes für Schule, Kultur und Weiterbildung sowie der Anton-Heinen-Volkshochschule, Tel. (02452) 134001, E-Mail: Franz-Josef.Dahlmanns@kreis-heinsberg.de.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Bella Italia und Ostwestfalen: Über den Beginn einer deutsch-italienischen Freundschaft

Von Andrea Hartl, persönliche Referentin
des Landrates, Kreis Paderborn

Dieser Samstag war ein großer Tag: 9. April 2011. In einem feierlichen Festakt im großen Sitzungssaal des Kreises Paderborn unterzeichneten Landrat Manfred Müller und sein Amtskollege Professor Maurizio Fontanili, Präsident der Provinz Mantua, die Partnerschaftsurkunde. Es ist eine Vereinbarung um den Austausch zwischen Menschen und Institutionen aus dem Kreis Paderborn und der Provinz Mantua zu unterstützen.

Die Provinz Mantua liegt in der Lombardei in Oberitalien. Sie reicht im Norden an den Gardasee und im Süden bis über den in West-Ost-Richtung fließenden Po hinaus. Von Nord nach Süd fließt der Mincio, dessen vielfältige Uferbereiche im Naturpark geschützt sind, durch die Provinz Mantua aus der hügeligen Moränenlandschaft in die weite Poebene. Geprägt ist die Provinz von der historischen Stadt Mantua mit knapp 50.000 Einwohnern und laut Stadtführer 56 historischen Sehenswürdigkeiten. Mantua gilt als einer der größten Umschlagsplätze von Agrarprodukten in der Poebene und ist als Weltkulturerbe von der UNESCO anerkannt. Zur Provinz gehören weitere 69 Ortschaften, die in zehn Kommunalgebieten zusammengefasst sind. Insgesamt leben in der Provinz Mantua circa 410.000 Einwohner auf einer Fläche von 2.339 Quadratkilometern. Der kommunalen Körperschaft „Provinz“ in Ita-



Wappen des Kreises Paderborn und der Provinz Mantua

lien ist die Institution „Kreis“ nach deutschem Kommunalrecht vergleichbar. Der Kreis Paderborn liegt im Osten des Landes NRW. Er ist geprägt von Wasserreichtum

– Pader, Lippe, Emsquellen – sowie dem Gegensatz von bergigem Areal in der Egge und Ausläufern des Sauerlandes sowie der offenen Ebene als Ausläufer der münsterländischen Bucht. Der Kreis erstreckt sich über eine Fläche von 1.245 Quadratkilometern. Im Kreis Paderborn leben circa 300.000 Menschen, mehr als 140.000 in der Stadt Paderborn. Die übrigen Ortschaften sind zusammengeschlossen zu neun weiteren Städten und Gemeinden. Neben der landwirtschaftlichen Tradition ist der Kreis Paderborn mit der jungen Universität und vielen universitätsnahen Ausgründungen geprägt von moderner Technik, sowohl im Bereich Maschinenbau als auch im IT-Bereich. Der Beginn der Partnerschaft war nicht das langsame Heranwachsen einer Freundschaft zwischen Privatpersonen, sondern der ausdrückliche, sehr konkret entstandene Wunsch des Präsidenten der Provinz Mantua. Für die



Stadtsilhouette Mantua vom Lago Inferiore betrachtet.

kunst- und kulturhistorische Ausstellung „Canossa“ im Jahr 2006 hatten die Verantwortlichen – Stadt und Erzbistum Paderborn sowie der Landschaftsverband Westfalen-Lippe – auch Exponate aus Mantua, einer Stadt im Wirkungsbereich der Mathilde von Canossa, erhalten. Auf diese Weise entstand ein erster Kontakt, der durch Besuche des Liborifestes, dem großen Kirchen- und Volksfest in Paderborn vertieft wurde. Nach gegenseitigen Besuchen in Kreis beziehungsweise Provinz ist von den zuständigen Gremien, dem Consiglio della Provincia di Mantova und dem Kreistag Paderborn, einer Partnerschaft zugestimmt worden. Die entsprechenden Urkunden wurden unterzeichnet.



Prof. Maurizio Fontanili, Präsident der Provinz Mantua, Roberto Busti, Bischof des Bistums Mantua, Manfred Müller, Landrat des Kreises Paderborn (v.l.) freuen sich über die nun ins Leben gerufene Partnerschaft.

Inhalt der Partnerschaftserklärung ist es, auf möglichst vielen Ebenen einen Austausch zwischen den Menschen zu unterstützen, um sich gegenseitig kennenzulernen und

voneinander zu lernen und so einen Beitrag zu einem geeinten Europa zu leisten. Es ist der nachdrückliche Wunsch beider Kreise, sich sowohl im sozialen und sportlichen, als auch im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich auszutauschen. So fand bereits Anfang März 2011 ein wissenschaftlicher Austausch statt, als 20 Doktoranden zu einem gemeinsamen Informatik-Seminar mit 15 italienischen Teilnehmern nach Mantua reisten. Die Gegeneinladung für den März 2012 wurde vor Ort gerne angenommen. Im September und Oktober dieses Jahres wird ein gegenseitiger Austausch zwischen einem Paderborner und einem Mantovaner Gymnasium stattfinden. Ebenfalls noch im Laufe dieses Jahres werden acht Berufsschüler im Rahmen ihrer Berufsausbildung ein dreiwöchiges Praktikum in Betrieben in Mantua absolvieren.

Besonders wichtig ist immer der persönliche Kontakt, denn neues Wissen allein ist nicht ausreichend, vielmehr können erst Sympathie und Zuneigung, unabhängig von Verständigungsproblemen, die Partnerschaft mit Leben füllen. So wurde schon bei der politisch letztendlich unbedeutenden Organisation eines Besuchsprogramms die deutsche Gründlichkeit durch italienische Lebendigkeit ad absurdum geführt. Und niemand war wegen der kurzfristigen Planänderung – die sich zum Erstaunen der deutschen Partner durchaus bewerkstelligen ließ – böse.

Die andere Arbeitsweise der italienischen Freunde zeigt sich auch in der politischen Arbeit. Dem Consiglio, der gewählten Vertretung der Provinz Mantua, gehören insgesamt elf Parteien an. Daraus ergeben sich ganz unterschiedliche Koalitionsmöglichkeiten und vermutlich eine wesentlich ausgeprägtere Diskussionskultur, als wir sie in

Deutschland kennen. Ob diese Vielfalt der Parteienlandschaft den Bürger animiert, sich stärker in das politische Geschehen einzubringen, oder ob das große Angebot an politischen Positionen überfordert, wäre eine interessante Beobachtung. Über die tatsächliche Funktionsweise der Verwaltung in der Kombination von Legislative und Exekutive ebenso wie über die Zuständigkeiten und Aufgaben der Provinzverwaltung, sowie die Einordnung in die Systematik von Land, Präfektur, Provinz und Gemeinde beziehungsweise Bund, Land, Regierungspräsidium, Kreis und Gemeinde werden sicherlich noch viele Gespräche geführt werden. Das gilt auch für den Abgleich der Ausbildungsanforderungen und Studienvoraussetzungen. Um die Partnerschaft weiter auf- und ausbauen zu können, werden in beiden Kreisen Komitees gebildet, die losgelöst vom politischen Tagesgeschäft die Beziehungen auf allen Ebenen, besonders dem Jugend-, aber auch dem Kultur- und Wissensaustausch voranbringen wollen. Diese Arbeitskreise sollen in Vereine umgewandelt werden, sodass die Partnerschaft von allen Interessierten mitgetragen werden kann. Zunächst sind noch Strukturen und Arbeitsweisen abzuwägen und auszutesten. Aufgabenverteilung, Zuständigkeiten, Geldbeschaffung, Verwendungsvorgaben für finanzielle Mittel – der Katalog wird sicherlich mit der konkreten Arbeit immer wieder verlängert werden. All das kann uns aber nicht davon abhalten, uns für das Ziel Freundschaft und Völkerverständigung mit Neugier, Freude und Begeisterung zu engagieren.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.60.10



„Europa-Vertretung“ im Kreishaus Oberberg: Bürger-Information über europäische Politik, Wirtschaft und Kultur

Von Iris Trespe, Pressereferentin,
Oberbergischer Kreis

Die Entscheidungen der Europäischen Kommission betreffen zunehmend den Alltag der Menschen. „Europa geht uns alle an. Deshalb ist es wichtig, dass auch wir im Oberbergischen uns mit europaweiten Themen beschäftigen und Interesse wecken. Alle Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten nehmen durch ihr Wahlrecht Einfluss auf die EU-Politik“, sagt Oberbergs Landrat Hagen Jobi. Die Europabeauftragte des Kreises, Judith Heuser, bemüht sich um aktuelle Informationen für Bürgerinnen und Bürger im Oberbergischen. Die Juristin und stellvertretende Leiterin des Rechtsamtes engagiert sich nebenbei und mit einem geringen Budget. Doch es reicht, um Werbung im Kreis dafür zu machen, was an europäischen Themen gerade besonders wichtig und aktuell ist. „Nicht alle Entscheidungen Europas sind immer für uns sofort nachvollziehbar. Da lohnt sich manchmal ein Blick hinter die Kulissen, um Zusammenhänge zu durchschauen“, sagt Judith Heuser.

Eine erste Anlaufstelle bietet der Infopunkt Europa im Foyer des Kreishauses. Die Besucherinnen und Besucher können sich im Eingangsbereich über Hintergründe, Strukturen und Veränderungen in der EU informieren. Wer sich für europäische Politik, Wirtschaft und Kultur interessiert, erhält hier Auskunft. Zahlreiche Broschüren und Flyer stehen kostenlos zur Verfügung. Bei der Auswahl des Informationsmaterials achtet Judith Heuser darauf, dass sich insbesondere junge Menschen angesprochen fühlen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin, beispielsweise, hat die „Aktion Europa“ initiiert und ein Wissensmagazin für Jugendliche herausgebracht. Dort wird erklärt, was Europa „im Alltag“ bedeutet und wie die Europäische Union funktioniert. Judith Heuser wertet solche Informationshefte und Broschüren aus. Ihr ist es wichtig, Material zur Verfügung zu stellen, das die Inhalte auch jungen Menschen nahe bringt. „Viele Jugendliche wissen gar nicht, dass vor nicht allzu langer Zeit jedes Land in Europa eine unterschiedliche Währung hatte. Dass es Passkontrollen und Staus an den europäischen Grenzen gab und häufig auch Fahrzeuge vom Zoll kontrolliert wurden. Heute ist das Reisen in Europa viel leichter geworden. Zu Fliegen ist viel billiger geworden, auch das haben wir der EU zu verdanken, weil die nationalen Monopole aufgehoben wurden“, sagt die Europabeauftragte des Oberbergischen Kreises.

Wie man das Interesse der oberbergischen Bürgerinnen und Bürger für Europa und die Mitgliedsländer wecken kann, ist auch im-

mer wieder Thema des Arbeitskreises Europa für die Region Köln-Bonn, sagt Judith Heuser. Hier treffen sich die Europabeauftragten etwa alle drei Monate, um aktuelle europapolitische Themen zu besprechen und sich



Europa, ein Thema bei sich Judith Heuser bestens auskennt. Sie ermittelt zum Beispiel Kontaktdaten, die sie unter anderem Schulen zur Verfügung stellt. Foto:prf

über die Arbeit vor Ort auszutauschen. „Wie nah die Europäische Union inzwischen ist, lässt sich nicht allein mit der Einführung des Euro belegen. Themen wie ein geregelter und fairer Binnenmarkt, Zusammenarbeit

von Polizeibehörden, europäischer Umweltschutz, die EU-weite Kennzeichnung von Lebensmitteln sind nur wenige Beispiele, die zeigen, dass Europa uns alle betrifft“, erklärt Judith Heuser. Auf Anfrage organisiert die Kreisverwaltung Informationsveranstaltungen zu europaspezifischen Themen. Judith Heuser vermittelt auch Kontakte zu Referenten. „Besonderes Interesse zeigen die Schulklassen zum Beispiel im Hinblick auf einen Auslandsaufenthalt.“

Auch Unternehmen im Oberbergischen Kreis können davon profitieren. „Die wirtschaftlichen Beziehungen machen schon lange nicht mehr an den Kreisgrenzen halt. Die wirtschaftlichen Chancen lassen sich vergrößern. Dabei ist es hilfreich, wenn man sich mit den Gepflogenheiten anderer Länder vertraut macht. Wir Europabeauftragten unterstützen das“, sagt Judith Heuser.

Übrigens: Das Berufskolleg Oberberg/ Kaufmännische Schulen in Gummersbach hat das Ziel, den Status einer „Europaschule“ erlangen. Dazu werden die bestehenden Kontakte ins Ausland gestärkt und erweitert, sagt Rektor Dietmar Schwartmann. „Der Austausch mit Kollegen in Kaliningrad ist bereits vorbereitet“, erklärt der 59-jährige Wiehler, außerdem sind Gespräche mit Interessenten in Finnland vorgesehen. Russisch, als zweite Fremdsprache, werde neben Spanisch inzwischen gängig als Unterrichtsfach angeboten. Anfragen per E-Mail an judith.heuser@obk.de oder telefonisch unter 02261 883017.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Deutsch-litauische Partnerschaft: Kaum begründet - schon zu Ende?

Von Ulrich Oletti,
Leiter des Haupt- und Personalamtes,
Kreis Steinfurt

Im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Jahre 2008 ihren Anfang nahm und insbesondere auch die noch jungen baltischen Staaten hart traf, griff eine tiefgreifende Verwaltungsreform in Litauen: Die litauische Regierung löste die Ebene der Kreise zum 30.06.2010 auf. Ein kleiner Schock für den Kreis Steinfurt, der erst im Oktober 2005 mit dem litauischen Kreis Telšiai eine Partnerschaft begründet und im Dezember 2005 mit dem litauischen Kreis Utena eine Kooperation vereinbart hatte. Sollte schon zu Ende sein, was keine fünf Jahre zuvor erst begonnen hatte?

Der Gedanke, eine Partnerschaft mit einem osteuropäischen Land einzugehen,

Partnerschaft mit dem mecklenburg-vorpommerschen Kreis Demmin verfügt.



Landrat Kubendorff, Kreis Steinfurt, übergibt einen mit den Wappen beider Partnerkreise geprägten Sandstein als Erinnerung an den Gründungsakt an seinen Amtskollegen im Kreis Telšiai, Rasas Gofmanas.

entstand beim Kreis Steinfurt nach dem Beschluss der Europäischen Union zur Osterweiterung. Am 1. Mai 2004 traten unter anderem die osteuropäischen Staaten Estland, Lettland, Litauen und Polen der EU bei. Nachdem ein erster Besuch in Litauen im November 2004 das erhoffte Ergebnis gebracht hatte, dass Litauen sich aufgrund vergleichbarer Verwaltungsstrukturen als Partner für einen Kreis eignet, fasste der Kreistag des Kreises Steinfurt den Beschluss, eine Partnerschaft mit einem litauischen Kreis einzugehen. Weitere intensive Recherchen schloss Steinfurt im Juni 2005 beschloss, mit dem Kreis Telšiai eine Partnerschaft und mit dem Kreis Utena eine Kooperation zu begründen. Formell begründet wurden die partnerschaftlichen Beziehungen durch die Unterzeichnung von Urkunden im Oktober und Dezember 2005 als Ausdruck des gemeinsamen Willens zur künftigen Zusammenarbeit. Zweifellos kamen dem Kreis Steinfurt die mannigfaltigen Erfahrungen zugute, über die er aus der seit Beginn der 1990er Jahre bestehenden innerdeutschen

Mit Fug und Recht darf man behaupten, dass die Vielfalt der Beziehungen, die sich

henden und intensiv gelebten partnerschaftlichen Beziehungen der zum Kreis Steinfurt gehörenden Städte und Gemeinden Hörstel, Lienen, Saerbeck und Rheine mit Kommunen in Litauen (Moletai, Kelme, Rietavas und Trakai).

Zudem haben sich neben mehreren Begegnungen auf administrativer Ebene kontinuierlich intensive Kontakte unterschiedlichster Art entwickelt. Beispiele hierfür sind regelmäßige Schüleraustausche, Jugendferiencamps, Erfahrungsaustausche von Fachkräften der Sozial- und Jugendarbeit und von Berufsschullehrern, die Teilnahme an Feuerwehrübungen in beiden Ländern, der Aufbau einer litauisch-deutschen Partnerbörse, das Treffen von Volkstanzgruppen, eine Studienfahrt des Kreisverbandes Steinfurt der Europa-Union nach Litauen und die Durchführung von gemeinsamen Kunstprojekten. Es ist wohl eher ein gutes Zeichen, dass der Kreis Steinfurt, der sich ein wenig als „Kopf“ der partnerschaftlichen Beziehungen versteht, von einigen Kontakten nur noch am Rande erfährt: die freundschaftlichen Beziehungen leben auch ohne ihn, sie sind für viele Menschen selbstverständlich geworden.



Die litauische Mannschaft gewann das Fußballderby im Feriencamp Balsai/Litauen (2007) nach hartem Kampf mit 3:2. Nach dem Abpfiff stellten sich beide Mannschaften und ihre begeisterten Fans den Fotografen.

seitdem zwischen dem Kreis Steinfurt und seinen litauischen Partnern entwickelt haben, beeindruckend ist. Ein Ausdruck dieser Vielfalt sind die seit den neunziger Jahren beste-

Einen besonderen Höhepunkt der Partnerschaftsarbeit stellte für den Kreis Steinfurt die im Sommer 2008 durchgeführte Studienreise seiner Auszubildenden in den Kreis Te-

lšiai dar. Unser Bild zeigt die Gruppe der Auszubildenden mit den litauischen Gastgebern vor der Kreisverwaltung Telšiai.

Bürgermeister der Selbstverwaltungen der jeweiligen Region vertreten sind, fortbestehen werden, beschlossen die Regionalräte in

So wird die Fortführung der Partnerschaft mit dem Regionalrat Telšiai am 10. Mai 2011 in einer Sondersitzung des Kreistages in Steinfurt besiegelt, dabei auch das mittlerweile mehr als fünf Jahre umfassende Bestehen gewürdigt. Gäste werden die vier Bürgermeister der Region Telšiai sowie der Sekretär des Regionalrates sein.

Welche Perspektive haben die Partnerschaften? Der Kreis Steinfurt und sein ostdeutscher Partnerkreis Demmin möchten den im Herbst 2010 auf dem innerdeutschen Partnerschaftskongress in Berlin vertretenen Gedanken aufgreifen, die innerdeutschen Partnerschaften in einen europäischen Kontext zu heben. Im Jahre 2012 soll in Mecklenburg-Vorpommern eine Partnerschaftskonferenz gemeinsam mit den litauischen Partnern des Kreises Steinfurt und dem Demminer Partnerkreis aus Polen, Koszalin, ausgerichtet werden. Vertreter aus drei Nationen, die sich als Europäer verstehen, friedlich an einem Tisch – kann es eine schönere Perspektive geben?



Eine Studienreise führte die Auszubildenden des Kreises Steinfurt im Sommer 2008 nach Litauen und zum Partnerkreis Telšiai. Dort wurde die Gruppe von ihren Gastgebern vor der Kreisverwaltung Telšiai herzlich begrüßt.

Und es wird weitergehen! Nachdem feststand, dass die Gebiete der bisherigen Kreise in Litauen als „Regionalräte“, in denen die

Telšiai und Utena sowie der Kreistag des Kreises Steinfurt im Oktober 2010 die Fortführung der Partnerschaft und der Kooperation.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Das Ziel im Kreis Unna: Europakompetenz aufbauen

Von Jutta Pauels,
Europa-Büro Kreis Unna

Der wachsende Einfluss der Europäischen Union auf das kommunale Handeln hat die Kreisverwaltung Unna schon 2001 dazu bewogen, eine Stelle für „Europäische Angelegenheiten“ einzurichten. Anfängliche Aufgabenschwerpunkte waren die Beobachtung und Auswertung kommunalrelevanter Vorgänge und Rechtssetzungsakte sowie die Fördermittelberatung und -akquise. Dabei richteten sich die Informations- und Beratungsangebote vor allem an die kreiseigenen Fachbereiche und Dienststellen sowie die Verwaltungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Ziel war, das Verwaltungshandeln auf die wachsenden europäischen Anforderungen auszurichten und zusätzliche Fördermöglichkeiten zu erschließen.

Mit der erfolgreichen Bewerbung um die Einrichtung eines Informationszentrums der Europäischen Kommission konnte ab 2009 das Informations- und Serviceangebot erweitert und auch auf Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet werden. Die „EUROPE DIRECT-Informationszentren“ fungieren auf lokaler Ebene als Schnittstelle zur EU. Zu ihren Aufgaben gehören eine umfassende Beratungs- und Informationstätigkeit zu Fragen der Europäischen Union und ihrer Politik sowie die aktive Förderung der lokalen und regionalen EU-Debatte. Gleichzeitig sollen sie der Öffentlichkeit ermöglichen, den EU-Institutionen Rückmeldung zu geben.

parelevante Netzwerke. Insbesondere die Netzwerke der EU- und Förderreferenten im RGR/Deutsche Sektion und des Landkreistages NRW sowie die Gesprächsrunde der

kommunalen Europa-Beauftragten beim NRW-Europa-Ministerium sind in der täglichen Arbeit eine wichtige Unterstützung, die weit über einen Erfahrungsaustausch hin-



Im Rahmen eines internationalen Kongresses haben Gäste des Kreises Unna im März 2011 auch die Marina Rünthe in Bergkamen besucht. Foto: Kreis Unna

EU und kommunales Handeln

Von Anfang an war das Europa-Büro des Kreises eingebunden in verschiedene euro-

ausgeht. Die Geschäftsstellen von RGR und Landkreistag NRW leisten neben der kommunalen Interessenvertretung in Brüssel wichtige Hilfestellung, indem sie die Informationen zu europapolitischen Fragestellungen und Förderprogrammen auf ihre kommunalpolitische Relevanz prüfen und sie entsprechend gefiltert und zeitnah an die Netzwerk-Mitglieder weiterleiten. Dem Europa-Büro vor Ort eröffnet sich so die Möglichkeit, sich auf die relevanten Aspekte zu konzentrieren und sie gezielt für die eigene Kommune auszuwerten und aufzubereiten. Als Einrichtung einer Kreisverwaltung hat das Europa-Büro dabei aber nicht nur die eigene Verwaltung im Blick, sondern auch die der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Voraussetzung für eine effektive Informationsverarbeitung und das Nutzen von Handlungsoptionen ist ein kreisweites Netz von Ansprechpartnern, die orientiert an den jeweiligen Erfordernissen einbezogen werden können, beispielsweise bei der Vorbereitung von Förderanträgen, der Erarbeitung von Stellungnahmen, der Bearbeitung von Anfragen oder der Kommunikation von „Best Practice“-Beispielen europäischer Projekte.

Neben der direkten Ansprache von Akteuren organisiert das Europa-Büro zu aktuellen europäischen Themen auch Informationsveranstaltungen. Für das Jahr 2011 ist beispielsweise eine Veranstaltung zur aktuellen Diskussion der EU-Strategie 2020 und der Zukunft der Strukturfonds ab 2014 geplant.

Europäische Fördermittel

Ein weiterer Handlungsstrang, dem von Beginn an große Bedeutung beigemessen wurde, ist die systematische Sichtung und Auswertung europäischer Förderprogramme, um zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen. Im Zentrum der EU-Förderung steht bekanntermaßen die Strukturförderung, für die mehr als ein Drittel des gesamten EU-Haushaltes ausgegeben wird. Nach NRW fließen in der aktuellen Förderperiode rund zwei Milliarden Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Auch der Kreis Unna hat von diesen Fördermitteln profitiert. So wurde das Projekt „Produktionsschule“ des Jobcenter Kreis Unna als Modellprojekt zur „Arbeitsmarktintegration von benachteiligten und schulmüden jungen Erwachsenen“ aus Mitteln des ESF gefördert. Im Rahmen des Ziel II-Wettbewerbes Regio-Cluster NRW wird das Projekt „Intelligente Regionale Wirtschaft“ (IRW) des Netzwerks Industrie Ruhr Ost (NIRO) gefördert. Es will kleinen und mittleren Unternehmen bei einem gemeinsamen Wissensmanagement helfen, um beispielsweise neue Produkte zu

entwickeln und Prozesse zu verbessern. Aus dem Programm ELER werden regelmäßig Naturschutzmaßnahmen im Kreis Unna realisiert. Zu Beginn der Förderperiode hat der Kreis potenziellen Projektträgern im Rahmen von Informationsveranstaltungen Programme, Förderbedingungen und die neu eingeführten Wettbewerbsverfahren vorgestellt. Neben den Strukturfonds gibt es aber auch eine Vielzahl von europäischen Gemeinschaftsinitiativen zu verschiedenen Politikbereichen, die bisher im Kreis noch zu wenig Beachtung finden. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Die meisten Programme sind kaum bekannt. Sie sind in der Regel international ausgerichtet und setzen transnationale Kooperationen und einen transnationalen Mehrwert voraus. Das führt zu einem erhöhten Aufwand, der dem zu fördernden lokalen Projekt nicht angemessen erscheint. Auch hemmen befürchtete Sprachprobleme. Und nicht zuletzt schreckt der erwartete (nicht immer ganz von der Hand zu weisende) bürokratische Aufwand bei der Beantragung und Abwicklung von europäischen Fördermitteln. Aber gerade auf längere Sicht ist es unumgänglich, auch in diesen Bereichen Kompetenzen aufzubauen, um in einer verändernden europäischen Förderlandschaft erfolgreich agieren zu können.

Da die Bereitschaft, sich an europäischen Projekten zu beteiligen, mit wachsender Erfah-

rungeinher wächst, ist es für das Europa-DIREKT-Informationszentrum veröffentlicht. Infrage kommende Projektträger werden auf den Förderaufruf aufmerksam gemacht und mit den notwendigen Informationen für einen ersten Überblick versorgt. Zusätzlich werden in Zusammenarbeit mit den nationalen Programmagenturen programm- und zielgruppendifferenzierte Förderseminare angeboten, in 2010 beispielsweise Förderseminare zu EU-Förderprogrammen „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ und „Jugend in Aktion“. Sie sollen dafür Sorge tragen, dass die Programme bekannter werden und Anträge vorausschauend vorbereitet werden können, da es für einen qualifizierten Antrag häufig schon zu spät ist, wenn der Förderaufruf veröffentlicht wird. Das Europa-Büro bietet Hilfe bei der Projektvorbereitung und -begleitung, der Vorbereitung und Erstellung von Förderanträgen und bei der Suche nach internationalen Projektpartnern an.

Standen auch bei der Förderberatung anfänglich Verwaltungen als Zielgruppen im Fokus, so konnten die Angebote durch die Förderung des EUROPE-DIRECT-Informationszentrums durch die Europäischen Kommission auf Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel in Vereinen und Verbänden, gemeinnützigen Einrichtungen, Kirchen, Schulen et cetera ausgeweitet werden. Das EUROPE DIRECT-Netzwerk mit über 500 Informa-



Kinder aus der Sonnenschule – die Europa Grundschule im Kreis Unna – gestalten eine Sendung im europäischen Bürgerfunk.

Foto: Kreis Unna

rungeinher steigt, ist ein wesentliches Ziel, potenzielle Projektträger zu ermutigen, europäische Programme zu nutzen. Dieses Ziel soll durch ein gestuftes Maßnahmenbündel erreicht werden:

Generell werden Förderaufrufe und Programminformationen im Internetportal des

Informationszentrums in ganz Europa ist auch eine wichtige Hilfe bei der Suche nach internationalen Projektpartnern.

Erste Erfolge zeigen, dass die Bemühungen in die richtige Richtung gehen. So konnte der Kreis Unna neue Wege in der regionalen und internationalen Kooperation auf Schulebene

beschreiten, indem er sich an einem im Rahmen des EU-Programms Comenius Regio geförderten Projektes beteiligt. Comenius Regio unterstützt den pädagogischen und administrativen Austausch zwischen zwei Re-

reichsübergreifende Workshops geplant, um die Arbeitsschwerpunkte der Fachdezernate mit den zu erwartenden Förderschwerpunkten abzugleichen und diese vorausschauend auf Fördermöglichkeiten prüfen zu können.



Schüler der Sekundarstufe 2 machen mit beim Europa-Planspiel – Landrat Michael Makiolla (Kreis Unna) und Bürgermeister Willi Stodolick (l.) sind live dabei. Foto: Kreis Unna

gionen in Europa, damit Schulen, Schulverwaltungen und Lehrerbildungsstätten enger zusammenwachsen und neue, innovative Formen der Kooperation entstehen. Um die Förderarbeit innerhalb der Kreisverwaltung zukünftig noch systematischer angehen zu können, sind jährliche fachbe-

EUROPE-DIRECT- Informationszentrum

Die Funktionsweise der Europäischen Union, Entscheidungsprozesse und Einflussmöglichkeiten zu kennen, ist eine notwendige Voraussetzung, seine Interessen wahrnehmen zu

können. Die Einrichtung eines EUROPE-DIRECT-Informationszentrums war daher für beide Seiten ein Gewinn. Der Kreis Unna verpflichtet sich einerseits zu einer umfassenden Informationstätigkeit über die Europäische Union. Andererseits macht die finanzielle Unterstützung der Europäischen Kommission ein so umfangreiches Programm an Informationsveranstaltungen, Ausstellungen, Vorträgen, Informations- und Präsentationsmaterialien zu aktuellen europäischen Themen etwa zum Lissabon-Vertrag, zu Klimaschutz, Patientenrechten und Verbraucherschutz erst möglich. Planspiele, Lehrerfortbildungen und Unterrichtsmaterialien, die Europakompetenz in der Schulbildung fördern, sind dabei ebenso Ergebnis wie Orientierungshilfen und Beratungsangebote für Schülerinnen und Schüler, die zur Verbesserung ihrer beruflichen Perspektiven in einem zusammenwachsendem Europa Interesse an einem Auslandsaufenthalt haben. Und nicht zuletzt hat die Einrichtung eines Informationszentrums auch den Aufbau eines Internetportals mit einem breiten Informationsspektrum befördert (<http://europe-direct.kreis-unna.de>). Der Dreiklang von Information und Beratung im Rahmen des kommunalen Verwaltungshandeln, Förderberatung und -akquise sowie allgemeine Informations- und Serviceangebote für Bürgerinnen und Bürger hat sich aus Sicht des Kreises in den vergangenen zwei Jahren bewährt und erscheint als erfolgversprechendes Modell, um die Europakompetenz auf lokaler Ebene weiter auszubauen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Visionen einer starken Region - Der Kreis Lippe und seine Europaarbeit

Von Birgit Essling,
Hauptreferentin Europa, Kreis Lippe

Der Brückenschlag zwischen öffentlicher Hand, Wirtschaft und den nationalen sowie europäischen Förderkulissen ist heutzutage zwingend notwendig. Im Kreis Lippe ist diese Notwendigkeit erkannt worden. Unter Regie von Landrat Friedel Heuwinkel wird im Frühjahr 2010 die Europaarbeit grundlegend und sehr erfolgreich neu formiert.

Im Fachbereich Wirtschaft entsteht das EU-NRW.OWL-Projektbüro als strategische Einheit mit neuer Besetzung und erweiterten Handlungsspielräumen – ob konzeptionelle Projektentwicklung, operative Projektbeantragung, Wissenschaftstransfer, die Zusammenführung von Netzwerken, Partnerschaften und Kooperationen – im Mittelpunkt der Europaarbeit steht die Weiterentwicklung der Gebietskulisse Lippe und

Ostwestfalens als ländlich-mittelstandsgeprägter Raum. Ziel ist es, die Region Ostwestfalen-Lippe mit ihren Potentialen als Referenzregion im Energiesektor weiterzuentwickeln und klar zu positionieren. Der Energiebegriff umfasst in Lippe und Ostwestfalen neben den Bereichen eMobilität, erneuerbare Energien und Energieeffizienz auch die Sektoren Gesundheit, Natur und Tourismus. Denn neben seiner Rolle als Spit-

zen-Clusterregion für intelligente technische Systeme spielen Entschleunigung, Energie sammeln (Erholung) und Energie entladen (Kreativität/Bildung) eine entscheidende Rolle. Um als ländlicher Raum mit mittelständischer Prägung für die Zukunft gewappnet zu sein, ist hier Stärkenschärfung und Präsenz entscheidend. „Das Innovationspotenzial im ländlich nicht-agrarischen Raum mit seinen Ressourcen ist von grundlegender Be-

deutung für die Gestaltung und damit Zukunftsfähigkeit unserer gesamten Gesellschaft“, fasst Landrat Friedel Heuwinkel die gezielte Ausrichtung des Kreises Lippe im Bereich Europaarbeit zusammen.

Drei Projekte

„Drei Projekte verschaffen einen beispielhaften Einblick in die Europaarbeit des Kreises und zeigen, dass die Region für die Zukunft gewappnet ist“ erläutert Günter Weigel (Leiter der Wirtschaftsförderung Kreis Lippe).

Kreis Lippe und die Wirtschaft

Ostwestfalen-Lippe und der Kreis Lippe verfügen über technologische Erfahrungen, wirtschaftliche und wissenschaftliche Innovationspotentiale im Bereich von Elektromobilität und dezentraler Energiekonzepte. Bereits heute werden 36,2 Prozent des Gesamtstromverbrauchs in Lippe aus Erneuerbaren Energien gewonnen (www.kreis-lippe.de/energieatlas). Die Hochschule Ostwestfalen-Lippe verfügt neben ihrer exzellenten Position im Bereich Erneuerbare Energie und regionaler Entwicklungsprozesse über profunde Daten der Stadt-, Regional- und Verkehrsplanung. Mit dem Referenzprojekt „Postfossile Mobilitätsnetze OWL (Ostwestfalen-Lippe)“ startet der Kreis Lippe in Zusammenarbeit mit der Hochschule seine Bemühungen um einen Null-Emissions-Countdown. Besonders bedeutsam für die Einordnung des geplanten Projektes ist, dass der ländliche Raum Lippe nicht nur für vergleichbare deutsche Gebietskulissen steht, sondern über Nordrhein-Westfalen hinaus eine Vorreiterposition einnehmen kann für entsprechende Regionen in Europa. Diese zukunftsbesten Bestrebungen funktionieren nur durch eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung, zum Beispiel in Form von Bürgerbeteiligungsmodellen, die wiederum auf europäischer Ebene als gutes Beispiel stehen.

„Die vorhandenen Netzwerke bestehend aus Forschungspartnern, Energieversorgern, kommunalen und privat-wirtschaftlichen Akteuren stehen hinter den Bestrebungen des Kreises“, berichtet Dr. Klaus Schafmeister (Hauptreferent NRW-Koordination, Transfer und Projektentwicklung/EU.NRW.OWL-Projektbüro). Der Kreis Lippe verfügt über nachhaltige Steuerungsstrategien und Kompetenzen als Moderator des bestehenden Netzwerkes. In seiner Kreistagssitzung vom 28. März 2011 beschloss der Kreis Lippe einstimmig, sich intensiv und strategisch weiter in diese Richtung zu entwickeln und stützt sich dabei auf vorhandene oder mitinitiierte Unternehmungen. Zwei Beispiele zeigen die Konsequenz und Praxisnähe: 1.) das Ener-

giedorf bei Schloss Wendlinghausen, das bereits heute 1000 Haushalte mit Wärme und Strom versorgt und 2.) die Gründung der „Lippe Energie Verwaltungs-GmbH“, zurzeit bestehend aus dem Kreis Lippe und den Stadtwerken Bad Salzuflen, Detmold und Lemgo in Kooperation mit Bürgern, Politik, Land- und Forstwirtschaft, Hochschulen und örtlichen Sparkassen. Hier werden Energievorhaben für den Kreis Lippe projektiert und umgesetzt.

Kreis Lippe, europäische Partnerschaften und Bildung

Die zertifizierte Europaschule Hanse-Berufskolleg in Lemgo arbeitet zusammen mit dem polnischen Zespół Szkół Licealno-Gimnazjalnych Rataje im Kreis Chodzież (Partnerkreis des Kreises Lippe). Rudolf Stock, Leiter des Hanse-Berufskollegs, konnte vor wenigen Tagen das vom Land NRW geförderte Projekt der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im Rahmen eines Empfanges vorstellen. Ein Tier als „Katalysator“ – ob Hund oder Pferd – steht im Zentrum des Projektes. Untersuchungen zeigen, dass durch gelenkte Interaktionen zwischen Schüler und Tier Probleme in den Bereichen Wahrnehmung, Emotionalität, Sozial-, Lern- und Arbeitsverhalten mit erstaunlichen Ergebnissen aufgearbeitet werden können. Im Mittelpunkt steht der grenzübergreifende Austausch und das „voneinander Lernen“. Ziel ist es auch,

ses Projekt auf der deutsch-polnischen Tagung im Rahmen des Polen-NRW-Jahres 2011/2012 beispielhaft für Lern- und Erfahrungspartnerschaften vorzustellen.

Kreis Lippe, Vernetzung und Kommunikation

Wie kommen die Informationen aus Brüssel zu uns? Wie funktioniert Europa und wie können wir uns als Region in Europa einbringen? Welche Netzwerke helfen so kleinen, mittelstandsgeprägten Regionen wie Lippe oder Ostwestfalen? Diese Fragen beschäftigt das Brüsseler Verbindungsbüros, wobei der Fokus auf Kooperationen, demokratischer Teilhabe bei öffentlichen Konsultationen der Europäischen Kommission und Kommunikation liegt. „Neben der intensiven Informationssondierung, Fördermittelakquise, Projektentwicklung und Netzwerkarbeit veranstaltet das Projektbüro Fach- und Informationsveranstaltungen und sorgt für Transferaktivitäten zwischen Hochschule, dem Kreis Lippe und regionalen Netzwerken“, beschreibt Birgit Essling (Hauptreferentin Europa, Netzwerke und Kommunikation/EU.NRW.OWL-Projektbüro) ihr Tätigkeitsfeld. Erklärtes Ziel ist die mittelfristige strategische Positionierung Lippes und Ostwestfalens als ländlicher, natur- und mittelstandsgeprägter Raum auf den drei Achsen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie der öffentlichen Hand.



Europa und der Kreis Lippe: Es gibt viele attraktive Anknüpfungspunkte. Foto: Kreis Lippe

gemeinsam Lehrkonzepte zu erarbeiten. Schaut man auf die Pisa-Studien, so stellt man fest, dass Deutschland viel vom Partnerland Polen lernen kann. Besonders, weil in Polen schon seit mehreren Jahren das Thema „Tiergestützte Pädagogik“ aktuell ist. Dem lippischen Projektbüro gelingt es, die-

Durch die kontinuierliche Präsenz in Diskussionsforen und Meetings der Kommission und des Europaparlaments, die Teilnahme an Fachkonferenzen und Tagungen findet ein intensiver Austausch mit den unterschiedlichen Fachpolitiken statt, sowie eine fruchtbare Zusammenarbeit und Abstimmung mit

den europäischen Regionalbüros der Ländervertretungen und Regionen. Auch im Bereich der demokratischen Teilhabe nahm der Kreis Lippe aktiv an zwei öffentlichen Konsultationen der Europäischen Kommission teil und sensibilisierte auf kommunale Belange und der Bewahrung der Subsidiarität. Dies ist insbesondere in Deutschland eine der maßgeblichen politischen und gesellschaftlichen Maxime, die Eigenverantwortung vor staatliches Handeln stellt. Bei staatlichen Aufgaben sol-

len zuerst und im Zweifel untergeordnete, lokale Institutionen wie Stadt, Gemeinde oder Kommune für die Lösung und Umsetzung zuständig sein und übergeordnete Glieder zurücktreten.

Zwischenfazit der Europaarbeit

Schon nach einem Jahr zeichnen sich die Zugewinne für die Region und alle beteiligten

Akteure ab. „Unsere gemeinsam getragene kommunale Strategie für eine nachhaltige Regionalentwicklung zeigt exzellente „Lernkurven“ und auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, zeigt sich Landrat Friedel Heuwinkel begeistert. „Wir machen weiter so.“

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Die 29. Arbeitssitzung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion (RGRE) fand im Frühjahr im Kreis Lippe statt. Landrat Friedel Heuwinkel verdeutlichte die Bedeutung der Zusammenführung von Privatwirtschaft und Bürgerbeteiligung, sowie der Kooperation zwischen öffentlicher Hand und Wissenschaft als wichtige Bausteine für die zukünftigen Entwicklungen insbesondere im Energiesektor. Mit konkreten Beispielen, wie dem 2. Energieatlas Lippe, der gestarteten Mobilitätsbefragung, den kommunalen Strategien zur Elektromobilität und erfolgreichen Förderbeispielen dokumentierte er das Engagement des Kreises Lippe sehr anschaulich. „Der intensive, auch europäische Austausch bringt die gesamte Region Ostwestfalen-Lippe voran“, fasste Heuwinkel zusammen. Neben Günter Weigel (Leitung Wirtschaftsförderung), berichteten Dr. Klaus Schafmeister (Hauptreferent NRW-Koordination, Transfer und Projektentwicklung Kreis Lippe) und Birgit Essling (Hauptreferentin Europa, Netzwerke des Kreises Lippe und Leitung des EU-Verbindungsbüros des Landkreistages NRW in Brüssel) über die umfassenden strategischen Aktivitäten in Lippe, in Düsseldorf und auf der Brüsseler Bühne. Natürlich gehörte für den Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten des Rates der Gemeinden und Regionen Europas auch ein Besuch am Hermannsdenkmal mit zum Programm.

Foto: Kreis Lippe



Europaarbeit des Rhein-Erft-Kreises: Partnerschaften und Bürgerinformation

Von Heinz Consten, Referent für Energie-, Wirtschafts- und Europafragen und Stefan Grimm, Amt für Schule und Bildung, Rhein-Erft-Kreis

Im Rahmen seiner Europaarbeit pflegt der Rhein-Erft-Kreis Partnerschaften mit dem Departement Morbihan in Frankreich und dem Kreis Bielsko-Biala in Polen. Herzstück der Partnerschaft mit Frankreich ist die kreiseigene Jugendbildungsstätte in Guidel. Mit Polen findet ein fachlicher Austausch über gemeinsame Problemstellungen statt. Daneben führt der Kreis öffentlichkeits-wirksame Veranstaltungen zur Information der Bürgerinnen und Bürger zu europarelevanten Themen durch.

Partnerschaften

Die Partnerschaft zwischen dem Departement Morbihan in der Bretagne und dem Rhein-Erft-Kreis wurde bereits ein Jahr nach Inkrafttreten des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages im Jahr 1963 vereinbart und 1969 offiziell beschlossen. Seit Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages im Jahre 1984 wird die Partnerschaft in vielerlei Hinsicht gelebt.

Sinnbild und Kernstück der deutsch-französischen Partnerschaft ist die kreiseigene Jugendbildungsstätte „Centre Franco-Allemand – Haus Brauweiler“ in Guidel, die seit 36 Jahren vor allem von Schulen für Klassenfahrten genutzt wird. Ein Aufenthalt in Guidel weckt bei vielen Jugendlichen Interesse an Frankreich und an der Bretagne.

Ferner bietet der Rhein-Erft-Kreis Familienfahrten in die Bretagne an und ist bei der Vermittlung von Ferienunterkünften behilflich. Das Departement Morbihan liegt im Süden der Bretagne und umschließt ein kleines Binnenmeer, den Golf von Morbihan im atlantischen Ozean. Eine Legende spricht von „so vielen Inseln im Golf wie Tage im Jahr“. Die Partnerschaft zwischen dem Kreis Bielsko-Biala und dem Rhein-Erft-Kreis feiert im September 2011 ihr 10-jähriges Bestehen. Der Kreis Bielsko-Biala liegt mit seinen circa 145.000 Einwohnern und einer Fläche von 457 Quadratkilometern in der landschaftlich und kulturell vielseitigen Region an den Hängen der Beskiden, in Südpolen in der Woiwodschaft Schlesien.

Seit Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages hat sich die Partnerschaft enorm vertieft und gefestigt. Es finden kontinuierliche Austausche im Wirtschafts-, Schul-, Jugend-, Rettungs-, Kultur- und Sportbereich statt. Aufgrund der Ausschreibung der Landesregierung NRW zum Polen-Nordrhein-West-

falen Jahr 2011/2012 sollen zwei Fachtagungen zum Thema „Menschen mit Demenz“ sowohl im Rhein-Erft-Kreis als auch im Kreis Bielsko-Biala durchgeführt werden.

Anlass dazu sind die demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen. Sinkende Geburtenraten und eine steigende Lebenserwartung sind die Gründe dafür, dass der Anteil der älteren und alten Menschen an der Gesamtbevölkerung stetig zunimmt. Das Thema Demenz ist in Zukunft nicht wegzudenken. Im Kontext der demografischen Entwicklung müssen Versorgungsstrukturen gemäß der Bedarfe angepasst werden.

Dass beide Partnerkreise in dieser Hinsicht in Diskussion treten, eröffnet erstmalig die Möglichkeit für einen fachlichen Austausch über Probleme, die in beiden Ländern bestehen. Das Thema Demenz ist sehr komplex, so dass mit Blick auf die geplanten Fachtagungen die Themen eingegrenzt und spezifiziert werden. Eins steht bereits jetzt schon fest: Je größer das Wissen über die Erkrankung und der Umgang mit ihr ist, desto menschenwürdiger kann das Leben mit Demenz in der Mitte unserer Gesellschaft gestaltet werden.

Die Fachtagungen sollen Anstoß dazu geben, sich mit diesem Thema gemeinsam auseinanderzusetzen.

Information der Bürgerinnen und Bürger

Die Europaarbeit konzentriert sich neben den Partnerschaftsaktivitäten vor allem auf die Vermittlung von europarelevanten Themen durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Diese orientieren sich an aktuellen europapolitischen Themen.

Um die Breitenwirkung noch zu erhöhen, werden einige Veranstaltungen in Kooperation mit dem Rhein-Kreis Neuss durchge-

führt. Hierzu wurde eine schriftliche Vereinbarung zwischen den beiden Kreisen im Mai 2005 mit dem Ziel der gegenseitigen Unterstützung in Europaangelegenheiten abgeschlossen.

In 2009 wurde beispielsweise ein Filmbeitrag zur Europawahl entwickelt, der junge Menschen ansprechen sollte. Das Motto lautete: „Du bist Europa“.

Was bedeutet dieser Slogan für Jugendliche? Ist es für junge Menschen heute selbstverständlich, sich als Europäer zu sehen? Gibt es eine europäische Identität? Sind die Kommunikationsbemühungen der Europäischen Union ausreichend, um Antworten auf die aktuellen Lebensprobleme zu geben? In vielen Fällen ist es Unwissenheit, weshalb junge Menschen mit Europa nichts anfangen können. Der Film beleuchtet politische und kulturelle Themen. Ziel war, ein Bewusstsein für die Notwendigkeit eines gemeinsamen Europas zu wecken und gleichzeitig motivierend zu wirken. Jeder Einzelne kann etwas erreichen, zum Beispiel durch Beteiligung an der Wahl zum Europäischen Parlament. Zu kommunizieren, dass Europa nicht fern ist, sondern bis in die Region hinein wirkt, war Aufgabe des Films.

Jugendliche haben in diesem Film mit Jugendlichen diskutiert, aber auch Repräsentanten des öffentlichen Lebens befragt.

Mitwirkende waren die damalige Europa-Abgeordnete für den Rhein-Erft-Kreis, der für Europa zuständige Staatssekretär in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und der Landrat des Rhein-Erft-Kreises, Werner Stump.

Der Film entstand in Zusammenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern der Europaschule in Kerpen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02



Es richtig machen: Bildungsbüro der Städteregion Aachen unterstützt 200 Schulen

Von Gregor Jansen, Dezernent für Bildung,
Jugend und Ordnungswesen
bei der Städteregion Aachen

Schule 2020 wird deutlich anders sein als heute: Die Schulen stellen sich vielen Herausforderungen, denn auch in den vergangenen zehn bis 15 Jahren haben sich die gesellschaftlichen Anforderungen stark verändert. Dazu hat nicht nur die Debatte um die Qualität des Lernens, der internationale Schulleistungsvergleich und die Forderung nach individueller Förderung der Schülerinnen und Schüler beigetragen, sondern auch der Auftrag, Inklusion umzusetzen. Hinzu kommt die Tatsache, dass Schule zunehmend als Erziehungsinstanz und Vermittlerin sozialer und kultureller Kompetenzen gefordert ist.

Zukunftsfähigkeit als Konzept

Um zukunftsfähig zu bleiben, betreiben Schulen Schul- und Unterrichtsentwicklung. Für die Kollegien in den Schulen gilt es dabei, die begrenzt vorhandenen Handlungsspielräume zur Entwicklung auszuloten und auszubauen, Ressourcen neu zu bündeln und effektiv zu nutzen, neue Konzepte und Arbeitsformen zu entwickeln, neue Partner außerhalb zu gewinnen und noch Vieles mehr. Das sind spannende und anspruchsvolle Herausforderungen. Kommunen brauchen zukunftsfähige Schulen, in denen junge Menschen zu lebenszuversichtlichen, verantwortlichen, politikfähigen Bürgerinnen und Bürgern des demokratischen Gemeinwesens heranwachsen. Deswegen unterstützt die Städteregion Aachen die Schulen bei ihren vielschichtigen und komplexen Aufgaben: Ein Angebot des Bildungsbüros der Städteregion Aachen für die rund 200 Schulen ist professionelle Begleitung für ihre Schulentwicklungsprozesse. Seit Februar 2011 werden zwölf Schulentwicklungsbegleiterinnen und -begleiter weitergebildet.

Hintergrund

Im Januar 2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Aachen und der damalige Kreis Aachen einen Kooperationsvertrag zur „Entwicklung eines Bildungs-

netzwerkes in der Städteregion Aachen“ geschlossen. Die übergeordneten Ziele lauten: In einer Verantwortungsgemeinschaft aus Kommune und Land Lern- und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen verbessern, mehr Qualität im Bildungswesen erreichen und durch Kooperation aller Bildungsverantwortlichen die vorhandenen Ressourcen optimal ausnutzen. Zur Lenkung und zum operativen Aufbau des regionalen Bildungsnetzwerkes wurden in der Städteregion Aachen zwei Gremien konstituiert: Lenkungskreis und Bildungskonferenz.

Ein konkretes Ziel in dem oben genannten Vertrag lautet, die Schul- und Unterrichtsentwicklung an allen Schulen in der Städteregion Aachen durch ein Beratungs- und Unterstützungssystem auf kommunaler Ebene zu stärken und auszubauen. Dazu hat der Lenkungskreis des Bildungsnetzwerkes Ende 2009 den Arbeitskreis „Schulentwicklung“ eingerichtet, der das Konzept für die Weiterbildung und den Einsatz von Schulentwicklungsbegleitern entwickelt hat. Die hochkarätigen Fachleute, die sich in diesem Arbeitskreis zusammengetan haben, kommen aus Schulen unterschiedlicher Schulformen, aus der schulpsychologischen Beratung der Städteregion Aachen und der Stadt Aachen, dem Kompetensteam, dem Bildungsbüro und dem Bildungswerk Aachen. Den Vorsitz des Arbeitskreises hat Norbert Greuel, Schulaufsichtsbeamter und Mitglied des Lenkungskreises der Bildungsregion. Die Ge-

schäftsführung des Arbeitskreises und die fachliche Verantwortung für das Thema „Schul- und Unterrichtsentwicklung“ im Bildungsbüro liegen bei Gabriele Roentgen, der pädagogischen Mitarbeiterin des Landes NRW.

Schulen bestimmen Inhalte und Ziele

Wohin es bei den Entwicklungsprozessen geht, bestimmen die Schulen selbst. Dabei gibt es nicht einen richtigen Weg, sondern jede Schule handelt individuell, plant ihre Ziele, Aufgaben und Prozesse und setzt sie passgenau für das System und die Menschen darin um. Schulentwicklungsbegleiter geben keine Lösungen vor, sondern unterstützen beim Umsetzen von Lösungen. Als externe Berater helfen sie Schulen dabei, Herausforderungen gut zu bewältigen und die Veränderungsziele zu erreichen, die sie sich selber setzen. Das kann zum Beispiel die Fusion zweier Schulen sein, die Umsetzung von Inklusion oder Unterrichtsmodellen zur wirksamen Lernförderung in heterogenen Lerngruppen oder wertschätzende Beziehungsgestaltung im Gesamtsystem Schule.

Entlastung der Schulen durch professionelle Begleitung

Die Moderation des Prozesses „Schulentwicklung“ durch externe und neutrale Berater ist deswegen hilfreich, weil hier viele Dinge auf den Prüfstand gestellt werden, viele Fragen gestellt und beantwortet werden müssen. Entscheidende Stellschrauben zur Veränderung der einzelnen Schule als System sind immer sowohl ihre Konzepte und Strukturen als auch die Haltung der beteiligten Akteure, der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte, der Schulleitungen und der Eltern sowie der außerschulischen Partner, des Schulträgers und der Schulaufsicht. Soll dieses Zusammenwirken gewährleistet sein und Schulentwicklung optimal gelingen, trägt externe Expertise maßgeblich dazu bei,

Bildungsbüro und „Lernen vor Ort“ in der Städteregion Aachen

Das Bildungsbüro hat als Stabsstelle in der Städteregion Aachen den Auftrag, die Zusammenarbeit von Fachleuten und Bildungsverantwortlichen in der Städteregion Aachen vor Ort zu stärken und zu koordinieren. Es wird geleitet von Annette Knobbe. Die Ziele des Bildungsbüros und des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ stimmen in hohem Maße überein. Das ist der Grund dafür, dass das Programm in der Städteregion Aachen im Bildungsbüro umgesetzt wird. Verantwortlicher Projektleiter ist Dr. Sascha Derichs. So werden gemeinsam mit den Bildungsakteuren Qualität und Transparenz der Bildungsangebote für Menschen aller Generationen weiter verbessert: Beteiligt sind Kommunen, Schulen, Kindertagesstätten, freie Träger der Jugendhilfe, Weiterbildungseinrichtungen, Kammern, die Bundesagentur für Arbeit, Hochschulen, Stiftungen und viele mehr.

da sie die Schulen entlastet. Denn die Zeit, Energie und Kontinuität, die für Schulentwicklung erforderlich sind, stehen im kräftezehrenden Schulalltag nicht ohne weiteres zur Verfügung.

Die künftigen Schulentwicklungsbegleiterinnen und -begleiter verfügen bereits über viel Erfahrung: Sie kommen aus Schulen oder arbeiten seit Jahren mit Schulen zusammen. Die Dozenten vom Bildungswerk Aachen vermitteln ihnen in der Weiterbildung professionelles Know-how zu Prozessbegleitung, Veränderungsmanagement, Organisations-

entwicklung, Kommunikation und Beratung in Schulen. Schon während der Ausbildung sammeln die angehenden Schulentwicklungsbegleiterinnen und -begleiter Praxiserfahrung: Im Tandem mit erfahrenen Experten oder den Ausbildern arbeiten sie mit acht Pilotschulen aus drei Kommunen der Städteregion Aachen. Nach Abschluss der Ausbildung stehen sie weiteren Schulen langfristig zur Verfügung.

An dem Konzept überzeugen vor allem die Nachhaltigkeit und die konstruktive Zusammenarbeit der Verantwortlichen –

ein wichtiger Faktor, damit Bildung gelingt. Von der optimalen Zusammenarbeit aller Partner – schulischer und außerschulischer – profitieren letztendlich sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Kommunen – das zählt gerade in einer Zeit, in der wir auf jeden gut qualifizierten Menschen angewiesen sind.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 40.10.12



Das ökologische Bodenfondsmanagement des Regionalverbandes Ruhr

Von Johannes Riedel und Hilde Rotering-Vuong, Ökologisches Bodenfondsmanagement, Regionalverband Ruhr

Mit seinem Produkt „Ökologisches Bodenfondsmanagement“ geht der Regionalverband Ruhr (RVR) neue Wege bei der Freiraumsicherung im Ruhrgebiet. Im Zuge des Flächenmanagements werden seit 1998 – gegen Kostenerstattung – geeignete verbandseigene Flächen den Mitgliedskommunen, Unternehmen und Investoren für Kompensationsmaßnahmen im Rahmen der Eingriffsregelung angeboten, da gerade im Ballungsraum Ruhrgebiet Kompensationsflächen oft nur unzureichend verfügbar sind.

Gesetzliche Grundlagen

Um dem Verbrauch von Natur und Landschaft und damit auch dem Artenschwund in Deutschland entgegenzuwirken, wurde 1976 die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung geschaffen. Wo Natur und Landschaft durch Baumaßnahmen für Siedlungen, Gewerbe und Verkehr erheblich und nachhaltig beeinträchtigt werden – etwa durch Beseitigung von Biotopen oder Versiegelung des Bodens – muss nach dem Bundesnaturschutzgesetz ein ökologischer Ausgleich erfolgen. Bei Eingriffen in den Naturhaushalt ist der Verursacher für die Planung und Umsetzung entsprechender Kompensationsmaßnahmen verantwortlich.

1998 wurde die Eingriffsregelung als planerisches Instrument in das Baugesetzbuch integriert. Eine wesentliche Änderung brachte die Gesetzesnovelle im Jahr 2005. Eingriff und Ausgleich werden räumlich und zeitlich entkoppelt, das heißt Kompensationsmaßnahmen können jetzt räumlich getrennt vom Ort des Eingriffs umgesetzt werden. Außerdem können bereits im Voraus Kompensationsmaßnahmen realisiert werden in so genannten Ökokonten, deren Maßnahmen beziehungsweise Ökopunkte dann späteren Eingriffen zugeordnet werden. Eine weitere Neuerung betrifft die Forstflächen. Kompensationsmaßnahmen im Wald sind nun, insbesondere bei Eingriffen im Wald und bei

Beeinträchtigung von waldspezifischen Funktionen, vorrangig.

Ausgangslage und Zielsetzung

Warum hat der RVR das Thema „Eingriffsregelung“ aufgegriffen? Bereits Mitte der 60er Jahre hatte der damalige Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) als Zusammenschluss von elf kreisfreien Städten und vier Kreisen damit begonnen, Freiflächen zu erwerben. Der Grunderwerb trägt zur Sicherung von Freiflächen bei. Zudem werden die erworbenen Flächen für die Entwicklung vielfältiger Projekte bereitgestellt. Inzwischen gehört der Regionalverband mit 17.500 Hektar Wald- und Grünflächen zu den größten Besitzern von Freiflächen im Ruhrgebiet. Für das Ökologische Bodenfondsmanagement eignen sich rund 1.200 Hektar der landwirtschaftlichen Flächen sowie mehr als 4.000 Hektar des rund 13.000 Hektar umfassenden Waldbestandes des RVR.

Das Ökologische Bodenfondsmanagement des RVR dient der zielgerichteten Stärkung der Freiraumsicherung und -entwicklung in der Region, einer gesetzlichen Pflichtaufgabe des Verbandes. So kann der ökologische Bodenfonds zur ökologischen Weiterentwicklung der Liegenschaften des RVR sowie zu einem räumlichen Verbund von größeren, zusammenhängenden Flächen beitragen, um großräumige Achsen ökologischer Vorrangflächen wiederherzustellen und die regiona-

len Grünzüge, die Landschaftsparke und Halden miteinander zu vernetzen. Durch die Arrondierung von Kompensationsflächen wird ein effektives und kostengünstiges Pflege- und Entwicklungsmanagement für Kompensationsmaßnahmen erreicht. In Kooperation mit den Verbandsmitgliedern wird ein gemeinsames Flächenmanagement bei Kompensationsmaßnahmen angeboten, das unter anderem der Standortsicherung und Erweiterung von Firmen in Städten und Gemeinden, der Baulandentwicklung und der Infrastrukturverbesserung dient.

Umfang des Angebotes

Eine vielfältige Produktpalette landschaftspflegerischer und forstlicher Aufwertungsmaßnahmen steht auf eigenen Flächen und im eigenen Maßnahmenpool bereit. Das Ökologische Bodenfondsmanagement bietet Trägern von Vorhaben Kompensationsmaßnahmen als Komplettpaket an, unter Einhaltung der geforderten Qualitätsstandards des Bundesverbandes der Flächenagenturen in Deutschland (BFAD), dessen Mitglied der RVR ist. Diese Komplettleistung beinhaltet die Flächensicherung sowie alle ingenieurtechnischen Leistungen der Planung, Vorbereitung, Überwachung, Abrechnung und Qualitätskontrolle. Ruhr Grün als eigenbetriebsähnliche Einrichtung des RVR führt die Kompensations- und Pflegemaßnah-

men gegen entsprechendes Entgelt durch. Die für Kompensationsmaßnahmen bereitgestellten Flächen bleiben im Besitz des RVR, sie werden von Ruhr Grün nach Ablauf der

von Flächen, Anlage oder Renaturierung von Gewässern sowie Maßnahmen zur dauerhaften Verbesserung des Biotop- und Artenschutzes.

Flächenmonitoring gewährleistet. Der Projektträger muss sich um nichts mehr kümmern. Der Freiraum der Region kann dadurch zielgerichtet gestärkt und entwickelt werden durch räumliche Bündelung und Konzentration der Kompensationsmaßnahmen auf regionale Schwerpunkträume. Gestörte Ökosysteme können wiederhergestellt und das Landschaftsbild aufgewertet werden. Die Naturschutzwirkung wird durch sinnvolle regionale Einbindung und gezielte großräumige Vernetzung von naturnahen Flächen gestärkt.

Ergebnisse

In den vergangenen zwölf Jahren konnte der RVR in fast allen Mitgliedskommunen Kompensationsflächen anbieten. Seit dem Start dieses Angebotes sind circa 70 Verträge über mehr als 110 Hektar Fläche abgeschlossen worden. Um das neue Instrument zum Flächenmanagement künftig noch flexibler nutzen zu können, hat der RVR circa 16 Hektar bereits umgesetzte Maßnahmen sowie über 1 Million Ökopunkte in Ökokonten beveratet und in fast allen Städten und Kreisen Flächenpools mit für Kompensationsmaßnahmen geeigneten Flächen aufgebaut.

Die steigende Nachfrage nach Kompensationsflächen durch Verbandsmitglieder und Dritte bestätigt, dass der RVR mit diesem Dienstleistungsangebot ein strategisches Flächenmanagement und aktive Liegenschaftspolitik für die Eingriffsregelung im Ruhrgebiet geschaffen hat und damit die Verbandsmitglieder bei den zunehmenden räumlichen Nutzungskonflikten der kommunalen Zukunftssicherung tatkräftig unterstützt.



Schottische Hochlandrinder sorgen für die extensive Grünlandbeweidung am Auberg.

Foto: Heinz-Hermann Verholte

durch Entgelt finanzierten 30 Jahre weiterhin auf Dauer gepflegt. Die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen sowie die Einrichtung von Ökokonten und Flächenpools erfolgt in enger Abstimmung mit den Fachämtern der Verbandsmitglieder sowie den Regionalforstämtern.

Aufgrund der Eingriffsregelung werden von Städten und Gemeinden im Verbandsgebiet Vorrangbereiche für Ausgleichsräume im Flächennutzungsplan dargestellt. Mit der Darstellung dieser Ausgleichsräume und den vom RVR und den Verbandsmitgliedern erarbeiteten sonstigen Freiraumplanungen (Landschaftspläne, Freiflächenpläne, Regionale Grünzüge et cetera), überprüft der RVR seinen Grundbesitz dahingehend, inwieweit seine Flächen in den Ausgleichsräumen liegen, ob diese sich für Ausgleichsmaßnahmen eignen und wie sie sich ökologisch aufwerten lassen. Diese planerischen Grundlagen dienen auch der Abwägung beim Ankauf weiterer Freiflächen für ihre mögliche Nutzung als Kompensationsflächen. Vielfältige Kompensationsmaßnahmen zur ökologischen Aufwertung von Flächen werden angeboten, dazu gehören zum Beispiel Ersatzaufforstungen, Anlage von Waldrändern, Umbau von Waldbeständen in einen naturnäheren Zustand, Erhalt von Alt- und Totholzbeständen, Pflanzung von Bäumen, Hecken und Feldgehölzen, Anlage von Streuobstwiesen, Extensivierung von landwirtschaftlichen Flächen, produktionsintegrierte Maßnahmen in der Landwirtschaft, Maßnahmen zur Entwicklung von Saumstrukturen, Entsiegelung

Bei diesem Angebot des RVR bieten sich sowohl für den Projektträger als auch für die Region einige Vorteile. Das Bauverfahren wird beschleunigt, da für den Projektträger zeitintensive Recherche-, Verhandlungs- und Planungstätigkeiten entfallen. Die Kompensationsmaßnahmen werden durch den RVR auf geeigneten verbandseigenen Flächen umgesetzt, die dauerhafte Sicherung der Flächen ist durch effektive und langfristige Pflege, Sicherung der Funktionsfähigkeit und



Ökologisch wertvoll: Für rund 4000 Hektar Waldfläche des RVR liegen konkrete Flächen- und Maßnahmenvorschläge vor

Foto: Heinz-Hermann Verholte

Gutachten „Kompensation im Wald“

Die gesetzlichen Grundlagen und daraus resultierende Anforderungen (Hinweise zur Kompensation im Zusammenhang mit Wald“ vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW) waren Grundlage für die Erstellung eines methodischen Konzeptes zur ökologischen Aufwertung der RVR Forsten. Dieses Fachkonzept wurde auf Basis der Sach- und Geodaten des Forstbetriebes umgesetzt. Ergebnisse sind konkrete Flächen- und Maßnahmenvorschläge für rund 4.000 Hektar Waldfläche des RVR einschließlich einer Ökopunkteberechnung nach dem

neuen Bewertungsmodell des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV).

Gutachten Auberg

Der RVR setzte sich mit dem Ankauf der circa 120 Hektar großen Fläche des ehemaligen Standortübungsplatzes Auberg in Mülheim an der Ruhr im Jahr 2008 das Ziel, einen ökologisch wertvollen Landschaftsraum in seiner Vielfalt zu optimieren und eine standortgerechte Freizeit- und Erholungsnutzung unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Landschaftsschutzes dauerhaft anzubieten. Unter Beteiligung des Amtes für Umweltschutz beauftragte der RVR die Er-

arbeitung eines ökologischen Aufwertungskonzeptes mit Darstellung aller möglichen Kompensationsmaßnahmen unter Berücksichtigung des intensiven Erholungsdrucks. Auf 83 Hektar der Fläche sind Kompensationsmaßnahmen geplant, circa 1,5 Millionen Ökopunkte können so erzielt werden, berechnet nach dem neuen LANUV-Bewertungsmodell. Alle abgestimmten Maßnahmen sind in einem anerkannten Flächen- und Maßnahmenpool dargestellt und werden bei Umsetzung in einem Ökokonto bevorratet.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 32.95.11



Kunst als Ausdruck zum Thema Gewalt: Das Projekt GewaltART®

Von Monika Hajak, freie Künstlerin
und Susanne Krämer,
Opferschutzbeauftragte Kreispolizeibehörde,
Rheinisch-Bergischer Kreis

Das Thema „Jugendliche und Gewalt“ wurde im Jahr 2008 zum besonderen Anliegen des Runden Tisches „Keine Häusliche Gewalt“ im Rheinisch-Bergischen Kreis. Daraus entwickelte sich die Idee zum Projekt GewaltART.

Mit dem Projekt GewaltArt will der Runde Tisch ein Forum für Schülerinnen und Schüler schaffen, um die Probleme von Gewalt in der Schule und in der Familie deutlich zu machen. GewaltART hat das Ziel, ge-



meinsam herauszufinden, dass jede und jeder verstanden wird, nicht allein gelassen wird und sich nicht schämen muss. Was ist Gewalt? Wo ist Gewalt? Wer macht Gewalt? sind einige der Fragen, die gemeinsam bearbeitet werden – nur zum Teil in der gewohnten Form von Sprache und Schrift, denn ein Schwerpunkt des Projekts liegt auf der künstlerischen Arbeit: „Welche Form und welche Farbe hat Gewalt für mich?“ und „Welche Form und welche Farbe hat

ein Leben ohne Gewalt für mich?“ sind die Fragen, die von den Schülerinnen und Schülern nicht -wie sonst- mit Worten, sondern mit Bildern beantwortet werden.

„Durch die künstlerische Arbeit zu einem Thema werden die eigenen Gedanken und Gefühle sichtbar gemacht, auch die, die im Unbewussten schlummern. Das so sichtbar Gewordene wiederum ruft zu einer Reflexion und Auseinandersetzung mit der eigenen Position im Ganzen auf. GewaltART sensibilisiert damit für die eigenen Wünsche, Sehnsüchte und eigenes Leiden, aber auch für die eigene Entscheidung, was man so nicht (mehr) erleben will. Dieser Prozess geht ausschließlich über das eigene Gefühl, so dass immer ein Ergebnis am Ende steht. Das mag nicht sofort erkennbar und bewusst sein, aber es ist im Menschen verankert,“ sagt Monika Hajak, Künstlerin in Bergisch Gladbach, die das Projekt in den Schulen betreut. Das Projekt wurde bisher elfmal an neun verschiedenen Schulen im Rheinisch-Bergischen Kreis durchgeführt.

Nachdem die typischerweise auftretenden Schwierigkeiten mit dem ungewohnten Ausdruck von Gedanken und Gefühlen in Form und Farbe überwunden waren, arbeiteten die Jugendlichen sehr konzentriert und offen an ihrem bildnerischen Ausdruck zum Thema Gewalt. Eine überwältigende Mehrheit äußerte sich bei der Bildbetrachtung und dem abschließenden Gespräch positiv zu dieser für

sie neuen Art der Themenbearbeitung. „Das war mal was anderes“, „So kann man viel besser Gefühle ausdrücken“, „Das hat Spaß gemacht“ waren einige Äußerungen, mit denen der Projekttag am Ende bewertet wurde. Auch würden die Schüler und Schülerinnen jederzeit noch einmal in dieser Art zu einem anderen Thema arbeiten.

Bisher sind mit dem Projekt GewaltART etwa zweihundertfünfzig Bilder entstanden. So unterschiedlich diese sind, so gleichen sie sich in den verwendeten Symbolen und Farben. Blitze, Feuer, Schusswaffen, Blut und Fäuste und die Farben rot, schwarz, braun und gelb

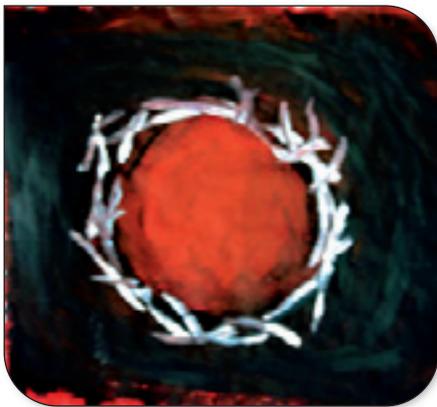


stehen für Gewalt. Die Bilder wirken auf den Betrachter schwer und drückend. Auch die Jugendlichen äußerten, dass der Abschnitt der Malerei zur Gewalt für sie anstrengend und bedrückend gewesen sei. Keine und kei-

ner von ihnen wollte sich damit umgeben und eines der Bilder im eigenen Zimmer aufhängen.

Die Gewaltfreiheit wird mit Blumen, Bäumen, Regenbogen, dem Peace-Zeichen, bunten Punkten und Händen in den Farben grün, gelb, blau und rot locker und leicht dargestellt. In diesem Abschnitt der Malerei war die Freude der Jugendlichen beim Malen unverkennbar!

Anfang des Jahres 2010 waren die bis dahin an den Schulen entstandenen Bilder in einer Ausstellung im Kreishaus in Bergisch Gladbach zu sehen. Kreisdirektor Dr. Erik Werdel, eröffnete die Ausstellung mit den Worten: „Das Projekt ist ein Beitrag, um mit dem Problem Gewalt in Zukunft noch besser umzugehen.“ Und offener, so, wie sich die Schüler und Schülerinnen im Laufe des Projekts für das Thema und ihren eigenen Ausdruck geöffnet haben.



Zwei weitere wichtige Fragen „Wo und wann beginnt Gewalt für Einzelne, wie fühlen sie sich in diesem Zustand?“ und „Was kann ich selbst tun?“ bilden den Inhalt des zweiten Projektschwerpunkts. Das Kriminalkommissariat Prävention und Opferschutz der Polizei informiert über Krisensituationen, eigenes Verhalten und Hilfsmöglichkeiten. Bewusst wird auf das Tragen der Uniform verzichtet, wenn die Opferschutzbeauftragte der Kreispolizei, Susanne Krämer, ihren Teil des Projektes übernimmt. Hier soll nicht nur „Recht und Ordnung“ bei der Bekämpfung von Gewalt dargestellt werden, sondern die Komplexität, die hinter Gewalt steht und die auch – oft unsichtbar – in die polizeiliche Arbeit einfließt. Welche Aufgabe hat die Polizei, wenn Gewalt im Alltag auftritt? An erster Stelle repräsentiert sie den rechtlichen Rahmen, der vom Gesetzgeber vorgeben ist. Aber der praktische Umgang mit Gewalt in der polizeilichen Arbeit ist mehr als nur die Umsetzung der Vorgaben.

Es bestehen eindeutige Grenzen, wann Gewalt – im rechtlichen Sinn – verfolgt und geahndet wird. Auch häusliche Gewalt setzt sich aus Straftaten zusammen, die als Officialdelikte staatlich verfolgt werden müssen. Aber was versteht jeder Einzelne unter dem Begriff Gewalt, wo werden eigene Grenzen tangiert und gar überschritten? Diese Punkte wurden mit den 15-20jährigen Schülerinnen und Schülern im Gespräch und teilweise in praktischen Übungen herausgearbeitet. In den Klassen war die Geschlechterzusammensetzung jedes Mal unterschiedlich, interessant aber: Wenn viele Jungen dabei waren, wurde die Beteiligung der Mädchen und jungen Frauen eher als zurückhaltend erlebt. Auch ungewöhnliche Fragen wie „Welche Vorteile habe ich, wenn ich Gewalt einsetze, meine Macht demonstriere oder keine Rücksicht auf andere nehme?“ wurden gemeinsam in der Gruppe thematisiert. Konkrete Erfahrungen oder Ideen der Schülerinnen und Schüler waren immer willkommen, wenn es um Selbstbehauptung in bedrohlichen Situationen ging, unabhängig davon, ob es sich um die Opfer- oder Helferrolle drehte. Sich frühzeitig und eindeutig äußern: „Lass mich in Ruhe!“, „Helfen Sie mir!“, „Rufen Sie die Polizei!“, ist der Tenor, der dabei unabhängig von Alter und Schulform immer wieder im Vordergrund steht.

Was hat Gewalt mit der Körperhaltung und dem eigenen Bauchgefühl zu tun? Dieser Aspekt zur Bekämpfung von Gewalt war zunächst nicht so offensichtlich. In einer Bewegungsübung konnte mit dem eigenen Körper experimentiert werden. Wie drückt mein Körper Gefühle aus, welche Möglichkeiten der Körpersprache stehen mir persönlich zur Verfügung und wie kann ich sie einsetzen? Eine wichtige Erkenntnis: „Nicht lächeln, wenn ich NEIN sage.“ Zum Abschluss dieses Teils von GewaltART kamen die konkreten Aufgaben und Maßnahmen der Polizei zur Sprache, damit auch Behördenabläufe transparent werden. „Wofür sind bestimmte Ermittlungen (Zeugenvernehmungen, Beweissuche) erforderlich? Wird mir geglaubt, wenn ich eine Strafanzeige erstatte? Darf ich eine Vertrauensperson mitnehmen? Wie lange dauert ein Strafverfahren?“ Diese und andere offene Fragen können der Polizistin gestellt und gemeinsam beantwortet werden.

So kam auch der zweite Schwerpunkt bei den Schülerinnen und Schülern sehr gut an: Das ist das wirkliche Leben!

Dass das Projekt GewaltART tatsächlich auf direkte Weise wirksam und erfolgreich ist, zeigte sich in einem konkreten Fall. So ent-

schloss sich ein Schüler im Anschluss an den Projekttag, die selbst erlebte häusliche Gewalt nicht mehr zu ertragen und sich Hilfe zu holen.

In einigen Schulen wurde das Thema „Gewalt“ weiter im Unterricht behandelt, so auch im Berufskolleg/Kaufmännischer Zweig. Dort setzten sich die jungen Erwachsenen der Klasse HO 2 nach GewaltART intensiv und qualitativ auf sehr hohem Niveau mit den Ursachen und Wirkungen von Gewalt auseinander. Sie kamen zu der Überzeugung, Gewalt sei ein ganz wichtiges gesellschaftliches Thema, das jeden angehe. Und so präsentierten sie ihre künstlerischen Arbeiten, die Ergebnisse ihrer Analysen und die gefundenen Lösungsmöglichkeiten im Februar 2011 am Tag der offenen Tür auch der Öffentlichkeit.

Die eingehende Beschäftigung mit der Entstehung von Gewalt habe ihnen viele Zusammenhänge bewusst gemacht und sie sensibilisiert. Sie gingen jetzt viel rücksichtsvoller und aufmerksamer miteinander um, berichteten die Schülerinnen und Schüler. Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler bekamen während des Projekts Informationsmaterial vom Runden Tisch „Keine Häusliche Gewalt“ und der Kreispolizei mit Adressen von Institutionen, die in Notfällen Hilfe leisten.

Wegen der guten Annahme des Projekts von Schulen und Schülerinnen und Schülern wird vom Runden Tisch eine Fortführung von GewaltART auch für das nächste Schuljahr angestrebt.





Ein Licht für jede Frau: Runder Tisch zur Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen im Kreis Viersen

Von Gabriele Cuylen,
Gleichstellungsbeauftragte, Kreis Viersen

Der Runde Tisch zur Bekämpfung häuslicher Gewalt gegen Frauen im Kreis Viersen besteht seit 2002. Schirmherr des Runden Tisches ist der Landrat des Kreises Viersen, Peter Ottmann. Der Runde Tisch ist ein Zusammenschluss von knapp 70 Einrichtungen und Institutionen, die im Kreis Viersen beziehungsweise für den Kreis Viersen zur Thematik arbeiten. Polizei, Amtsgerichte, Staatsanwaltschaften, Beratungsstellen, Ärzteschaft, Krankenhäuser, Kirchen, Kinderschutzbund, Politik Gleichstellungsstellen und viele andere wirken mit. Projekte des Runden Tisches werden durch eine zehnköpfige Koordinierungsgruppe umgesetzt.

Betroffenheit bei den Menschen

Für jede Frau, die durch Gewalt in der Partnerschaft getötet wurde, stellten Schülerinnen und Schüler der Berufsgrundschuljahre Holz und Metall der Berufskollegs Viersen Figuren aus Holz und Metall her. Mit der Unterstützung und dem Engagement der Lehrkräfte und der Schulleitungen konnte wertvolle Aufklärungsarbeit an den Schulen geleistet und die Aktion „Ein Licht für jede Frau“ eindrucksvoll in die Tat umgesetzt werden. Eine Vertreterin der Koordinierungsgruppe stellte im Unterricht das Anliegen vor und informierte und sensibilisierte zur Thematik „Häusliche Gewalt“.



Die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrkräfte nahmen auch an der Auftaktveranstaltung in der Viersener Fußgängerzone teil. Dort wurden die 71 Figuren aufgestellt und neben jeder ein Licht angezündet.

Die Aktion wurde über einen Zeitraum von zwei Wochen – vom Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11 bis zum 10.12., dem Tag der Menschenrechte – in den Fußgängerzonen in allen Städten und Gemeinden des Kreises Viersen durchgeführt und von den Vertreterinnen und Vertretern der Koordinierungsgruppe und den örtlichen Gleichstellungsbeauftragten begleitet. Die Aktion interessierte sehr viele Menschen und es war vielfach die Betroffenheit in den Gesichtern abzulesen.

Ein weiteres Projekt der Koordinierungsgruppe war die Erstellung von Visitenkarten mit der Aufschrift „Geht Ihr Partner gut mit Ihnen um“. Hierauf wurde in Kurzform die Thematik erläutert und Hilfeeinrichtungen benannt. 10 000 Visitenkarten wurden gedruckt und auf Damentoiletten in Behörden, öffentlichen Gebäuden, Gaststätten, Diskotheken, Kinos, Badeanstalten und anderen Einrichtungen ausgelegt. Diese handliche Information über bestehende Frauenunterstützungseinrichtungen kann so von den Besucherinnen diskret eingesteckt werden.

Position beziehen

In Zusammenarbeit mit der Rheinischen Post erfolgte eine weitere Aktion. Hier wurden

Persönlichkeiten aus dem Kreis Viersen um ein persönliches Statement zum Thema „Häusliche Gewalt“ gebeten. Die ausgewählten Personen wurden von der Koordinierungsgruppe angeschrieben und um Mithilfe und Unterstützung gebeten. Unter der Überschrift: „Unterstützen Sie mit Ihrer Aussage, dass Gewalt gegen Frauen und ihren Kindern im Kreis Viersen nicht toleriert wird“ beteiligten sich hieran unter anderem der Landrat, der Polizeidirektor, Familienrichter, Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche, Künstlerinnen und Künstler, Politikerinnen und Politiker, Rechtsanwältinnen, Jugendamtsleiter, Leiter der Feuerwehr, Leitungskräfte von Krankenhäusern sowie von Firmen/Unternehmen im Kreis Viersen und viele andere mehr. Mit dem vorgegebenen Anfang: „Ich bin gegen häusliche Gewalt, weil...“ wurde jeweils ein Statement pro Ausgabe/Tag von der Rheinischen Post über einen Zeitraum von drei Wochen veröffentlicht.

Alle Aktionen/Projekte haben das Ziel, die Bürgerinnen und Bürger zu informieren, zu sensibilisieren und den Schutz und die Sicherheit der betroffenen Frauen und auch Kinder im Kreis Viersen zu stärken. Öffentlichkeitsarbeit soll außerdem betroffenen Frauen, Angehörigen, Bürgerinnen und Bürgern helfen, die Hemmschwelle zu überwinden und sich Unterstützung zu holen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 50.70.20

Das Porträt: Erstens Frau, zweitens Grün: Anne Lütkes ist seit acht Monaten Regierungspräsidentin in Düsseldorf

Von Peter Henrichmann, Pressestelle Landkreistag NRW

„Da muss ich wohl irgendwann mal selbst ein „in“ dran machen...“ – Anne Lütkes lächelt, als sie das sagt. Denn natürlich wird sie das nicht machen. Es steht in den Sternen, ob das geschlechter-gerechte „in“ jemals hintendran an die dicken, schweren, bronzenen Lettern über der Eingangstür kommt. „Der Regierungspräsident“ steht da. Dick, breit und groß unter dem Adler auf dem Dach, dem gemeißelten Schriftzug „Wilhelm II.“ und unter den Steinsäulen am wuchtigen Entree des Dienstsitzes der Düsseldorfer Regierungspräsidentin. Ein massiver Bau wie eine Trutzburg, direkt hinter einer vierspurigen Straße am Rhein gelegen, Cecilienallee 2. Die Altstadt ist gleich nebenan, ein grüner Park liegt vis á vis. Anne Lütkes passt gut in das große Büro in Etage 2. Seit acht Monaten ist sie die Chefin des größten Regierungsbezirkes im Bindestrichland NRW.

Freundlich ist sie, die – inzwischen ja eigentlich gar nicht mehr so neue – Regierungspräsidentin in Düsseldorf. Sie schenkt Wasser ein, lächelt und vermittelt den positiven Eindruck, als freue sie sich auf die Interviewstunde mit dem Eildienst des Landkreistages NRW. So was ist kein Problem für Anne Lütkes: Die 62-Jährige ist Polit-Profi, Repräsentations-Profi und wohl auch Antwort-Profi.

Im schönen Norden

Wie sich die Kölnerin (da wohnt sie; gerne) im Amt in Düsseldorf fühlt, haben sie schon viele gefragt. Spannender ist, wie sie als Ministerin nach Kiel kam? „Ich hatte damals einen sehr interessanten Anruf“, erinnert sich Lütkes. Im Jahr 2000 war die rot-grüne Landesregierung im Bundesland zwischen Nord- und Ostsee auf der Suche nach einer – grünen! – Ministerin. Justiz, Frauen, Jugend und Familie sollte das Ressort abdecken. „Das war und ist eine einmalige Kombination“, erklärt Lütkes. Auf dem bundesweiten Suchradar nach grünen Experten, die ein solches Ministeramt ausfüllen können, tauchte Köln auf. Die gelernte Rechtsanwältin Anne Lütkes hatte in allen Bereichen gearbeitet und die bis dato ehrenamtliche Bürgermeisterin von Köln („dieses Amt füllt den ganzen Tag nicht aus“) hat „Ja“ gesagt. „Ich habe mich für Schleswig-Holstein entschieden, das war eine berufliche und eine politische Herausforderung“, sagt Anne Lütkes. „Ministerin ist eben kein Lehrberuf“ – in Kiel hat sie viel gelernt: Politik, Verwaltung, Bundesrat ... „es war gut da!“

Und es ist gut in Düsseldorf! Findet Anne Lütkes: „Meine Erfahrungen haben mir hier beim Start sehr geholfen.“ 1800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und 54.000 Lehrer – die Regierungspräsidentin trägt Verantwortung für viele Menschen. Sie war schon was ganz Neues in der großen Behörde: Erstens Frau, zweitens grün – das hatte es bislang noch nicht gegeben in der Landeshauptstadt am Rhein. „Ich denke, wir kommen ganz gut zu recht!“, beschreibt Lütkes das



Bezirksregierung Düsseldorf

Verhältnis zu ihren Mitarbeitern. Dazu mag beitragen, dass eine Mittelbehörde, eine große Verwaltung zu führen, keine politische Aufgabe ist: „Wir sind ausführendes Organ, die NRW-Landesregierung mit ihren Befugnissen steht darüber“, sagt Lütkes und weiß: „Damit darf man nicht hadern!“ Die Dinge, die Sichtweisen, die Positionen trennen, das fällt der Juristin nicht schwer.

„Dass es vor Ort klappt“

Was eine Regierungspräsidentin so tagein tagaus macht, wie sie ihre Hauptaufgaben beschreibt, da fällt die Antwort zunächst etwas juristisch verknottet aus: „Unser Verwaltungshandeln ist orientiert an der gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung auf der Basis von Recht und Gesetz.“ Etwas konkreter: Bei förmlichen Verfahren zum Beispiel achtet die Bezirksregierung darauf, dass die Rechte Betroffener gewahrt werden. Ganz konkret: „Beim Thema Schule zum Beispiel sind wir einerseits als

Aufsicht, andererseits beratend tätig. Das ist von hoher Bedeutung.“ „Denn“, formuliert die Behördenleiterin reale Wahrheiten mit freundlicher Stimme, „Gemeinschaftsschulen fallen eben nicht vom Himmel. Sie müssen in den Kommunen richtig erarbeitet werden. Und wir als Bezirksregierung müssen das fachlich begleiten, müssen daran arbeiten, dass es vor Ort klappt.“ Ein wenig kommt die Politikerin durch, als Anne Lütkes den Kurs der NRW-Landesregierung zitiert und sagt: „Wir wollen kein Kind zurücklassen, wollen das Recht auf Bildung vor Ort leben!“ Eine große Verantwortung. So empfindet das auch die Regierungspräsidentin. Dieser Verantwortung gerecht wird man, so sieht es Anne Lütkes, mit der Gemeinschaftsschule: „In der Perspektive sollte es eine Schule für alle geben. Die Gemeinschaftsschule geht in diese Richtung.“ Verantwortung, das ist per se ein Schlüsselwort: „Düsseldorf ist der Regierungsbezirk mit den größten Herausforderungen. Un-

sere Verantwortung für die Zukunft ist hoch!“ Sagt die Regierungspräsidentin des mit rund 5,3 Millionen an Einwohnern größten unter den fünf Regierungsbezirken in NRW. Düsseldorf, diese Region ist großer Ballungsraum, massiver Industrieschwerpunkt und oft unübersichtlicher Verkehrsknotenpunkt in einem. „Wir müssen das in Einklang bringen, das ist unsere Verantwortung für die Zukunft.“ Womit das zweite Schlüsselwort auch ausreichend erklärt wäre.

Verantwortung und Probleme

Zukunft und Gegenwart, immer wieder kommt das zusammen: Auch im Bereich Wirtschaft. Wenn die Regierungspräsidentin unterwegs ist, wenn sie „Rückmeldungen hört“ aus Industrie und Handwerk, aus IHK und HWK, dann ist heutzutage oft die Rede von positiven Trends: Wirtschaftswachstum, Arbeitsmarkt, Aufschwung, „darum geht es schon in vielen Gesprächen.“ Sagt Anne Lütkes. Und hat ein Beispiel parat: In der Region Niederrhein gibt es einen virtuellen Gewerbeflächenpool: „Da merkt man, dass der angenommen wird, dass im positiven Sinne Begehrlichkeiten da sind.“ Gutes Zeichen für die Wirtschaft und große Aufgabe für die Bezirksregierung: „Hier ist ökonomisches und ökologisches Flächen-Management gefragt, der Flächenverbrauch muss reduziert werden.“ Sagt die grüne Regierungspräsidentin. Die übrigens mit dem Flughafen in der Landeshauptstadt – immerhin Deutschlands

Zur Person:

Annemarie Lütkes: 1948 in Bergisch-Gladbach geboren; verheiratet, keine Kinder; Abitur in Köln; Studium Rechtswissenschaft in Köln; seit 1977 als Rechtsanwältin zugelassen; Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen seit 1990; 1989-1999 Fraktionsvorsitzende Grüne Stadtrat Köln, 2000 bis 2005 Justizministerin in Schleswig-Holstein, MdL bis 2006; 2003 bis 2005 Schriftführerin des Deutschen Bundesrates; seit 2002 Vorsitzende des Kuratoriums des Deutschen Kinderhilfswerkes; seit 2003 Mitglied im Deutschen Komitee für UNICEF und seit April 2008 dessen Schatzmeisterin; seit August 2010 Regierungspräsidentin in Düsseldorf

Nummer drei mit über 22 Millionen Passagieren jährlich – vor einer dauerhaften Herausforderung steht. „Wenn es um Lärmbelästigung und Nachtflug geht, sind wir ständig im Gespräch. Da ist dann eine restriktive Praxis angemessen.“ Anne Lütkes Behörde fungiert als Luftaufsicht, sie muss dafür sorgen, dass das Nachtflugverbot eingehalten wird – eine der vielen Aufgaben, die aus den Büros am Rhein erledigt wird. Wo die Frage, was das größte Problem im Bezirk Düsseldorf ist, aus Sicht der Steuerfrau



Anne Lütkes

am Ruder nicht relevant ist: „Diese Frage stelle ich mir gar nicht. Man muss immer die Gesamtsituation sehen und ich widme meine Kraft allen Bereichen und Problemen gleichermaßen.“ Na ja – fast: Denn ein großes, ein „sehr großes Problem“ gibt es sehr wohl. Wenn es auch kein speziell Düsseldorfer Problem ist: Die finanzielle Lage der Kommunen ist eine Hauptsorge im Land, auch die Regierungspräsidentin empfindet das so. Und sie erklärt, was aus ihrer Sicht getan werden muss, damit die Städte, Gemeinden und Kreise nicht im unendlich tiefen Haushaltsloch absaufen: Der Bund, formuliert Anne Lütkes die erste von drei Kernforderungen, muss die kommunale Selbstverwaltung stärken und geldwerte Entscheidungen treffen, das Land NRW muss direkte Unterstützung für die

Regierungsbezirk Düsseldorf:

5300 Quadratkilometer Fläche; 5,3 Millionen Einwohner; fünf Kreise und zehn kreisfreie Städte, darunter die Großstädte Düsseldorf, Duisburg, Essen, Wuppertal.

Kommunen leisten und den Nothilfefonds zügig auf den Weg bringen. Und schlussendlich müssen die Kommunen selbst Sparanstrengungen unternehmen und ihre Haushalte konsolidieren. Verantwortung für die Zukunft übernehmen – so soll das aussehen.

Kurz gefragt, schnell geantwortet – das unterhaltsame Fragespiel macht Anne Lütkes gerne mit. Hier sind ein paar launig-private Eindrücke der Düsseldorfer Regierungspräsidentin. Hinter den Pünktchen findet man, was sie sagt zu:

prominent sein...

...ist nicht nötig.

Düsseldorf und Köln...

...geht schon zusammen!

Die CDU in NRW...

...bemüht sich, sichtbar zu bleiben.

Altbier...

...trinken viele Leute gerne.

Die größte Hoffnung für die Grünen ist...

...dass die Gesellschaft vernünftiger wird.

Karneval...

...iss joot (mit doppel „o“, das ist wichtig!)

Mein größter Erfolg...

...ist mein privates Glück.

Es geht gar nicht, dass...

...die Menschen nicht nach Versöhnung suchen.

Eine gute Chefin...

...hoffe ich zu sein.

Der perfekte Arbeitstag...

...fängt mit einem guten Kaffee an.

Meine größte Hilfe...

...sind meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wenn ich mal frei habe...

...freue ich mich und mache Pause unter meinem Birnbaum.

Und weil es ohne den nicht geht: Franz-Josef Antwerpes aus Köln...

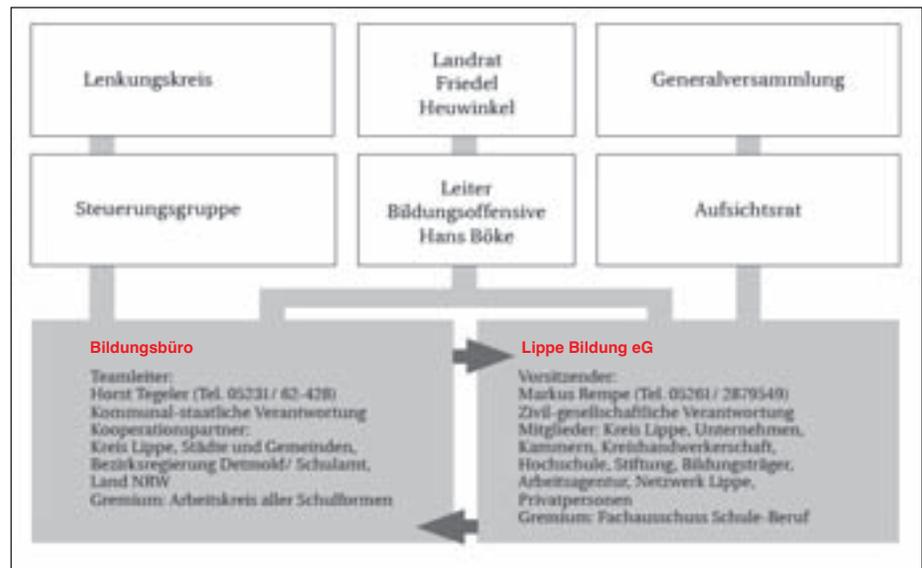
...war ein guter Kurfürst.



Erster kommunaler Bildungsbericht für den Kreis Lippe vorgelegt

Von Dr. Claudia Böhm-Kasper und Horst Tegeler, Bildungsbüro, Kreis Lippe

Der Kreis Lippe hat die Entwicklung der Bildungsregion als eines der wesentlichen strategischen Ziele definiert und in diesem Feld bereits Akzente gesetzt. Nach Gründung der Stiftung Standortsicherung Kreis Lippe mit Projekten im Bereich Bildung und Wissenschaft und der Initiierung des Projekts „Jugend braucht Zukunft“ mit Aufbau der Koordinierungsstelle Schule – Beruf wurden in 2008 bzw. 2009 die Bildungsgenossenschaft Lippe Bildung eG und das Bildungsbüro als tragende Säulen des Bildungsmanagements Lippe geschaffen:



Weitere Schubkraft hat das Bildungsmanagement Lippe durch das BMBF-Programm „Lernen vor Ort“ ab September 2009 erfahren. Das Bildungsbüro und die Lippe Bildung eG haben in den Bereichen des Bildungsmanagements unter anderem folgende wesentliche Leitziele entlang der Bildungskette formuliert:

- Basiskompetenzen der Schulkinder verbessern
- Sprachkompetenzerwerb der Kinder noch früher in den Blick nehmen
- Interesse für MINT-Fächer wecken
- Übergänge im Bildungssystem verbessern
- weniger Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss
- mehr Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife
- Passgenauigkeit der Weiterbildung verbessern

Um diese Ziele zu erreichen, hat das Bildungsmanagement ein umfangreiches Arbeitsprogramm mit über 40 Einzelprojekten entlang der Bildungskette aufgelegt, das ständig aktualisiert wird. Die oben angege-

benen Leitziele spiegeln auch die Problemlagen wider, die der jetzt vorgelegte erste kommunale Bildungsbericht des Kreises Lippe offenlegt. Mit diesem ersten vom Bildungsbüro erstellten Bildungsbericht möchte der Kreis Lippe

als einer der ersten Kreise in Deutschland allen Verantwortlichen und Interessierten in der Region grundlegende Informationen über die Rahmenbedingungen, die Verlaufsmerkmale und die Ergebnisse von Bildungsprozessen zur Verfügung stellen. Das Bildungsgesche-

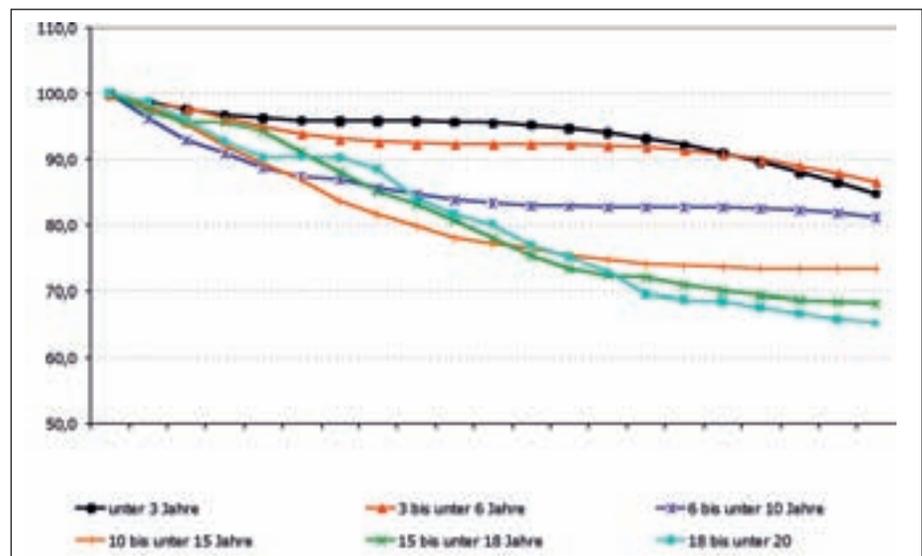


Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Altersgruppen im Kreis Lippe 2009 bis 2030 in Prozent (2009=100) Quelle: IT.NRW

hen in der Region soll so transparent gemacht, die Stärken und Schwächen sollen aufgezeigt werden.

im Vergleich zu NRW, zum Regierungsbezirk Detmold, zu den Nachbarkreisen in OWL. Soweit dies möglich und sinnvoll

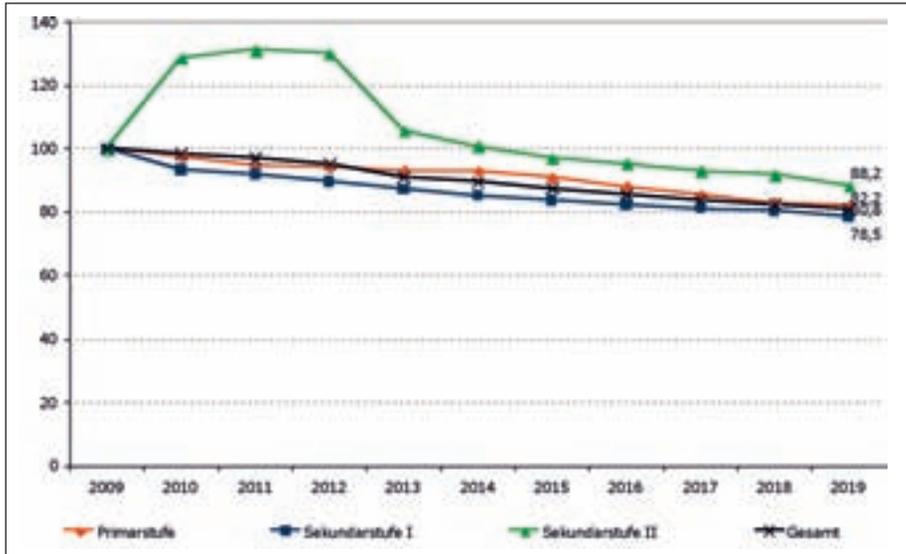


Abb. 2: Prognose zukünftiger Schülerbestände nach Schulstufen im Kreis Lippe 2009 bis 2019 (Schuljahr 2009=100) in Prozent

Quelle: IT.NRW

Der Bildungsbericht (im weiteren Sinne das Bildungsmonitoring) versteht sich als Instrument des Bildungsmanagements zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität im Bildungswesen. Er dient der Standortbestimmung und ist Grundlage für Zieldiskussionen und Steuerungsmaßnahmen.

Der Bildungsbericht für den Kreis Lippe ist ein indikatorengestützter Bericht. Er orientiert sich an bundesweit erarbeiteten Standards und Kriterien für ein kommunales Bildungsmonitoring und ist angelehnt an den „Anwendungsleitfaden für ein Kommunales Bildungsmonitoring“, der vom Statistischen Bundesamt und vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg erarbeitet wurde. Unter dem bildungsbiographischen Ansatz des lebenslangen/lebensbegleitenden Lernens bildet der Bildungsbericht alle Bildungsstufen von der Frühkindlichen Bildung über den Bereich der Allgemeinbildenden Schulen und der Beruflichen Bildung bis zur Weiterbildung ab und konzentriert sich auf wichtige Kernindikatoren. Daneben werden mit der demographischen Entwicklung, der wirtschaftlichen Situation und Entwicklung sowie der Sozialen Lage wesentliche Rahmenbedingungen in den Blick genommen.

Der Bildungsbericht nutzt im Wesentlichen amtliche, aktuell verfügbare Daten von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) und der Bundesagentur für Arbeit. Für einzelne Bereiche fließen auch bereits Ergebnisse eigener Erhebungen ein.

Konzeptionell fokussiert der Bildungsbericht für den Kreis Lippe auf drei Dinge:

- Erstens auf eine Standortbestimmung durch die Beschreibung der Ist-Situation

ist, wird ein Vergleich zwischen den Städten und Gemeinden innerhalb des Kreises angestrebt.

- Zweitens wird mit Zeitreihenbetrachtungen dargestellt, wie sich die Kennzahlen in den letzten Jahren entwickelt haben und sofern Prognosen vorliegen wie sich beispielsweise Schüler- oder Abgängerzahlen voraussichtlich entwickeln werden.

Mit diesem ersten Bericht werden zunächst grundlegende Informationen zum Bildungswesen im Kreis Lippe bereit gestellt. Im Rahmen des Berichts konnten nicht alle Bereiche umfassend abgebildet werden. Um intensiver die lokalen Besonderheiten, Bedürfnisse und Probleme der Städte und Gemeinden des Kreises in den Blick zu nehmen, sind darüber hinaus themenspezifische Detailanalysen geplant.

Die Ergebnisse des ersten Bildungsberichts weisen vor allem auf Handlungsbedarf aufgrund der demographischen Entwicklung hin und stellen migrationsspezifische Herausforderungen für das Bildungswesen heraus: Die demographische Entwicklung im Kreis Lippe ist mit weitreichenden Konsequenzen für das Bildungswesen verbunden. Die Bevölkerung wird im Kreis Lippe – aktuellen Prognosen zu folge – in den nächsten 20 Jahren um rund 10 Prozent zurückgehen.

In den jüngeren Altersgruppen der unter 20-Jährigen, die für das Angebot an Kindertageseinrichtungen, Schulen, beruflichen Ausbildungsangeboten relevant sind, ist der Rückgang mit rund 24 Prozent noch höher. Dabei ist zu beachten, dass es innerhalb des Kreises große Unterschiede hinsichtlich der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung gibt. Aufgrund der demographischen Entwicklung nehmen die Schülerzahlen zukünftig in allen Schulstufen und Schulformen kontinuierlich ab. Dies ist insbesondere für die zukünftige Schullandschaft im Kreis Lippe unter der Voraussetzung einer wohnortnahen

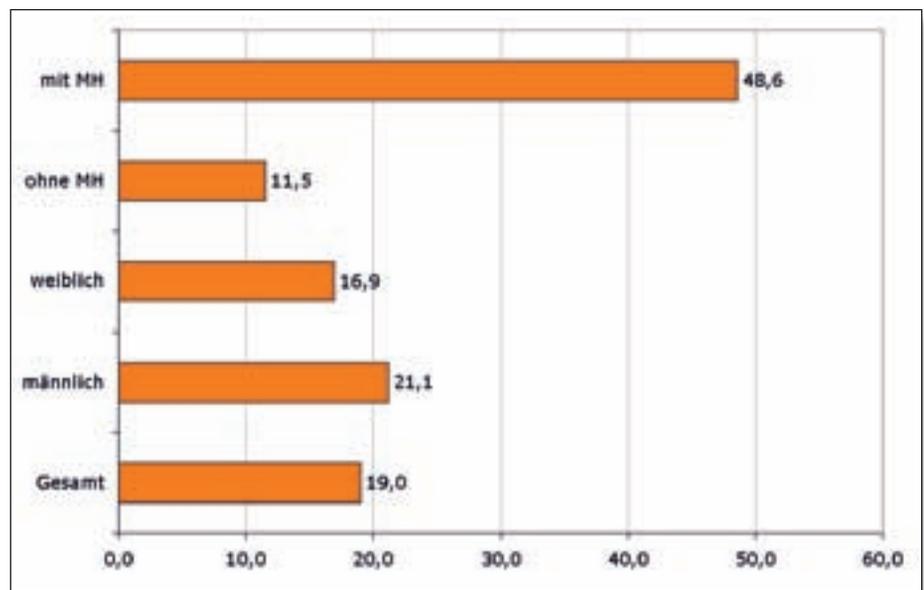


Abb. 3: Anteil der 4-Jährigen Kinder mit Sprachförderbedarf nach Delfin4 im Kreis Lippe 2010 in Prozent

Quelle: Schulamt für den Kreis Lippe

- Drittens werden mit Blick auf das Thema Bildungsgerechtigkeit geschlechts- und migrationsspezifische Differenzierungen vorgenommen, sofern dazu Daten verfügbar sind.

Versorgung und einem chancengerechten Zugang zu Bildungsangeboten eine große Herausforderung.

Neben Veränderungen, die sich durch den demographisch bedingten Rückgang der

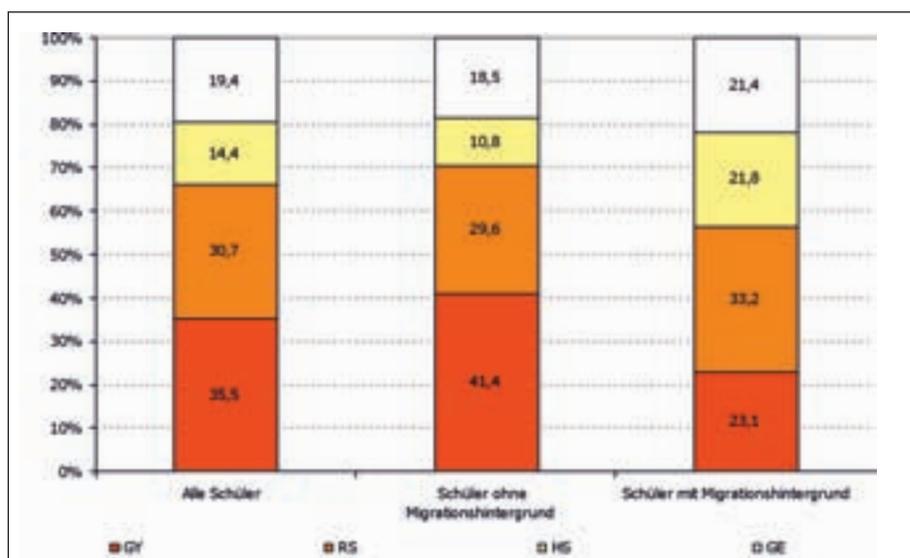


Abb. 4: Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen im Kreis Lippe 2010, Schüler mit und ohne Migrationshintergrund in Prozent Quelle: Schulamt für den Kreis Lippe

Schülerzahlen und Abgängerzahlen ergeben, ist für das allgemeinbildende und berufliche Schulwesen auch strukturelle Verschiebungen relevant: Zum einen ist beim Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I festzustellen, dass immer weniger Schüler zur Hauptschule übergehen und dagegen immer häufiger das Gymnasium gewählt wird. Des Weiteren ist auch für die erreichten Abschlüsse ein deutlicher Trend zu höherwertigen Abschlüssen festzustellen. Immer mehr Schüler erreichen das Abitur, während der Anteil der Hauptschulabschlüsse zurückgeht

Migrationspezifische Herausforderungen

Fast jeder vierte Einwohner des Kreises Lippe weist einen Migrationshintergrund auf. Für die unter 18-jährigen liegt dieser Anteil bei 36 Prozent. Mit Blick auf die derzeit bestehende Benachteiligung der Migranten bei der Bildungsbeteiligung und beim Bildungserfolg –die auch für den Kreis Lippe nachweisbar ist- sind für diese Personengruppe vielfältige Unterstützungsleistungen im Bildungsbereich erforderlich.

Im Kreis Lippe zeigt sich, dass 4-jährige Kinder mit Migrationshintergrund sehr viel häufiger sprachliche Defizite aufweisen: Während für etwa jedes neunte Kind ohne Migrationshintergrund ein Sprachförderbedarf diagnostiziert wurde, trifft dies für jedes zweite Kind mit Migrationshintergrund zu. Dies ist mit Nachteilen im Schul- und Berufsschulsystem verbunden.

Grundschulkindern mit Migrationshintergrund schaffen deutlich seltener den Übertritt zum

Der Bildungsbericht für den Kreis Lippe liefert eine wichtige Datengrundlage, auf der eine breit angelegte Auseinandersetzung mit den Befunden erfolgen soll. Der Bildungsbericht folgt keinem Selbstzweck sondern soll dazu beitragen, die Qualität des lippischen Bildungswesens weiter zu verbessern. Daher ist es wichtig, das Bildungsmonitoring nachhaltig in die Struktur des Bildungsmanagements einzubinden.

Der Kreis Lippe startet mit dem vorliegenden ersten Bericht in eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung. Zukünftig soll alle ein bis zwei Jahre ein Bildungsbericht vorgelegt werden. Um über einen solchen kreisweiten Basisbericht hinaus die lokalen Besonderheiten, Bedürfnisse und Probleme der Städte und Gemeinden des Kreises stärker in den Blick nehmen zu können, sind lokale Berichte oder auch themenspezifische Detailanalysen geplant.

Als Projektkommune im Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ kann der Kreis Lippe als Prototypkommune ein IT-Instrumentarium für ein Bildungsmonitoring mit entwickeln

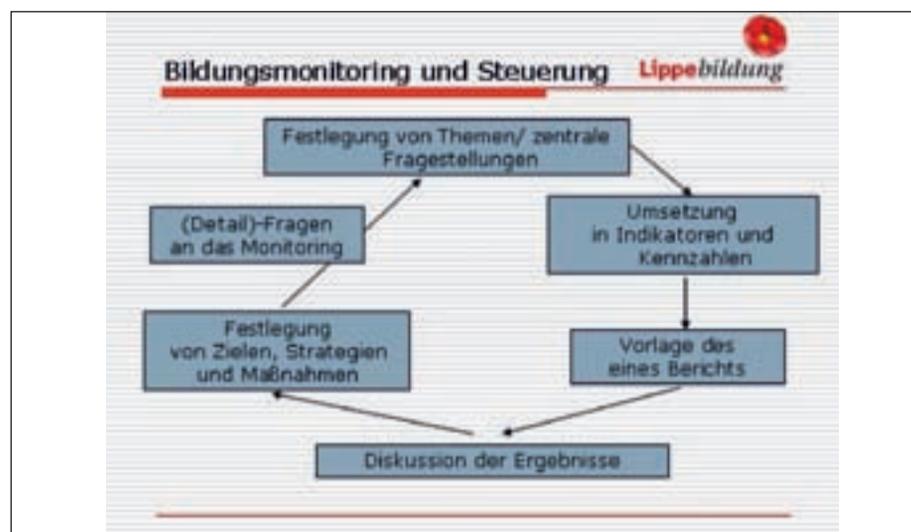


Abb. 5: Das Schaubild zeigt, wie der Kreis Lippe vorsieht, das Bildungsmonitoring dauerhaft und möglichst effektiv in das Bildungsmanagement zu integrieren.

Gymnasium als Schüler ohne Migrationshintergrund. Entsprechend sind sie an den Hauptschulen überrepräsentiert. Auch beim Vergleich der erreichten Schul- und Berufsschulabschlüsse wird eine Benachteiligung von Schülern mit Migrationshintergrund deutlich.

Diese Ergebnisse zeigen einen spezifischen Förder- und Handlungsbedarf auf und machen deutlich, wo Potentiale mit Blick auf den drohenden Fachkräftebedarf schlummern.

und ausgestalten, so dass zukünftig eine effektive und nachhaltige Datenverwaltung und Datenbereitstellung für eine kommunales Bildungsmonitoring im Kreis Lippe gewährleistet werden kann.

Der Bildungsbericht für den Kreis Lippe kann unter www.lippe-bildungsbuero.de eingesehen und heruntergeladen werden.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.24.02

Medien-Spektrum: Aktuelle Pressemitteilungen

„Hand in Hand für den Sport“ Landkreistag und Landes- sportbund kooperieren

Presseerklärung vom 11. April 2011

Der Landkreistag und der Landessportbund Nordrhein-Westfalen haben ihre Zusammenarbeit in den letzten Jahren weiter verstärkt. Jetzt haben sie eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Sie dient zum einen als Dach für die „Pakte für den Sport“ vor Ort zwischen Kreisen und Kreissportbünden, zum anderen als Stütze der ge-

meinsamen sportpolitischen Aktivitäten. LSB-Präsident Walter Schneeloch: „Wir wollen die Kooperation auf Landesebene ausbauen und dazu beitragen, dass möglichst in jedem Kreis Nordrhein-Westfalens ein „Pakt für den Sport“ geschlossen wird.“ Der Sport hat nicht nur wegen der gesundheitlichen Prävention und der wertvollen Jugendarbeit der Vereine große Bedeutung; das gemeinsame Sporttreiben in und außerhalb der Vereine verbindet unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen über Generationen hinweg und ist ein zentraler Integrationsmotor der Gesellschaft. Landrat Dr. Ar-

nim Brux: „Wir möchten in Zukunft verstärkt den Sport und die Kreissportbünde in den Regionalen Bildungsnetzwerke berücksichtigen, beim Ausbau von Ganztagschulen und beim Schulsport im Allgemeinen einbeziehen.“ Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung „Hand in Hand für den Sport“ unterzeichneten heute in Schwelm der Präsident des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen, Walter Schneeloch, und Landrat Dr. Arnim Brux, Vizepräsident des Landkreistages Nordrhein-Westfalen.

Startschuss für Bildungs- und Teilhabepaket – bedürftige Familien können Antrag stellenn

Presseerklärung vom 12. April 2011

Der Startschuss für die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes für bedürftige Kinder und Jugendliche ist in den Jobcentern gefallen: Der Sozial- und Jugendausschuss des LKT NRW erörterte dieses und andere Themen mit Staatssekretär Dr. Wilhelm Schäffer, Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration Nordrhein-Westfalen. Vor knapp zwei Wochen ist das Gesetz der Bundesregierung für ein Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Kinder und Jugendliche in Kraft getreten. Zuständig dafür sind die Kreise und kreisfreien Städte und sie arbeiten mit Hochdruck an der Um-

setzung. In der heutigen Sitzung des Sozial- und Jugendausschusses des Landkreistages NRW wurde mit dem Staatssekretär im NRW-Arbeitsministerium, Dr. Wilhelm Schäffer, über praktische Fragen der Umsetzung beraten. „Klar ist, dass bedürftige Kinder und Jugendliche ab sofort Anträge auf Leistungen aus dem Paket bei den Jobcentern und Kommunen stellen können“, erläuterte der Vorsitzende des Ausschusses, Landrat Paul Breuer. Die Leistungen des Pakets – Schulausflüge, Mittagsverpflegung, soziale und kulturelle Aktivitäten, Lernförderung – werden zum Teil sogar rückwirkend übernommen.

„Wir sind für die Umsetzung gut aufgestellt“, so Breuer weiter. „Allerdings fehlen noch wichtige Entscheidungen des Landes.“ Hierzu zähle die Weichenstellung, ob die Kreise auch für die Leistungen aufgrund des Wohngeld- und Bundeskindergeldgesetzes zuständig sein sollen. Die kaum vorhande-

ne Vorlaufzeit erzeuge für die Verwaltungen Herausforderungen, die die Kommunen – wie bereits in der Vergangenheit bewiesen – aber auch diesmal meistern werden. Neue Optionskommunen – Land soll Entscheidung transparent machen
15 Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben einen Antrag gestellt, nur acht kommen bei der Verteilung der neuen Optionsplätze zum Zug und können künftig Langzeitarbeitslose in Eigenregie, ohne Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit, betreuen. „Wir freuen uns über die neuen Optionsplätze in NRW. Allerdings erwarten wir vom Land, dass die Gründe für die Rangfolge der insgesamt 15 antragstellenden Kommunen für die acht neuen Plätze transparent gemacht werden, denn nur so wird das Ergebnis für diejenigen, die zurückstehen müssen, nachvollziehbar“, so Landrat Paul Breuer zur Entscheidung des Landes vom 30.03.2011.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 00.10.03.2

Kurznachrichten

Allgemeines

Vergaben effizienter abwickeln: Kostenlosen Marktplatz nutzen

Vergabeverfahren einfacher, schneller und kostengünstiger abwickeln – der elektronische Vergabemarktplatz NRW macht's möglich. Schon seit 2005 betreibt das Land Nordrhein-Westfalen den Vergabemarktplatz NRW. Zahlreiche Ausschreibungen der Landesverwaltung wurden erfolgreich über die Plattform abgewickelt. Neben dem Vergabemarktplatz des Landes wurden für die Kommunen und Kreise in NRW die regionalen, individuell angepassten Vergabemarktplätze Westfalen, Rheinland und Metropol-

uhr eingerichtet. Durch ein Kooperationsprojekt zwischen dem Land NRW, dem Kreis Mettmann, den Kommunen Dorsten und Lemgo, sowie den kommunalen IT-Dienstleistern GKD Recklinghausen, dem krz Minden-Ravensberg/Lippe und d-NRW wird den Kommunen in NRW die kostenlose Nutzung der drei regionalen Vergabemarktplätze bis Ende 2012 ermöglicht. Von aktuellen Informationen über ein Veröffentlichungsmodul bis hin zur Unterstützung der Kommunikation und Transaktion zwischen öffentlichem Auftraggeber und den Bietern, bieten die Marktplätze eine Reihe an Funktionen, zum Beispiel

- Erstellung der Bekanntmachung und elektronische Bereitstellung der Vergabeunterlagen,

- rechtssichere und transparente Kommunikation zwischen Bieter und Vergabestelle,
- verkürzte Bearbeitungszeiten beziehungsweise Fristverkürzungsmöglichkeiten bei elektronischer Vergabeabwicklung,
- Weiterleitungsmöglichkeiten an weitere Veröffentlichungsplattformen (bund.de, Amtsblatt S, ...)
- Elektronische Angebotsöffnung.

Der Anschluss an die Vergabemarktplätze kann schnell und einfach erfolgen. Weitere Informationen dazu bei d-NRW unter <http://www.d-nrw.de/projekte/e-vergabe>.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 13.60.10

Arbeit und Soziales

Jahresbericht 2010 zur Umsetzung des SGB II im Kreis Borken

Sechs Jahre „Option auf Probe“ sind zu Ende – und das mit einem außergewöhnlich guten Ergebnis. Der Kreis Borken hat jetzt seinen Jahresbericht 2010 zur Umsetzung des SGB II vorgelegt. Trotz vorheriger Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Quote der Langzeitarbeitslosigkeit im Dezember 2010 im Kreis auf 2,6 Prozent gesunken. Dies ist der niedrigste Wert seit Übernahme der Aufgabe als Optionskommune im Jahre 2005. Mit dem aktuellen Bericht legt der Kreis Borken Daten und Informationen zu den Leistungsbezieherinnen und Leistungsbeziehern, zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit, zu den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und zur finanziellen Situation vor. Mit der Entwicklung im Jahr 2010 ist der Kreis zufrieden. So konnte sich der Arbeitsmarkt im Kreis Borken deutlich schneller von den negativen Folgen der Krise erholen als erwartet. Seit Mai 2010 war eine durchweg positive Entwicklung zu verzeichnen. Besonders positiv wird die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei den jungen Menschen unter 25 Jahren gewertet. Hier verzeichnet der Kreis einen Rückgang um 32,6 Prozent.

Im Jahr 2011 stellt sich der Kreis einer weiteren neuen Herausforderung, nämlich der Umsetzung der neuen Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder und Jugendliche in kommunaler Eigenregie.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 50.22.06

Jahresbericht 2010 des Amtes ProArbeit, Jobcenter Kreis Minden-Lübbecke

Die Optionskommune Minden-Lübbecke hat ebenfalls ihren Jahresbericht 2010 zur Umsetzung des SGB II vorgelegt. Der Kreis blickt auf ein bewegtes Jahr zurück. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat in der ersten Jahreshälfte noch deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Viele Menschen waren gezwungen, den Weg in die Arbeitslosigkeit anzutreten. Entgegen den Erwartungen konnte die SGB II – Arbeits-

losigkeit im Mühlenkreis trotz der Auswirkungen der Krise weiterhin unter dem Durchschnittsniveau in der Region Ostwestfalen und erheblich unter dem Landesdurchschnitt gehalten werden. Gegenüber dem Vorjahr konnte ein Anstieg der Integration in Arbeit um über 18 Prozent erreicht werden. Ebenso wie die anderen Optionskommunen kann auch der Kreis Minden-Lübbecke die erfolgreiche Arbeit künftig dauerhaft fortsetzen. Der Gesetzgeber hat mit dem Gesetz zur „Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeit“ den Bestand der Optionskommunen gesichert und darüber hinaus ab 2012 auch 41 weiteren bundesdeutschen Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, die Leistungen nach dem SGB II zukünftig in Eigenregie zu erbringen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 50.22.06

Erwerbstätigkeit in NRW im Rentenalter steigt

Fast jeder zehnte Rentner (9,0 Prozent) im Alter von 65 bis unter 68 Jahren war 2009 in Nordrhein-Westfalen erwerbstätig. Bei jüngeren (65 bis unter 68 Jahren) ist der Erwerbstätigenanteil höher als bei älteren (ab 68 Jahre) Rentnern. Insgesamt waren 2009 rund 3,5 Prozent aller Personen im Rentenalter ab 65 Jahre erwerbstätig. Zehn Jahre zuvor lag dieser Anteil noch bei 2,2 Prozent. Darüber hat jetzt das Statistische Landesamt informiert.

Bei der Betrachtung nach der Stellung im Beruf unterscheiden sich Erwerbstätige im Rentenalter von jüngeren Erwerbstätigen: Der Anteil der Selbstständigen bei Erwerbstätigen im Rentenalter liegt bei fast 60 Prozent, während er bei jüngeren Erwerbstätigen nur zehn Prozent bzw. vierzehn Prozent beträgt. Erwerbstätige im Rentenalter sind mit 63,8 Prozent auch überdurchschnittlich oft in Kleinbetrieben mit bis zu zehn Mitarbeitern beschäftigt. Jüngere Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 55 Jahren kommen in Kleinbetrieben dagegen auf einen Anteil von 27 Prozent.

Erwerbstätige im Rentenalter verfügen im Schnitt über ein Nettomonatseinkommen von 2 496 Euro. Damit stehen ihnen zwar weniger finanzielle Mittel zur Verfügung als jüngeren Erwerbstätigen, aber mehr als nicht-

erwerbstätigen Personen im Rentenalter, die monatlich einen Betrag von durchschnittlich 1 257 Euro erhalten.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 12.10.00

Familie, Kinder und Jugend

Mehr als 45.000 Scheidungen in NRW im Jahr 2010

Im letzten Jahr wurden in Nordrhein-Westfalen 45 711 Ehen geschieden, 0,6 Prozent weniger als 2009. Der höchste Wert wurde nach Angaben des Statistischen Landesamtes mit 51 139 Scheidungen im Jahr 2004 erreicht. Nachdem zwischen 2007 und 2008 die Zahl der Scheidungen angestiegen war, konstatierten die Statistiker – wie auch schon im Vorjahr – einen Rückgang der Scheidungen. Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, hat sich im letzten Jahr die Zahl der Scheidungen erhöht, bei denen Kinder bzw. Jugendliche betroffen waren. Ihr Anteil lag 2010 bei 48,6 Prozent.

Jahr	Geschiedene Ehen in Nordrhein-Westfalen			
	insgesamt	davon Paare		betroffene minderjährige Kinder
		ohne minderjährige(n) Kinder(n)	mit	
2005	47 480	26 683	20 797	33 212
2006	45 665	24 983	20 682	33 098
2007	43 104	24 075	19 029	30 351
2008	46 098	24 853	21 245	34 419
2009	45 978	24 253	21 725	35 773
2010	45 711	23 514	22 197	36 558

Die meisten Ehen wurden nach einer Dauer von sechs (2 639), fünf (2 510) bzw. sieben (2 408) Jahren geschieden. 5 444 Ehepaare ließen sich nach über 25 Jahren und 51 sogar nach 50 oder mehr Ehejahren scheiden. Da dem Gros (85,8 Prozent) der Scheidungen eine einjährige Trennungsphase vorausging, fand die eigentliche Trennung in den meisten Fällen bereits ein Jahr früher statt. Auch 2010 wurden Scheidungsverfahren in mehr als der Hälfte der Fälle (24 514 oder 53,6 Prozent) von der Frau beantragt. Bei 17 876 Verfahren ging die Initiative vom Mann aus und bei 3 321 Scheidungen von beiden gemeinsam.

EILDienst LKT NRW
Nr. 5/Mai 2011 12.10.00

■ Einbanddecken und Stichwortverzeichnis 2010

Die Knipping Druckerei und Verlag GmbH, Birkenstr. 17, 40233 Düsseldorf, hält Einbanddecken für den EILDienst des Jahres 2010 bereit. Sie können zum Preis von 6,70 Euro plus Mehrwertsteuer zuzüglich

2,80 Euro Versandkosten unmittelbar bei der Druckerei bestellt werden.

Telefon: 0211 / 91 444 0

Telefax: 0211 / 91 444 24

Das Stichwortverzeichnis für das Jahr

2010 lag bereits dem Eildienst-Heft 4/2011 bei.

EILDienst LKT NRW

Nr. 5/Mai 2011 00.10.04

■ Hinweise auf Veröffentlichungen

Schütz/Maiwald, **Beamtenrecht des Bundes und der Länder**, Kommentar, Gesamtausgabe B, 329. Aktualisierung, Stand: April 2011, 400 Seiten davon 100 Seiten unberechnet, € 83,95, Bestellnr.: 7685 5470 329, R. v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Die 329. Nachlieferung beinhaltet aktuelle Entscheidungen zum Beamtenrecht des Bundes und der Länder.

Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW), Hamacher, Lenz, Menzel, Queitsch, Rudersdorf, Schneider, Stein, Thomas, 12. Nachlieferung, April 2011, 478 Seiten, 69,30 €, Gesamtwerk: 1594 Seiten, 109,00 €, Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden, Postfach 3629, 65026 Wiesbaden.

Die Kommentierung zu den §§ 3 (Steuern) und 6 (Benutzungsgebühren) wurden aktualisiert, wobei die neue Rechtsprechung berücksichtigt wurde. Darüber hinaus wurde der Text der Abgabenverordnung auf den aktuellen Stand gebracht.

Praxis der Kommunalverwaltung, Landesausgabe Nordrhein-Westfalen, Ratgeber für die tägliche Arbeit aller Kommunalpolitiker und der Bediensteten in Gemeinden, Städten und Kreisen (Loseblattsammlung incl. 3 Online-Zugänge / auch auf CD-Rom erhältlich), Schriftleitung Johannes Winkel, Innenministerium NRW, 432. Nachlieferung, Stand: April 2011, € 63,70; 433. Nachlieferung, Stand: April/Mai 2011, € 63,70, Kommunal- und Schul-Verlag, Konrad-Adenauer-Ring 13, 65187 Wiesbaden.

Die 432. (nicht einzeln erhältliche) Nachlieferung enthält Änderungen in folgenden Bereichen:

A 15 - Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

D 3 - Kommunales Energierecht

D 14 - Dienstleistungsrichtlinie

E 1 NW - Der kommunale Finanzausgleich in Nordrhein-Westfalen

Die 433. (nicht einzeln erhältliche) Nachlieferung enthält Änderungen in folgenden Bereichen:

C 20 a - Die Zusatzversorgung im kommunalen Bereich

G 11 NW - Denkmalschutzgesetz Nordrhein Westfalen

Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, Dr. Gatz, 320 Seiten, 1. Auflage, DIN-A5 broschiert, 33,90 €, ISBN 978-3-87-941-944-9, Dienstleistung GmbH Verlag, Hinter Hoben 149, 53129 Bonn.

Die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windenergienutzung haben sich in der Bundesrepublik aufgrund der allgemeinen Förderpolitik und voranschreitender Anlagentechnik im letzten Jahrzehnt außerordentlich dynamisch entwickelt. Bedenken gegen die Errichtung von Windkraftanlagen werden vor allem aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie unter Gesichts-

punkten der Lärmbelastung oder bautechnischen Aspekten vorgebracht.

Unter Berücksichtigung der geltenden Rechtslage und der grundlegenden, auch jüngsten höchstrichterlichen und obergerichtlichen Rechtsprechung sowie der aktuellen Literatur werden insbesondere behandelt: Steuerung der Ansiedlung von Windenergieanlagen durch Raum- und Bauleitplanung, Planungsschadensrecht – Formelle Anlagenzulassung – Materielle Anlagenzulassung – Rechtsfragen des Repowering – Genehmigung von Offshore-Windenergieanlagen – Rechtsschutzfragen, Handlungsempfehlungen.

Die umfangreichen Ausführungen werden durch einige Grafiken verdeutlicht und durch ein detailliertes Stichwortverzeichnis sowie ein Literaturverzeichnis ergänzt.

DEUTSCHES AUSSCHREIBUNGSBLATT

Fachorgan für Ausschreibungen der öffentlichen, gewerblichen und privaten Auftraggeber
– vormals BUNDESAUSSCHREIBUNGSBLATT –

Service-Paket für ausschreibende Stellen



Besuchen Sie uns
auf der Memo-Tagung
in Münster
vom 08. - 09. Juni 2011,
Raum LEO 5, Stand L5-06

- ▶ Print- und Online-Veröffentlichung
- ▶ kostenloser Vergabeunterlagen-Service (elektronisch und Papierversand)
- ▶ lizenzkostenfreie Software zur schnellen und sicheren Umsetzung der eVergabe
- ▶ eVergabe-Lösungen für große und kleine Verwaltungen
- ▶ qualifizierte Bearbeitung jeder Ausschreibung
- ▶ großes Bieterpotential

Partner von **Vergabe24** – Das Vergabeportal für Deutschland

JETZT TESTEN!

Deutsches Ausschreibungsblatt GmbH
Tel: 0211 – 37 08 48-49 • Fax: 0211 – 38 16 07
Internet: www.deutsches-ausschreibungsblatt.de
E-Mail: service@deutsches-ausschreibungsblatt.de